

Deutschland im Krieg

Ausgabe Nr. 32, 01. April 2014



Dass militärisches Handeln von deutschem Boden aus wieder denkbar ist, zeigte sich nicht erst in der Antrittsrede von Bundespräsident Gauck im Jahr 2012, in der er die Bundeswehr als „Armee des Volkes“ bezeichnete. Bereits in den vorangegangenen Jahren – nicht zuletzt durch Joschka Fischers Plädoyer für einen militärischen Einsatz Deutschlands im Kosovo – fand eine Militarisierung der Außen- und Innenpolitik zunehmende Zustimmung in der Politik. Diese Normalisierung wurde begleitet von Forderungen nach der Wahrung universalistischer Menschenrechte und – im Falle des Kosovo – begründet mit einer historischen Verantwortung Deutschlands, ein neues Auschwitz zu verhindern. Weitgehend ausgeblendet bleiben in der öffentlichen Debatte das aufpolierte geschichtspolitische Selbstverständnis des „Demokratieweltmeisters“, die humanitären Auswirkungen der Kriege und die ökonomischen und geopolitischen Interessen, die mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden.

Innerhalb der Linken bildet das Thema Antimilitarismus ein Feld für grundsätzliche theoretische Kontroversen. Praktisch agiert wird dort, wo die Bundeswehr zunehmend präsent ist und Akzeptanz erfährt. An vielen Orten finden zahlreiche kreative Proteste gegen Auslandseinsätze, die Rekrutierung von potenziellen SoldatInnen an Schulen und Universitäten und die Militarisierung des Inneren statt.

Mit dieser Ausgabe wollen wir uns mit der Militarisierung der Gesellschaft befassen und Impulse für linke Auseinandersetzungen mit dem Thema liefern. Dafür bespricht Christin Bernhold zunächst das Buch [„Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen“](#) von Norman Paech und Gerhard Stuby und diskutiert die Bedeutung des Völkerrechts für die Legitimierung von Bundeswehreinmärschen im Ausland. Völkerrecht, so stellt sie heraus, wird hier zum Feigenblatt für Machtpolitik in internationalen Beziehungen. Mit solcherlei Legitimationsstrategien beschäftigen sich die folgenden Besprechungen. In der Rezension [„Wir über uns und die Anderen“](#) zum Buch „Heimatdiskurs“ zeigt Rita Werth auf, wie im Namen der Modernisierung und der Emanzipation Militäreinsätze von Deutschland aus für notwendig erklärt werden. Dem Humanismus als Begründung für Kriegseinsätze widmet sich auch Christian Baron in [„Sehnsucht nach dem Stahlbad“](#), einer bissigen Rezension von Bernd Ulrichs „Warum Deutschland Krieg führen darf. Und muss“. Heinz-Jürgen Voß geht es in der [Besprechung](#) des Buchs „Gendinger 9/11. Medien, Macht und Geschlecht im Kontext des ‚War on Terror‘“ von Andrea Nachtigall speziell um die Legitimation des Afghanistaneinsatzes.

Mit der Bedeutung von Militarisierung für die kapitalistische Staatenkonkurrenz befasst sich Ruldoph Bauer in der Rezension des Buches [„Geopolitik“](#) von Tobias ten Brink. Der Frage nach Waffenproduktion in Deutschland und deren Export in andere Länder geht Sophia Hoffmann nach, die das Buch [„Bombengeschäfte – Tod made in Germany“](#) von Hauke Friedrichs bespricht.

Adi Quarti widmet sich in seiner Rezension [„Die neue Dimension“](#), die mit dem Buch „Drohnenkrieg. Tod aus heiterem Himmel - Morden per Fernbedienung“ die neuesten technischen Entwicklungen in der unbemannten Kriegsführung aus den USA vorstellt. Neben der fachwissenschaftlichen Diskussion um den Afghanistaneinsatz haben aktuell auch Romane, die Einfluss auf Militärdiskurse in Deutschland haben, Konjunktur. Stephanie Bremerich diskutiert mit [„Fiktion als Alibi“](#) den Antikriegsroman „Jenseits von Deutschland“, der mit seinem Anliegen jedoch das Genre verfehlt hat. Einen tatsächlichen Erlebnisbericht hinterfragt in [„Wir fühlten uns bereits wie Kriegshelden“](#) Fabian Virchow. Das Buch „Vier Tage im November. Mein Kriegseinsatz in Afghanistan“ von Johannes Clair offenbart das Selbstbild eines ehemaligen Fallschirmjägers.

Mit dem Konzept der Nachwuchsrekrutierung der Bundeswehr an Schulen und Universitäten befassen sich drei Rezensionen. Elke Michauk bespricht in [„Im neuen Gewandt: Offensive Bundeswehr an Schulen“](#) den Einfluss des Militärs auf Bildungseinrichtungen und betont dabei die vielfältigen Aktivitäten gegen die Rekrutierung an Schulen. Ebenfalls mit dem Wirken der Bundeswehr an Schulen und der Gegenwehr beschäftigt sich Ismail Küpeli in seiner Rezension des Buches [„Soldaten im Klassenzimmer“](#). Christoph Golasch widmet sich dem Buch [„Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium“](#), das die zunehmende Bereitschaft der Universitäten, Drittmittel aus der Rüstungsforschung einzuwerben, zum Thema hat.

Abschließend werfen wir einen Blick auf die außenpolitische Debatte der Partei DIE LINKE. Christian Stache war selbst langjähriges Mitglied der Partei und des ihr nahestehenden Jugendverbandes [solid]. Er kritisiert in seiner Rezension [„Zu den Waffen, Genossen!“](#) das Buch „Linke Außenpolitik“ und damit den aktuellen Versuch einer Neukonzeption der außenpolitischen Ausrichtung der Partei.

Den Anfang bei den Rezensionen außerhalb des Schwerpunkts macht Jens Zimmermann, der die aktuelle Publikation zu [„Obamas Krisen-Empire“](#) von Ingar Solty empfiehlt. Andrea Strübe widmet sich in ihrer Rezension [„Was sich nicht bewährt“](#) der umfangreichen Studie „Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik“ um das Team des Jenaer Soziologen Klaus Dörre, in der die Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre alles andere als gut wegkommen. Der Tod eines Anti-AKW-Aktivistens ist Aufhänger von „XXX“, einem überraschenden [„Atomkraft-Krimi“](#) von Martin Sudermann, den Alice Freitag gelesen hat. An den Dimensionen des Themas scheitert Robert Claus zufolge eine Arbeit zu [„Rechtsextremen Strategien im Sport“](#). Der Sammelband „Migration und Arbeit in Europa“ fokussiert laut der Rezensentin Hannah Schultes zwar ein wichtiges Thema, dennoch kommt sie in ihrer Rezension [„Gäste, die arbeiten“](#) zu einem gemischten Fazit. Schließlich beschäftigt sich Moritz Altenried anhand des Buches [„Die Prekarisierungsgesellschaft“](#) von Oliver Marchart mit der Frage, wie Proteste gegen Prekarisierung gesellschaftstheoretisch gefasst werden können.

Und nun noch zum Schluss: Kritisch-lesen.de ist nun seit drei Jahren online! Nach 32 Ausgaben mit 340 Rezensionen, interessanten Diskussionen und vielen Höhen und Tiefen blicken wir zurück auf drei wunderbare, arbeitsintensive, nervenaufreibende und ereignisreiche Jahre. Wir danken allen Leser_innen, Autor_innen und Freund_innen, die uns in dieser Zeit so tatkräftig unterstützt haben! Nach der nächsten Ausgabe, die mit dem Schwerpunkt Kritische Soziale Arbeit am 1. Juli erscheint, werden wir eine Pause einlegen, um ein bisschen durchzuatmen und über kritisch-lesen.de nachzudenken. Wir würden uns freuen, wenn ihr uns eure Eindrücke an info@kritisch-lesen.de schicken würdet: Was gefällt euch an kritisch-lesen.de, was nicht, welche Ausgaben fandet ihr besonders gut, welche Themen interessieren euch, was können wir besser machen?

Und nun viel Spaß beim kritischen Lesen!

Die Ambivalenz des Völkerrechts



Norman Paech, Gerhard Stuby
Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen
Beziehungen
Aktualisierte Ausgabe

Norman Paech und Gerhard Stuby zeichnen die Geschichte des Völkerrechts sowie dessen Hauptelemente nach und zeigen an zahlreichen Beispielen dessen Ambivalenz auf.

Rezensiert von [Christin Bernhold](#)

„Wir können nicht zur Seite schauen, wenn Mord und Vergewaltigung an der Tagesordnung sind, schon allein aus humanitären Gründen“, argumentiert Ursula von der Leyen (CDU) im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* gegen die angebliche militärische Zurückhaltung der Bundesrepublik Deutschland. Diesen Satz, käme er nicht aus dem Mund der neuen Verteidigungsministerin, könnte man als Appell lesen, sich zum Beispiel für die Schließung des Foltergefängnisses Guantanamo einzusetzen oder sich gegen imperialistische Kriege und andere barbarische Ausdrücke der kapitalistischen Gesellschaft zu organisieren. Doch von der Leyen möchte damit begründen, warum die Bundeswehr in Afrika aktiver werden möge, momentan vor allem an der Seite der alten und neuen Kolonialmacht Frankreich in Mali und der Zentralafrikanischen Republik. Andernfalls komme die von der Bundesrepublik dominierte EU „im Spiel der globalen Mächte nicht voran“.

Von der Leyen nimmt die schwere Bürde des Zivilisationsexports auf sich. Die neue Trägerin der „White Woman's Burden“ weiß, wie wirksam sie die Beteiligung deutscher Truppen an Militärinterventionen für wirtschaftliche und politische Interessen mit wohlthätiger Rhetorik legitimieren kann. Krieg ist Frieden, Imperialismus ist Humanität.

Die Machtpolitik der Bundesregierung soll aber nicht nur ideologisch, sondern auch rechtlich legitimiert sein. Im Kampf auf internationalen Kriegsschauplätzen wie im Kampf um Nachwuchs für die Bundeswehr an der Heimatfront ist es der deutschen Mutter und Ministerin daher ebenso wichtig zu betonen: „Wir halten uns an das Völkerrecht.“ Folgt man der Interpretation der Rechtswissenschaftler und Buchautoren Norman Paech und Gerhard Stuby, müsste sie als erste Amtshandlung den Auslandseinsatz in Afghanistan beenden, um ihrer Aussage Taten folgen zu lassen. Doch das ist eben nur eine Interpretation – der Umgang mit dem Völkerrecht ist eine Frage der „Machtpolitik in den internationalen Beziehungen“, wie Paech und Stuby in der hier vorgestellten Publikation einleuchtend argumentieren.

Das „Recht der Völker“ – Zwischen Schutz für „schwache Staaten“ und Herrschaftsinstrument

Die Lektüre des von Norman Paech und Gerhard Stuby vorgelegten Studienbuches über Völkerrecht und Machtpolitik ruft einen berühmten Marxschen Satz ins Gedächtnis: „Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt“. Zwar hinkt der Bezug zum „Kapital“, insofern Marx in seinem ökonomisch-theoretischen Hauptwerk keine Fragen des internationalen Rechts behandelt. Jedoch bringt das Zitat präzise die Ambivalenz des bürgerlichen Rechts zum Ausdruck, die auch Paech und Stuby in ihrem über 1000 Seiten umfassenden Werk beschäftigt: Mit einer „historisch kritischen“ (S. 15) Herangehensweise beschränken sich die Autoren nicht auf eine Darlegung der

Genese der heutigen Völkerrechtsordnung (Teil A: Epochen des Völkerrechts) und ihrer wichtigsten Komponenten (Teil B: Die Hauptelemente der neuen Völkerrechtsordnung). Sie skizzieren das Völkerrecht zudem in seiner immanenten Widersprüchlichkeit. Diese besteht darin, dass es einerseits theoretisch, das heißt abstrahiert vom real existierenden Imperialismus, ein für (schwache) Mitgliedsstaaten der UNO zugängliches Instrument zum Schutz der eigenen Souveränität ist. In der Praxis wird es andererseits zur Durchsetzung der Interessen globaler Mächte entweder übergangen oder direkt als Instrument zur Herrschaftssicherung von den Staaten benutzt, die dazu aufgrund ökonomischer und politischer Macht in der Lage sind. Paech und Stuby liefern hierfür zahlreiche historische und aktuelle Beispiele.

Viele Male wurde das Instrumentarium der UNO, das sich offiziell aus der Charta der Vereinten Nationen herleitet, zur Rechtfertigung der militarisierten Außenpolitik und zur Verschleierung ihrer Ursachen herangezogen. Die wiederholt versprochene Friedensdividende ist weder nach dem Zweiten Weltkrieg noch nach dem Ende des „Realsozialismus“ verwirklicht worden. An den meisten der bis heute über 200 Kriege waren führende kapitalistische Staaten trotz – oder aufgrund der Art und Weise – ihres Bekenntnisses zum Völkerrecht in unterschiedlicher Form beteiligt. Dass zum Beispiel die „Neue Weltordnung“ nach 1990 nicht gewaltlos auf die Erde kam, „sondern ihr Auftakt [...] mit einer Militäraktion gegen den Irak begann, fiel zunächst nicht auf. Denn sie vollzog sich im Namen der UNO“ (S. 16). Ebenso der Krieg gegen Afghanistan, der 2001 unter Bezugnahme auf das Selbstverteidigungsrecht, die nach Artikel 51 einzige „in der UNO-Charta selbst genannte Ausnahme vom Gewaltverbot“ (S. 554), begonnen wurde. „Notfalls, nach US-amerikanischem Beispiel gegen den Irak, [wird aber] auch ohne UNO [...] die militärische Sicherung der vitalen Interessen vorgenommen“ (S. 886) – was abermals den „kreativen“ Umgang der imperialistischen Großmächte mit den Vereinten Nationen und dem Völkerrecht bloßlegt. Schon der 1999 begonnene NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurde unter offenem Bruch des Völkerrechts, stattdessen aber mit Kriegslügen und Ausschwitz-Vergleichen begonnen, die allesamt als „gezielte Fälschungen“ nachgewiesen wurden (S. 567). Die UNO wurde damals bewusst übergangen und der Krieg verstieß „eindeutig gegen das Gewaltverbot des Art. 2 Ziff. 4 UNO-Charta“ (ebd.).

Lieber noch, als offen gegen das Regelwerk der Vereinten Nationen zu verstoßen, lässt man jedoch das Recht des Stärkeren nach moralischer Überlegenheit aussehen: So rechtfertigte der UN-Sicherheitsrat (UNSC) den NATO-Krieg gegen Libyen im März 2011 unter Berufung auf das Konzept der Schutzverantwortung („Responsibility to Protect“, R2P, S. 561) und schuf damit einen Präzedenzfall. Ganze dreizehn Tage später sollte diese neue und an Bedeutung gewinnende Interpretation des Völkerrechts ein weiteres Mal zur Anwendung kommen – zur Rechtfertigung des Kriegseinsatzes und des „Regime Change“ in der Elfenbeinküste durch das französische Militär.

Im vergangenen Jahr 2013 wollten Befürworter von Auslandseinsätzen der Bundeswehr angesichts der Vetos aus Russland und China den UN-Sicherheitsrat gleich ganz umgehen, um die R2P in Syrien militärisch exekutieren – und für die eigenen Interessen einseitig in den dortigen Bürgerkrieg eingreifen zu können.

UNO und Völkerrecht – ein Thema nur für Juristen?

Angesichts dieser verheerenden historischen Bilanz stellt sich die Frage, weshalb man sich eigentlich mit dem Völkerrecht auseinandersetzen sollte. Norman Paech und Gerhard Stuby sind angetreten, eine Antwort zu formulieren. Sie haben im Teil A des Buches eine sehr umfangreiche und informative Geschichte des Völkerrechts geschrieben, die explizit nicht aus der Perspektive der Herrschenden erzählt wird. Diese Herangehensweise halten sie für wichtig, denn „nur in der historischen Entwicklung der einzelnen Institute und Prinzipien, den Auseinandersetzungen und Kämpfen um ihre Durchsetzung erschließt sich uns ihr Geltungsgrund und Regelungsanspruch“ (S. 15). Wer die Geschichte des Völkerrechts nicht kennt, so Paech und Stuby, könne den Rechtfertigungen der gegenwärtigen militärischen Interventionen nichts entgegensetzen.

Ausgehend von der Herausbildung des Systems bürgerlich-kapitalistischer Staaten und seiner weltweiten Expansion, die die Autoren auf das ausgehende 15. Jahrhundert datieren, skizzieren sie die historische Genese des heutigen Völkerrechtssystems – denn erst zu dieser Zeit verdichteten sich

„die machtpolitischen Beziehungen, die auf dauerhafte ökonomische Plünderung und Unterwerfung unter den europäischen Zugriff ausgelegt waren, zu einem Zusammenhang, den wir als völkerrechtliches System bezeichnen können“ (S. 19).

Einschnitte und Brüche in diesem System werden im Zusammenhang mit der Französischen Revolution, den beiden Weltkriegen und dem Zusammenbruch der „realsozialistischen“ Staaten analysiert. Im „historischen Längsschnitt“ werden zentrale Punkte angegeben, an die Paech und Stuby mit der Darstellung der Hauptelemente des Völkerrechts (Staaten als Akteure und der rechtliche Rahmen des Internationalen Systems, das System der UNO, Menschenrechte, die Weltwirtschaftsordnung und die Bewahrung von Natur und Umwelt in souveränitätsfreien Räumen) im zweiten Teil des Buches anknüpfen.

„So gründen z.B. die Darstellungen der internationalen Menschenrechte und Schutzsysteme auf den Ausführungen über die multilateralen Versuche der Sicherung des Sklavenhandelsverbotes oder des Minderheitenschutzsystems des Völkerbundes“ (S. 21).

Die Autoren wollen mit diesem Vorgehen den Zugang zum Verständnis für die Wirkungsweise des Völkerrechts nicht nur für fachkundige Juristen öffnen, denn „die juristische Dogmatik [verdeckt] die soziale Funktion des Völkerrechts“ (S. 21). Zweifelsohne ist ihnen dieses Unterfangen mit dem absolut lesenswerten Standardwerk gelungen – sie präsentieren reichhaltiges Faktenwissen und verdeutlichen gleichzeitig, dass die rein normative Betrachtung eines Rechtsinstruments, über dessen Verwendung im Zweifel die Gewalt entscheidet, nicht möglich ist.

In einem wichtigen Punkt lassen die Paech und Stuby allerdings ein Fragezeichen zurück: Ihre zentrale politische Schlussfolgerung aus dem skizzierten Verhältnis von Recht und Machtpolitik ist die Forderung nach der Demokratisierung der UNO und der Aufnahme schwacher Staaten in den UNSC. Wenn die Autoren aber zu Recht die Ohnmacht beziehungsweise die Instrumentalisierung des Völkerrechts und der UNO immer wieder auf die politische Ökonomie zurückführen – wie soll dann ein Demokratisierungsprozess innerhalb des Kapitalismus bürgerliches Recht vor Interessenpolitik schützen?

Zwar ist das Einfordern von Demokratie ebenso richtig, wie das juristische Handwerkszeug des Völkerrechts zu nutzen und es gegen die von den Mitgliedern des UNSC verursachte Barbarei zu wenden. Aber wird es abgekoppelt von der Kritik der politischen Ökonomie erhoben, läuft das Postulat nach mehr Demokratie ins Leere – nicht nur, weil eine demokratische UNO unter kapitalistischen Verhältnissen nicht realisierbar ist, sondern auch, weil imperialistische Politik Lebensgrundlagen zerstört, auch wenn sie nicht im offenen Bruch zum Völkerrecht steht.

Norman Paech Gerhard Stuby 2013:

Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen. Aktualisierte Ausgabe.

VSA, Hamburg.

ISBN: 978-3-89965-041-9.

1062 Seiten. 60,00 Euro.

Zitathinweis: Christin Bernhold: Die Ambivalenz des Völkerrechts. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1208>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

„Wir“ über „uns“ und „die Anderen“



Michael Daxner, Hannah Neumann (Hg.)

Heimatsdiskurs

Wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr Deutschland verändern

Der Sammelband beschäftigt sich in erster Linie mit den die Auswirkungen des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan auf die Berichterstattung deutscher Printmedien.

Rezensiert von [Rita Werth](#)

Nach einleitenden Worten der Herausgeber_innen zur Entstehung des Buches sowie des Titelbegriffes „Heimatsdiskurs“ werden Artikel aus dem *Spiegel*, der *Süddeutschen Zeitung* und anderen Tageszeitungen mit Hilfe unterschiedlicher diskursanalytischer Zugänge analysiert und ausgewertet. Je nach Themenschwerpunkt der Aufsätze untersuchen die Autor_innen Darstellungsmuster von deutschen Soldat_innen, der afghanischen Zivilbevölkerung sowie „feindlichen Taliban“. Es geht dabei immer um die Auseinandersetzung mit der Legitimation von Kriegseinsätzen, (politischen und ökonomischen) Machtinteressen und allgemeiner Deutungshoheit. Ein Aufsatz nimmt die Rolle und Intentionen deutscher Politiker_innen bei Truppenbesuchen unter die Lupe, ein weiterer reflektiert Entwicklung und Wandel des Terrorismusdiskurses. Zu guter Letzt wird noch der Fortschrittsbericht Afghanistan 2010 der Bundesregierung analysiert.

Um ein vollständiges Bild von Zielsetzung und Anspruch des Buches zeichnen zu können, möchte ich an dieser Stelle etwas weiter ausholen und nicht nur auf seine Inhalte eingehen, sondern auch Umstände und Umfeld der Entstehungsgeschichte beleuchten und erläutern.

Hinter den Kulissen... der SFB 700

Herausgegeben wurde der Band von Michael Daxner, Professor für Soziologie und Mitglied des SFB-Sonderforschungsbereich (SFB) 700 („Governance in Räumen beschränkter Staatlichkeit“) an der Freien Universität Berlin, sowie Hannah Neumann, die als Politik- und Medienwissenschaftlerin zu Kriegsberichterstattung und Konfliktsoziologie an der Freien Universität Berlin lehrt und forscht.

Seit 2006 befasst sich der SFB 700 der FU Berlin laut Selbstbeschreibung mit der Frage, wie und unter welchen Bedingungen sogenannte „Governance-Leistungen“ – also Aufgaben, die gemeinhin staatlichen Organen zugeschrieben und von ihnen ausgeführt werden, wie Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Bildung, Infrastruktur, Rechtssystem etc. – in Gebieten mit „begrenzter Staatlichkeit“, also Kriegs- und Krisengebiete, erbracht werden und welche Probleme dabei entstehen. Forschungsziel soll dabei ein Erkenntnisgewinn über die Entstehung und Manifestierung von effektiven und legitimierte Formen von Governance in solchen Gebieten sein. Der SFB 700 ist unter anderem an das Wissenschaftszentrum Berlin sowie an die Uni Potsdam angegliedert und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert. Ein Teilprojekt eben dieses SFB 700 ist das C9 „Impact of Interventions in Afghanistan“. Dessen Projektleiter wiederum ist Mitherausgeber Daxner.

Die Mitwirkung einiger Wissenschaftler_innen des SFB 700 an diversen Forschungsvorhaben des Bundesverteidigungsministeriums (BMVg) brachte dem Institut von Beginn an Misstrauen und Kritik von Seiten linker Studierender sowie antimilitaristischer Gruppen ein. So wirkten beispielsweise Jan Koehler, wissenschaftlicher Mitarbeiter in Daxners Team, und Christoph Zürcher, Sprecher und Leiter diverser Teilprojekte am SFB 700, an einer Studie für das BMVg mit. Vorgeworfen wurde den am SFB 700 beteiligten Wissenschaftler_innen zudem vor allem die unreflektierte Haltung bezüglich ihrer Forschung. Teile der Projekte können zur Verbesserung und Effektivierung von Interventionen und Kriegsstrategien beitragen und unterstützen damit nicht zuletzt die Installierung kolonial strukturierter, nach sogenannten westlichen Normen ausgerichteter Regierungsapparate. Mit seiner Nähe zur Politik und politischen Interessen sei am SFB 700 eine unabhängige Forschung nicht möglich, so die Kritik.

Obwohl davon ausgegangen werden kann, dass die beteiligten Wissenschaftler_innen ein anderes Verständnis bezüglich ihrer Forschungsziele haben, fehlt sämtlichen Stellungnahmen zu dieser Kritik eine klare antimilitaristische Aussage. Tatsächlich wird die Notwendigkeit von (militärischen) Interventionen an sich nicht in Frage gestellt, eine politische Thematisierung der Forschungsaufträge findet nicht oder nur einseitig statt. Auch dem vorliegenden Sammelband fehlt – trotz der durchaus kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle von Bundeswehr, Politik und Gesellschaft – die Analyse ursächlicher Zusammenhänge.

Heimatsdiskurs - Versuche selbstkritischer Reflexionen...

Der Begriff „Heimatsdiskurs“ soll diskursive Praktiken und Strategien rund um die Themenfelder Legitimation, Anerkennung und Bewertung von Politik sowie Truppeneinsätzen außerhalb des nationalen Territoriums beschreiben. Dabei spielen die Strukturierung der öffentlichen Meinung in Wechselwirkung mit den Medien, Grundlagen politischer sowie ökonomischer Entscheidungen und Legitimationsmuster globaler Bündnisse oder Interventionen eine Rolle. Darüber hinaus sollte ein wissenschaftlicher Begriff erzeugt werden „der gleichwohl Ironie und Pathos einschloss“ (S. 30). Etwas verwirrend ist die Aussage, es werde sich nicht mit „Heimat“ befasst. Auch nicht klar wird, warum ausgerechnet der Terminus „Heimatsdiskurs“ verwendet wird und nicht dem Sachverhalt angemessener von „Interventionsdiskurs“ oder „Kriegsdiskurs“ die Rede ist.

Auch die Tatsache, dass Diskurse machtvolle Gefüge sind, wird nicht thematisiert. Macht wird in diskursiven Praktiken sichtbar, die sich in materiellen Strukturen zeigen, Muster vielfältiger Wirklichkeitskonstruktionen formen und sich den Anstrich zeitloser Wahrheiten geben. Dass auch der Heimatsdiskurs verknüpft ist mit dem Streben nach dem Erhalt machtvoller Positionen wird nur implizit erwähnt. Dennoch eignet sich das Lesen des Buches durchaus zur kritischen Auseinandersetzung mit *weißen* Dominanz- und Herrschaftsbestrebungen und der damit verbundenen Marginalisierung von Menschen, die aufgrund von Kolonialismus und dem Fortbestehen (post-)kolonialer Strukturen ausgegrenzt und unterdrückt werden.

In den drei Artikeln, die sich mit der Darstellung von den sogenannten Intervenierten auseinandersetzen und der Konstruktion von Fremdheit in Texten und Bildern deutscher „Leitmedien“ nachgehen, wird nachvollziehbar, wie Fremdheit im Kontext von Nationalismus, Rassismus, Migration und Flucht verstanden und hergestellt wird. Dabei wird auch auf unterschiedliche Ansätze und Aspekte von Identität eingegangen und die Kulturalisierung sozialer Begebenheiten beleuchtet.

Es wird herausgearbeitet, dass diskriminierende, einseitige Bilder geschaffen werden, in denen Menschen nicht mehr als individuell handelnde Subjekte erkennbar sind, sondern lediglich als „die Anderen“ objektiviert und vereinheitlicht werden. Der Heim(at)vorteil wird also schnell ersichtlich: Interventionen werden im Namen von Modernisierung und Emanzipation zur Notwendigkeit. Durch die Konstruktion einer kulturellen Hierarchie können deutsche Soldat_innen als Retter_innen und Helfer_innen stilisiert und Kriegseinsätze als legitimes Mittel

transportiert werden.

...oder greenwashing militärischer Interventionen?

Was bei den Analysen völlig fehlt, ist die Perspektive der „Intervenierten“. Es wird zwar behauptet, in der Entwicklung des Diskurses sei zu erkennen, „dass auf die Stimmen und Bilder der Intervenierten mehr und genauer geachtet wird. Und zwar nicht einfach benevolent in Empfang nehmend, sozusagen Wissen über die aneignend, denen wir [!] als Interveniende gegenüberstehen“ (S. 333). Auch der Selbstanspruch, die Äußerungen jener zu beachten, die sonst keine Berücksichtigung finden und in Wissenschaft und Forschung einfließen zu lassen, ist an sich gut gemeint. Der vorliegende Band bleibt jedoch selbst weit hinter diesem Anspruch zurück: Eben jene Äußerungen, die Stimme jener „Intervenierten“, um die es größtenteils im Buch geht, ihre Darstellung und Perspektive, bleiben außen vor. Wieder analysieren „wir“ uns selbst. Wieder generieren „wir“ Wissen über „unsere“ Darstellungsweise „der Anderen“. Auch sprachlich fallen die Analysen immer wieder auf ihre eigene Kritik herein. Begrifflichkeiten wie „Intervenierte“, „Interveniende“, „westliche“ und „andere“ Kultur werden wiederholt unreflektiert verwendet und reproduzieren somit das bestehende Macht- und Diskursverhältnis.

Obwohl inhaltlich tendenziell kritisch und stichhaltig, methodisch nachvollziehbar und durchaus selbstreflexiv bleibt nach der Lektüre ein bitterer Nachgeschmack. Ebenso wie die Forschung des SFB 700 beschränkt sich die Analyse im Buch auf Symptome statt nach Ursachen zu fragen. Krieg und militärische Interventionen, die globale Ausbreitung eines neoliberalen Wirtschaftssystems und die damit verbundenen katastrophalen Auswirkungen für die Länder des globalen Südens, werden somit als Normalität vorausgesetzt und akzeptiert.

Michael Daxner, Hannah Neumann (Hg.) 2012:

Heimatdiskurs. Wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr Deutschland verändern.

transcript, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-2219-5.

340 Seiten. 32,80 Euro.

Zitathinweis: Rita Werth: „Wir“ über „uns“ und „die Anderen“. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1203>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Sehnsucht nach dem Stahlbad



Bernd Ulrich

Wofür Deutschland Krieg führen darf
Und muss.

Das Buch des ZEIT-Politikchefs Bernd Ulrich demonstriert mustergültig, wie der deutsche Journalismus heutzutage seine Kriegstreiberei mittels pseudo-humanitärer Überlegungen verschleiert.

Rezensiert von [Rainer Wenger](#)

Eine wesentliche Neigung der fast ausschließlich der saturierten Mittelklasse entstammenden Schreiberlinge des deutschen Journalismus ist es, sich den Kopf der Herrschenden zu zerbrechen. Nichts vermag dem handelsüblichen Leitartikler einer bürgerlichen Gazette mehr schlaflose Nächte zu bereiten als jene innerlich-moralischen Konflikte, die etwa der grüne Bombenbüttel Joseph Fischer einst ausstehen hatte. Ist beim Blick auf Fotos jener turbulenten Tage zwischen 1999 und 2001 seinem kriegskündenden Knautschgesicht nicht plastisch anzusehen, wie schwer es ihm gefallen ist, die von der Bundeswehr behelmteten Truppen in den Kosovo oder nach Afghanistan zu schicken?

Geht es nach den meisten der sogenannten Qualitätsmedien, sollten wir uns alle vor dem ehemaligen Bundesaußenminister für die von ihm begonnene „militärische Normalisierung Deutschlands“ (S. 73) – sprich für die Kriege im Kosovo und in Afghanistan – ehrfürchtig verneigen und uns bei ihm demütig für die erteilte Lehre bedanken, „dass Krieg unter bestimmten Umständen moralisch geboten sein kann“ (S. 35). Ein 2011 erschienenes Buch von Bernd Ulrich, dem Politik-Boss und stellvertretenden Chefredakteur der Wochenzeitung *DIE ZEIT*, ist in diesem Sinne schon vom Titel her eine klare Ansage: „Wofür Deutschland Krieg führen darf“.

So dürften vor drei Jahren die edlen Brunnenbohr- und Mädchenschulenaufbau-Propagandist_innen für eine Weile ihre Fottfinger von den Schalthebeln der Macht gelassen und dieses Werk gelesen haben, denn der werthe Herr Ulrich stellt den Deutschen darin einen Persilschein für die bewaffnete Ausweitung ihrer Ideologiezone aus. Endlich, mögen sie sich gedacht haben, sagt's mal einer klar und deutlich, denn jenseits dieses nach 1945 verordneten „Nationalpazifismus“ (S. 44) ist doch ohnehin allen klar, dass „wir“ (S. 13) Deutsche allesamt mit dem Messer zwischen den Zähnen das Licht der Welt erblicken.

Selbstredend wäre der Lohnschreiber des Holtzbrinck-Verlags nicht jener realpolitisch-weise Genius, für den er sich selbst halten mag, wenn er im Buchtitel nicht noch ein „Und muss“ nachschöbe. Schließlich leben wir alternativlos im nach permanenter Expansion strebenden und kompetitiven Kapitalismus, ob uns das gefallen mag oder nicht. Also: Stillgestanden und aufgemerkt, was Kamerad Bernd zu sagen hat!

Journalismus ist fast wie regieren

Sein essayistischer Ritt durch die jüngere bundesdeutsche Kriegsgeschichte startet mit einem Kriechgang in den Allerwertesten des Wehrmachtsveteranen, Ex-Bundeskanzlers (SPD) und aktuellen *ZEIT*-Herausgebers Helmut Schmidt („Das natürliche Zentrum aller Debatten über den

Krieg bildet dabei Helmut Schmidt. Es macht eben einen immensen Unterschied, ob man das Thema abstrakt diskutiert oder mit jemandem, der weiß, wovon er redet, wenn er vom Krieg spricht“ (S. 20). Dann beginnt Ulrich unvermittelt aus dem Nähkästchen seines Arbeitsalltags zu plaudern. Beim beredten Schweigen über die Redaktionskonferenzen, in denen sich viele Gedanken seines Buches entwickelten, gießt er seine ‚Erkenntnisse‘ in stolzgeschwellte Worte:

„Diese Freitagsrunde ist nicht nur im Journalismus einzigartig, von ihr sagt Helmut Schmidt, sie sei oft besser als Kabinettsitzungen. Die Diskussionen dienen weniger dem operativen Zeitungsgeschäft als einer politischen Selbstvergewisserung, sind mehr ein Als-Ob-Regieren“ (S. 19).

Und dieser Als-Ob-Regierer hat sichtlich seinen Orwell gelesen, denn er verfügt über das in den meisten politikwissenschaftlichen Proseminaren auswendig zu lernende „Neusprech“ (Orwell 1984, S. 9). So schreibt er über „asymmetrische Kriege“ (S. 88) statt von Angriffskriegen, Deutschland bezeichnet er als „Mittelmacht“ (S. 64) statt als europäische Austeritäts-Großmacht und deren Bevölkerungsmehrheit attestiert er eine „Interventionsverweigerung“ (S. 145) statt sie als gewaltfrei zu kennzeichnen.

Allein damit liegt Ulrich handzahn auf der Herrschaftslinie mit ihrem Motto „Krieg ist Frieden“ (Orwell 1984, S. 20) und dürfte seinen Job damit auf Jahre hinaus gesichert haben. Doch lehrte ihn George Orwell offenbar noch mehr: „Wenn alle anderen die von der Partei oktroyierte Lüge akzeptieren – wenn alle Berichte gleich lauteten – dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde Wahrheit“ (ebd., S. 36). Mit einem Krieg der NATO gegen den Iran liebäugelt Ulrich nämlich über ein allzu bekanntes Argument: „Das Regime in Teheran droht mit der Vernichtung Israels und ist dabei, sich Atomwaffen zu beschaffen“ (S. 72).

Gruppenzwang an der Taktiktafel im War Room

Zwar ist leicht nachzuweisen, dass der ehemalige iranische Präsident Ahmadinedschad niemals behauptet hat – wie in „westlichen“ Massenmedien immer wieder durch falsche Übersetzungen lanciert – er wolle Israel „auslöschen“ oder „ausradieren“ und habe ohnehin ein Recht auf Atomwaffen. Tatsächlich lauten die Sätze, die von dem Islamisten in dieser Hinsicht bislang kamen, so: „Der Staat Israel sollte in eine andere Weltgegend verlegt werden“ und „Unser verehrter Imam hat gesagt, dass das Besatzungsregime einmal aus den Seiten der Geschichte verschwinden muss“ (vgl. Berger 2007). Selbstverständlich täuscht das nicht darüber hinweg, dass das iranische Regime gegenüber Israel nicht gerade friedlich gesinnt ist. Die bewusste Verbreitung falscher Übersetzungen in diesem Fall ist Bernd Ulrich jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bekannt.

Seine Mission ist es aber nun einmal, „nach richtigen und falschen Kriegen zu fragen“ (S. 123) – und zwar ausschließlich im Interesse der sogenannten westlichen Welt. Der 2003 begonnene Irak-Feldzug der USA sei ein „in seiner Begründung und Durchführung falscher und unmoralischer Krieg“ (S. 127) gewesen. Im Kosovo aber sei ein rundum richtiger Krieg geführt worden, denn dort habe die NATO aus reiner Nächstenliebe gehandelt; schließlich gebe es an dieser Stelle „kein Öl weit und breit. Zudem sind die reichen Industrienationen jahrzehntelang gut ohne den Balkan ausgekommen, warum sollten sie nun seinetwegen in den Krieg ziehen – es sei denn, um Menschen in Not zu helfen?“ (S. 40).

Außerdem, so Ulrich weiter, ließ sich „die deutsche Zurückhaltung [...] in der internationalen Debatte schlicht nicht mehr begründen“ (S. 31). Jaja, der Großjournalist kennt sie, die liebe Not der Herrschenden inmitten des Gruppenzwangs an der Taktiktafel im War Room. Nur wollte dieses dumpfe Volk wieder mal nicht mitziehen, denn „die Deutschen brauchen mitunter sehr große Begründungen für sehr kleine militärische Beiträge. Im Fall des Kosovo-Krieges bestand dieser Beitrag in nicht mehr als ein paar Tornados“ (S. 36).

Feige wie dieser seine Machthabenden verzärtelt im Stich lassende Friedensfanatismus nun einmal ist, musste sich die Bundesregierung mit Notlügen wie dem „Hufeisenplan“ dann halt aus der Patsche helfen, um die paar Tornados zum NATO-zertifizierten Zerfetzen von Zivilisten da runter zu schicken. Aber, und da ist Ulrich ganz ehrliche Haut, er hat damals mit keiner Zeile für diesen Krieg argumentiert: „Der erste Krieg, für den ich mich offen ausgesprochen habe, war der gegen das Taliban-Regime in Afghanistan“ (S. 51).

„Das konnte man vorher nicht wissen“

Diesen befand der Schreibtisch-Hilfskommandant als „erste Gelegenheit für Deutschland, etwas zurückzugeben für die Befreiung von Hitler und die jahrzehntelange Unterstützung“ (S. 52). Dass nach gleicher Logik auch (und angesichts der weit höheren Opferzahlen im Kampf um den Sturz Hitlers sogar noch viel, viel mehr) die russischen Kriege gegen Tschetschenien oder Georgien zu unterstützen gewesen wären, lässt Ulrich natürlich galant unter den Tisch plumpsen, weil das böse Putin-Reich bekanntlich einer der größten Gegner Deutschlands im Ringen um die ökonomische Weltherrschaft ist.

Dachte Ulrich damals noch: „Richtiger kann ein Krieg nicht sein“ (S. 52), so hat der Publizist diese Position inzwischen reumütig zurückgenommen, zumal man im Strom der Opportunist_innen ja mithalten muss und keine Sekunde dagegen steuern darf, wo sich doch so viele speichelleckende Fische darin tummeln. Kein Wunder also, dass Ulrich freimütig bekennt: „Der Krieg, den ich selbst befürwortet habe, erfüllt mich heute immer wieder mit Trauer, wenngleich“ (S. 130) – so viel Selbstgefälligkeit muss dann doch sein – „nicht mit Scham; der Krieg war falsch, aber das konnte man vorher nicht wissen“ (S. 130).

Schämen musste sich Ulrich kurze Zeit später dann aber doch noch. Wenn auch nicht für sich selbst und auch nicht für das Gros seine Landsleute, sondern ausnahmsweise für seine Regierung und die Intellektuellen. Gar so sehr schämte er sich ob deren Unwilligkeit, in libysche Stahlgewitter aufzubrechen, dass er an dieser Stelle tonal ins Weinerliche verfällt. Schließlich löcherten ihn seine arabischen Bekannten mit Fragen voller Unverständnis. Hätte er denen etwa sagen sollen:

„Das müsst ihr verstehen, als es in Afghanistan um unsere Sicherheit ging, da mussten wir eingreifen, ohne Mühen und Kosten zu scheuen, ohne Soldatenleben zu schonen, nun aber, da es um eure Revolution und eure Verwandten geht, können wir leider nichts tun? Ich konnte das nicht. Die deutsche Regierung schon“ (S. 100).

Weicheier, soweit das teutonische Auge reicht

Merke: Eine Regierung ist stets für eine Kriegsablehnung zu tadeln, wenn eine Vorgängeradministration ihrerseits irgendeinen Krieg geführt hat – mag dieser nun richtig gewesen sein oder nicht. Für Ulrich ist Deutschland kriegstechnisch dementsprechend in eine „Phase der Verlotterung“ (S. 178) eingetreten, in welcher der Bevölkerungswille in Fragen von Krieg und Frieden plötzlich skandalöserweise in wenigen Einzelfällen eine ernsthafte Rolle zu spielen scheint. Eine Rüge erhält diesbezüglich vor allem Horst Köhler, der 2010 in einem Radiointerview sinngemäß von legitimen deutschen Wirtschaftskriegen sprach; eine Aussage, die der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg noch ein halbes Jahr später stützte. So viel Abweichung vom „Neusprech“ gefährdet natürlich die großdeutsche Mission und kann von dem Autoren keinesfalls akzeptiert werden.

Wut und Trauer schleichen sich daher bei Ulrich ein, denn Deutschland sei „dabei, sich dem Thema Krieg umfassend zu entfremden“ (S. 182f.) und zeige damit den Diktaturen allüberall, „dass es wenig Grund gibt, dem Westen zuzuhören, wenn er mal wieder seine idealistische Phase hat“ (S. 164). Heute gebe es Weicheier, soweit das teutonische Auge reiche: „Nur Kriege, die mit unvermischt lauterer Motiven geführt werden, sind gerechtfertigt. Dann würde die Weltgeschichte

der legitimen Kriege ein schmales Büchlein“ (S. 118). Ob dem Redakteur der auflagenstarken *ZEIT* bewusst ist, wie stark solche Äußerungen an jenen Vorabend des Ersten Weltkrieges erinnern, der nun genau einhundert Jahre zurückliegt und an dem sich maßgebliche deutsche Diskursteilnehmende nach einem Krieg als „Stahlbad der Nation“ (Fischer 1964, S. 61) sehnten, bleibt offen.

Was Bernd Ulrich inmitten seines tragikomischen Essays über den richtigen Krieg der Guten und den falschen Frieden der Bösen jedoch über jene Bücher schreibt, die seinem eigenen Standpunkt widersprechen, gerät summa summarum zur unfreiwilligen Charakterisierung seines eigenen Kriegs-Buches, das exemplarisch steht für zahllose andere in großen Publikumsverlagen erscheinende Werke aus hegemonialer Perspektive. Könnte man doch „den Wahrheitsgehalt solcher Bücher meist an der Lautstärke ablesen: Je lauter, desto falscher, je weniger tastend, desto weniger begreifend“ (S. 81).

Zusätzlich verwendete Literatur

Berger, Jens (2007): Sprechen Sie Farsi? Nein? Unsere Medien auch nicht. In: Der Spiegelfechter vom 17.02. Online einsehbar [hier](#).

Fischer, Fritz (1964): Jetzt oder nie – Die Julikrise 1914. In: Der Spiegel, Nr. 21. S. 61-72.

Orwell, George (1984; Erstausgabe 1949): 1984. Verlag Hans Richarz, Sankt Augustin.

Bernd Ulrich 2011:

Wofür Deutschland Krieg führen darf. Und muss.

Rowohlt Verlag, Reinbek.

ISBN: 978-3-498-06890-5.

192 Seiten. 14,95 Euro.

Zitathinweis: Rainer Wenger: Sehnsucht nach dem Stahlbad. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1206>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Geschlecht in der Legitimierung des Kriegs gegen Afghanistan in deutschen Medien



Andrea Nachtigall

Gendering 9/11

Medien, Macht und Geschlecht im Kontext des »War on Terror«

Andrea Nachtigall zeigt in ihrem Buch die geschlechtlichen Zuschreibungen in den Diskursen um „9/11“.

Rezensiert von [Heinz-Jürgen Voß](#)

„9/11“ ist nicht nur die Kurzformel für die Anschläge vom 11. September 2001, sondern es verbinden sich damit weitreichende gesellschaftliche Einschnitte. Als „War on Terror“ wurde von den westlichen Staaten der Krieg gegen Afghanistan begonnen und es werden von verschiedenen Akteur_innen mit Bezug zu 9/11 global militärische Interventionen sowie die „vorsorgliche“ Ermordung von Menschen durch Drohnen-Angriffe gerechtfertigt. In den westlichen Staaten wurden Menschen- und Bürgerrechte kassiert – auch dafür galt und gilt 9/11 als Begründung.

Voraussetzung war es hierfür, dass die Anschläge nicht als Verbrechen auf rechtstaatlicher Basis geahndet, sondern als singuläres, besonders grausames Ereignis eingeordnet wurden. Diese Einstufung begann direkt nach den Anschlägen – und sie zeigt sich von Anfang an auch in der Bundesrepublik Deutschland und in den deutschen Medien. Andrea Nachtigall zeichnet in ihrer Diskursanalyse zur medialen Berichterstattung die Argumentationsweisen in den ersten drei Monaten nach dem 11. September nach. Dabei skizziert sie die allgemeine Behandlung der Anschläge und der sich anschließenden internationalen Entwicklungen, um sich ausführlicher den Thematisierungen von Geschlecht zuzuwenden.

Untersucht hat die Autorin dafür zwei der so genannten deutschen „Leitmedien“ – die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und den *Spiegel*. Die Auswahl begründet sie über die weite Verbreitung dieser Medien sowie der ihnen zugeschriebenen Meinungsführerschaft. Im Untersuchungszeitraum, der vom 12. September 2001 bis zum 31. Dezember 2001 reicht, erschienen in diesen beiden Medien insgesamt 4.225 (!) thematische Artikel, von denen Nachtigall – begründet – die aussagekräftigsten zur detaillierten Analyse ausgewählt hat. Der 31. Dezember markiert den Zeitpunkt, „als die afghanische Übergangsregierung ihr Amt angetreten“ und „der Bundestag der Beteiligung der Bundeswehr an der ‚Schutztruppe‘ für Afghanistan zugestimmt hat“ (S. 80). In beiden Medien seien die Anschläge bereits von der Ausgabe des 12. September an als „Krieg“ bezeichnet und so auf eine Ebene gehoben wurden, die sich dem rechtstaatlichen Zugriff entziehe (S. 95, 105). FAZ und *Spiegel* griffen auf Superlative zurück. Während sich im *Spiegel* eine „bildgewaltige“ Sprache (S. 95) zeigte, habe in der FAZ das visuelle Moment dominiert. Zwei großformatige Fotos prägten die Titelseite – seit dem Bestehen der Zeitung war lediglich bei 30 Ausgaben überhaupt ein Foto auf der Titelseite, vor 2001 zuletzt am 4. Oktober 1990 (S. 104).

Staatsmänner und Sanitäterinnen

In der Berichterstattung, in der es um die Anschläge, die Opfer, die Attentäter, die mögliche Racheaktion der USA, die Beteiligung der übrigen NATO-Staaten an dieser sowie schließlich den Verlauf

des Krieges gegen Afghanistan ging, wurde dominant auf geschlechtliche Markierungen zurückgegriffen. Diese analysiert Andrea Nachtigall genauer und untersucht dabei zunächst die Darstellungen von George W. Bush, Gerhard Schröder, „Joschka“ Fischer. Sie arbeitet heraus, wie diese Personen als entschlossen und durchsetzungsstark gezeichnet und als männlich markiert wurden, während das Austarieren verschiedener Positionen, insbesondere in der Partei *Bündnis 90 / Die Grünen*, in den Zeitungen als chaotisch, unsicher, ängstlich und nervös delegitimiert, als weiblich-emotional beschrieben und mit dem Namen Claudia Roth verknüpft wurde. Tenor ist in den Darstellungen: Ein „Staatsmann“ müsse rational handeln und sich dabei auch gegen Bedenken durchsetzen. Krieg wird in den beiden Zeitungen so als mögliche und rationale Konsequenz der Anschläge des 11. September dargestellt.

Auch die Beteiligung Deutschlands am Krieg gegen Afghanistan mit Einheiten der Bundeswehr wird in den Beiträgen in FAZ und *Spiegel* als Reaktion auf die Anschläge erklärt. Es wird ein Bild von Deutschland als Nation gezeichnet, die nun „erwachsen“ werde. Die Zurückhaltung nach dem Zweiten Weltkrieg sei vorbei und Deutschland übernehme nun wieder „Verantwortung“ in der Welt. Deutsche Soldaten werden so nicht mehr als Fortsetzung des Zivilen, quasi als „Sozialarbeiter in Uniform“ (S. 211), geschildert, sondern in ihrer Kampffähigkeit und -bereitschaft. Auch hierbei werden in den Zeitungen männliche Zuschreibungen bemüht. Obwohl zu diesem Zeitpunkt – seit Januar 2001 – bereits Frauen in allen Bereichen der Bundeswehr „Dienst tun“ durften, fehlen sie in der medialen Diskussion fast vollständig. Nachtigall hält fest: „Eine explizite Nennung weiblicher Soldatinnen erfolgt z.B. dann, wenn es nicht um Krieg, sondern um ‚Frieden‘ bzw. deutsche ‚Friedensmission‘ im Ausland [...] oder um den Sanitätsdienst [...] geht“ (S. 241). Aus den neueren Entwicklungen sind hier Änderungen zu erwarten, weil die Bundeswehr zunehmend versucht, sich als „emanzipatorisch“ darzustellen und Frauen in den eigenen Reihen besser die Begründung von Kriegen als „Zivilisierungsmission“ ermöglichen.

Zivilisierungsmission

Die Begründung des Krieges gegen Afghanistan als Zivilisierungsmission kam in FAZ und *Spiegel* auf andere Weise zum Tragen: Es wurde als notwendig beschrieben, die afghanischen Frauen vor den afghanischen Männern zu retten. Afghanistan und insbesondere die Taliban wurden als patriarchalische Gesellschaft gezeichnet – in Abgrenzung zu einer emanzipatorischen deutschen. Gebündelt werden die diagnostizierten patriarchalen Zustände als Kennzeichen des Islams und teilweise differenziert als Islamismus. Auch dies dient wiederum der Erhöhung deutscher, christlich-säkularer Kultur. So schreibt der *Spiegel*:

„Die Geschichte des Christentums ist über anderthalb Jahrtausende ebenfalls prall gefüllt mit Beispielen eines gewalttätigen Fanatismus – auch wenn dieser Radikalismus heute im Vergleich zum Islam und zum Judentum weit weniger virulent ist. [...] Es war die Bewegung der Aufklärung...“ (S. 259, Hervorhebungen ausgelassen).

Diese Passage ist durchaus bemerkenswert, weil sich hierin die Gegensatzbildung andeutet, die heute zunehmend an Kontur gewinnt: Auf der einen Seite sei das aufgeklärte Christlich-säkulare und Deutsche, dagegen stünden nicht-aufgeklärte und zu zählende beziehungsweise zu zivilisierende Jüd_innen und Muslim_innen.

Ihre ausführliche und tiefe Quellenarbeit erdet die Autorin durch einen dem Buch vorangestellten theoretischen und methodischen Hintergrund. Sie skizziert dort die Ausarbeitungen insbesondere des Forschungsbereichs Internationale Beziehungen und der feministischen Friedens- und Konfliktforschung, wendet sich der Vereinnahmung feministischer Forderungen zur Durchsetzung eines aktuellen westlichen, deutschen Herrschaftsanspruches zu und streift dabei auch das Konzept des „Homonationalismus“ – auch Homosexuelle stellen sich in den Dienst deutscher nationaler Interessen und Homosexuellenrechte werden in westlichen Beschreibungen als Ausdruck eigener „Zivilisiertheit“ und „Überlegenheit“ genutzt. Dazu passt es auch, dass den Attentätern vom 11.

September in Beiträgen der FAZ eine deviante Sexualität und der Diskurs-Figur Bin Laden eine „unterdrückte Homosexualität“ (S. 291) diagnostiziert wird. Einzig die Fülle des von der Autorin bearbeiteten Materials und die kleinteilige Herausarbeitung der Diskursstränge provozieren partiell Wiederholungen und erschweren die Lektüre. Von daher kann es sich auch lohnen, nur einzelne und besonders interessierende Kapitel genau zu lesen. Nachtigall ist für die gründliche und exemplarische Untersuchung eines solch großen Corpus an Material zu danken.

Andrea Nachtigall 2012:

Gendering 9/11. Medien, Macht und Geschlecht im Kontext des »War on Terror«.
transcript, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-2111-2.

478 Seiten. 34,80 Euro.

Zitathinweis: Heinz-Jürgen Voß: Geschlecht in der Legitimierung des Kriegs gegen Afghanistan in deutschen Medien. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1212>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Kapitalistischer Imperialismus, Rüstung und „harte Geopolitik“



Tobias ten Brink

Geopolitik

Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz

Eine lesenswerte Arbeit zur aktuellen Militarisierung der Außenpolitik im globalen Zusammenhang der imperialistischen Staatenkonkurrenz.

Rezensiert von [Rudolph Bauer](#)

Vor dem Hintergrund der Globalisierung thematisiert Tobias ten Brink den heutigen Stellenwert kapitalistischer Staatenkonkurrenz. Diverse kapitalismus- und staatstheoretische Ansätze werden kritisch beleuchtet. Auf dieser Grundlage und nicht zuletzt Bezug nehmend auf die marxistische Theorie des Imperialismus erarbeitet ten Brink einen theoretischen Analyserahmen zur Einschätzung der politisch-ökonomischen Entwicklungstendenzen im globalen Maßstab. Einen besonderen, aktuellen Stellenwert besitzen ten Brinks Erkenntnisse über Militarisierung, Rüstung und Rüstungskonkurrenz sowie über die „harte Geopolitik“ in Gestalt von Kriegen.

Die Arbeit von ten Brink stellt die hoffnungsvolle These in Frage, dass mit der Globalisierung ein Prozess der Harmonisierung internationaler Beziehungen einhergeht. Der Erwartung einer „Pazifizierung der Weltgesellschaft“ (Ulrich Beck) wird grundlegend widersprochen. Ten Brink gelangt bei seiner Analyse zum Befund „der fortwährenden Existenz zwischenstaatlicher Konkurrenzverhältnisse, einer militarisierten Außenpolitik und weiterer internationaler, teilweise gewaltsamer Konflikte“ (S. 15).

Das Buch umfasst drei Teile, wovon der erste relativ kurz gerät. Er handelt drei Ansätze der Theoretisierung imperialistischer Phänomene ab – den kritisch-liberalen, den marxistischen und den neo-weberianischen Ansatz – sowie den in der Disziplin der Internationalen Beziehungen gewählten Ansatz des machtpolitischen Realismus beziehungsweise Neo-Realismus. Kurz werden die Defizite und Lücken dieser Erklärungsansätze skizziert: Ihr „Mangel an Komplexität“ sowie die „unpräzise Konzeptualisierung ihrer zentralen Kategorien“ (S. 47).

Der dritte Teil des Buches fasst die geopolitischen Phänomene der Gegenwart und jüngeren Vergangenheit unter dem Label „Marktliberaler Etatismus“ zusammen. Voraus geht der (zweite) Teil des Buches, in dem ten Brink seinen analytischen Rahmen zur Erklärung von Geopolitik in drei Schritten darstellt. Er entwickelt zunächst seine „Grundlagen einer Kapitalismusanalyse“ und bestimmt dann den „Kapitalismus als global fragmentiertes System in Raum und Zeit“, um schließlich „Weltordnungsphasen und die Periodisierung sozioökonomischer und geopolitischer Kräfteverhältnisse“ herauszuarbeiten.

Geopolitik – der analytische Rahmen

Im ersten Kapitel des zweiten Teils thematisiert der Autor auf abstrakter Ebene folgende Strukturmerkmale des Kapitalismus: (1) die Lohnarbeitsverhältnisse als vertikale Achse kapitalistischer Sozialkonflikte, (2) die Konkurrenzverhältnisse als horizontale Achse

kapitalistischer Sozialkonflikte, (3) die Geldverhältnisse und (4) die kapitalistischen Staaten in ihrer jeweiligen Besonderung – also nicht „den“ kapitalistischen Staat als allgemeine Kategorie. Im zweiten Kapitel wird der Kapitalismus als weltweit inter-gesellschaftliches System in Raum und Zeit eingeführt, wobei die allgemein-theoretischen Überlegungen vermehrt durch historisch-zeitdiagnostische Argumente ergänzt werden. Der dritte Schritt mündet ein in die Periodisierung von Phasen der sozioökonomischen und der geopolitisch-staatlichen Kräfteverhältnisse.

Sowohl im zweiten als auch im dritten Kapitel von Teil II des Buches widmen sich einzelne Abschnitte dem Thema der Rüstungskonkurrenz vor dem Hintergrund der Staatenkonkurrenz. Der Autor verweist dabei auf folgenden wichtigen Aspekt:

„Rüstungsgüter werden nur zu einem Teil getauscht; es kommt zur Außerkraftsetzung von Marktregulativen. Die typische Situation für Rüstungskonzerne ist es, für einen einzigen Käufer, den Staat, zu produzieren und dabei die kostenmäßigen Bedingungen zu diktieren“ (S. 131).

Die staatliche Rüstungsproduktion erzeuge „eine kapitalistische Konkurrenzdynamik, die sich auf der geopolitischen Ebene des internationalen Staatensystems ausdrückt. Der Rüstungswettbewerb gehört zu den wichtigsten Komponenten der geopolitischen Konkurrenz“ (ebd.); denn er zielt ab „auf die Steigerung des Machtpotenzials von Einzelstaaten, die Kontrolle von Räumen und/oder auf die Verfügung über Territorien, Produktionsmittel und Menschen“ (ebd.).

Rüstungswesen – Rüstungskonkurrenz – Rüstungskapitalismus

Für Ten Brink ist die Analyse des Rüstungswesens „notwendiger Bestandteil einer Theorie des kapitalistischen Imperialismus“ (S. 134). Die Rüstungsproduktion müsse als grundlegender Bestandteil der kapitalistischen Akkumulations- und Krisenprozesse betrachtet werden. Die Außenpolitik von kapitalistischen Staaten könne nur „als eine von Gewalt(-androhung), Militär und Rüstung geprägte“ verstanden werden (S. 135). „Der global-fragmentierte Kapitalismus ist nicht nur eine Produktions- und Konsumweise, er ist auch eine *sozialräumliche Beherrschungsweise*“ (ebd, Herv. i. O.).

Den Gedanken der Rüstungskonkurrenz nimmt Ten Brink an einer späteren Stelle seine Studie erneut auf. Er untersucht dort die ökonomischen Effekte geopolitischer Rüstungskonkurrenz im Kalten Krieg. Der Autor begründet den US-amerikanischen „Rüstungskapitalismus“ (S. 198) nach dem Zweiten Weltkrieg damit, dass es sich bei den Erzeugnissen der Rüstungsindustrie um unproduktive Güter handelt. Die Investition in unproduktiv konsumierte Militärgüter habe zu einem langsameren Wachstum der Wertzusammensetzung geführt, „was ein Grund für relativ stabile Profitraten war“ (S. 199) – Rüstung als Mittel zur Gegensteuerung des Falls der Profitrate.

Die ökonomisch stabilisierenden Effekte der Rüstungsausgaben in den USA seien jedoch seit Ende der 1990er Jahre im Schwinden gewesen. Doch habe sich der Rüstungssektor im Zuge der Wirtschaftskrise 2000/2001 erneut als Mittel der Konjunktursteuerung erwiesen. Ten Brink spricht von einer „Rückbesinnung auf den ‚Militärkeynesianismus‘“ (S. 201). Die Rüstungsausgaben hätten nicht nur gesamtwirtschaftliche Nachfrageeffekte bewirkt, sondern darüber hinaus geopolitische Bedeutung erlangt, „insofern ein funktionsfähiger, militärisch potenter Staat als Garant der Stärke in einer instabilen Welt betrachtet wird“ (ebd.).

Den Ost-West-Konflikt wertet der Autor als „Auseinandersetzung zweier *kapitalistischer* Weltordnungsmodelle“ (S. 202, Herv. i. O.) – des kapitalistischen Westens einerseits und des ‚sozialistischen‘ Weltordnungsmodells mit einer „Partei- und Staatsbürokratie als neue herrschende Klasse“ andererseits (S. 203).

„Aus Sicht der UdSSR war der geopolitisch-militärische Wettbewerb zwischen Staaten eine Notwendigkeit, um der Marktkonkurrenz auszuweichen, die wiederum genau diese staatlich dirigierte Ökonomie in Frage stellte“ (S. 208).

Ausgehend von der These, dass der ideologische Ost-West-Konflikt „die Ähnlichkeiten der beiden Imperialismen“ (S. 214) – des östlichen und des westlichen – lediglich verdeckt habe, gelangt der Autor zu dem Fazit, dass der eine Imperialismus dem anderen auf ‚friedliche‘ Weise, weil durch ihn ‚totgerüstet‘, unterlegen war. Diese Erfahrung habe sich auf dramatische Weise in das kollektive Gedächtnis der Machteliten eingegraben, weswegen heute wieder „der Militarismus als legitimes Mittel der Außenpolitik“ (S. 216) gelte.

Gegenwärtige geopolitische Phänomene des marktliberalen Etatismus

Im abschließenden dritten Teil des Buches interpretiert der Autor die gegenwärtigen geopolitischen Phänomene als Ausdruck eines marktliberalen Etatismus. Zu den betreffenden Phänomenen zählt er die Bedeutung der nationalen Sicherheitsstrategien und die Zunahme von Militärinterventionen, ferner – damit einhergehend – die Legitimationsdiskurse zur Rechtfertigung „des Trends in Richtung der Militarisierung der Außenpolitik“ (S. 228) und „die Aushöhlung demokratischer Standards“ (S. 229, Herv. i. O.). Innerhalb Europas und insbesondere Deutschlands werde der Kriegsbegriff zwar vermieden. Aber dies sei „nicht in erster Linie als Ausdruck antimilitaristischer Grundhaltungen in der Politik zu lesen“ (S. 227), sondern es diene vielmehr umgekehrt „der Enttabuisierung kriegerischer Handlungen“ (ebd.).

Im Schluss-Abschnitt von Teil III bewertet das Buch die geopolitischen Entwicklungen unter dem Gesichtspunkt der Konflikte zwischen den mächtigsten Industriegesellschaften. Bewertet wird der Anspruch des „amerikanischen Imperiums“ (S. 237) im Verhältnis zu Russland, zur EU (S. 243 f.) und zu China (S. 249 f.). Abschließend muss ten Brink allerdings offen lassen, „ob die gegenwärtige weltweite, kooperativ-konfliktive Konstellation zukünftig im Rahmen einer amerikanischen Weltordnungspolitik stabil gehalten bzw. stabilisiert werden kann“ (S. 270).

Das Buch von ten Brink ist die überarbeitete und gekürzte Fassung seiner Dissertation am Frankfurter Institut für Sozialforschung, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung des DGB. Gutachter waren Joachim Hirsch (Politikwissenschaftler), Boy Lüthje (Soziologe) und Bob Jessop (Ökonom). Die Gutachter-Palette macht anschaulich, dass sich die Arbeit Tobias ten Brinks nicht innerhalb einzelwissenschaftlicher Schranken bewegt. Das ist einerseits von Vorteil und macht die Lektüre spannend. Andererseits aber mäandert die Studie stellenweise (nicht untypisch für eine Dissertation!), und die Lektüre gestaltet sich dann entsprechend langatmig.

Frieden schaffen ohne Waffen?

Die Arbeit ist trotzdem immens lesenswert, um die aktuelle Militarisierung der Außenpolitik – nicht zuletzt in Deutschland – deutlicher wahrzunehmen und im globalen Zusammenhang der imperialistischen Staatenkonkurrenz bewerten zu können. Damit ist zugleich aber auch eine Beschränkung der vorgelegten Analyse benannt: Sie nährt „wissenschaftlich“ einen Fatalismus, der antimilitaristische und pazifistische Bestrebungen untergräbt oder zu konterkarieren droht. Die Lesenden wissen nach der Lektüre zwar besser Bescheid, um nicht getäuscht zu werden von den Friedens- und Sicherheitsversprechen der Regierenden, die damit den Neo-Militarismus und Krieg rechtfertigen. Aber wissen sie auch, was zu tun ist, um erfolgreich Frieden zu schaffen ohne Waffen?

Hier macht sich bemerkbar, dass ten Brink es versäumt hat, den titelgebenden Terminus „Geopolitik“ zu hinterfragen. Indem er Geopolitik als erweiterten Begriff von Imperialismus fasst, macht er ihn für jene Diskurse hoffähig, die eine Nähe zu den Arbeiten des Geopolitik-

Wissenschaftlers Karl Haushofer (1869-1946) aufweisen. Die imperialen Züge im Werk Haushofers und die Instrumentalisierung seiner Schriften für „lebensraumschaffende Vernichtungskriege“ würden es nahe legen, bei der Verwendung des Begriffs mehr Sorgfalt und begriffsgeschichtliche Sensibilität walten zu lassen.

Tobias ten Brink 2008:

Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz.

Westfälisches Dampfboot, Münster.

ISBN: 978-3-89691-123-0.

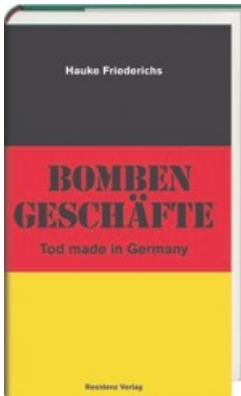
307 Seiten. 27,90 Euro.

Zitathinweis: Rudolph Bauer: Kapitalistischer Imperialismus, Rüstung und „harte Geopolitik“.

Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1200>. Abgerufen

am: 02. 01. 2019 20:37.

Aus der Rüstungsindustrie nichts Neues



Hauke Friederichs
Bombengeschäfte
Tod made in Germany

In einem journalistischen, einfach zu lesenden Stil präsentiert Hauke Friederichs viele interessante Details. Doch mangelt es an analytischer Tiefe.

Rezensiert von [Sophia Hoffmann](#)

Ein gutgemeintes Buch ist schwierig zu besprechen. Wenn das Herz für die Thematik und das Anliegen schlägt, ist die Enttäuschung umso größer, wenn es an der Umsetzung hapert. Die richtige Balance zwischen Fairness und Aufrichtigkeit zu treffen, wird für die Rezensentin zu einer noch größeren Herausforderung.

„Bombengeschäft – Tod made in Germany“ beleuchtet Deutschlands Waffenproduktion und deren Export. Dies ist ein derzeit besonders wichtiges Thema, da das außenpolitische Machtstreben deutscher Eliten neue Höhen erreicht. Man denke an die im Januar 2014 von Bundespräsident Joachim Gauck geäußerte Forderung, Deutschland solle sich mehr militärisch zu engagieren und international einmischen, selbstverständlich zum Schutz des Weltfriedens. Allerorts hört man dieser Tage, dass Deutschland mehr internationale ‚Verantwortung‘ übernehmen solle. Eine Analyse der deutschen Rüstungsindustrie und ihrer engen Verflechtung mit politischen EntscheidungsträgerInnen kommt da genau zum richtigen Zeitpunkt.

Die stärksten Passagen des Buches sind dann auch jene, die sich mit den spezifischen, administrativen und personellen Strukturen beschäftigen, durch die in Deutschland die Kommunikation zwischen Waffenindustrie und Politik funktioniert. Hier liest man zum Beispiel vom ‚Förderkreis Deutsches Heer‘, eine Art Netzwerkverband für PolitikerInnen und RüstungsmanagerInnen, die sich als Unterstützergruppe für die Bundeswehr tarnt und deren große Sorge die mangelnde Ausrüstung der Truppe ist. Oder man erfährt, wie eifrig Angela Merkel in Angola dafür wirbt, dass die Angolanische Regierungsmafia Patrouillenboote von deutschen Werften kauft. Solche Kabinettstückchen und Anekdoten erlauben es den LeserInnen durchaus, ein tieferes Verständnis dafür zu entwickeln, wie die deutsche Waffenproduktion im Tagesgeschäft so funktioniert – abseits aller harten Paragraphen, in denen die Bundesregierung einen vorsichtigen und restriktiven Umgang mit dem Export von Rüstungsgütern verspricht. Solche Einsicht ist für PolitikwissenschaftlerInnen diverser Richtungen interessant, da sie eine (wenn auch oberflächliche) Prüfung der eigenen Theorien und Forschungsmethoden zulässt. Für ‚Laien‘ ist es politisch bildend und spannend zu lesen.

Die Frage nach der Leserschaft, an die sich das Buch richtet, stellt sich bereits nach kurzer Lektüre. Ein anstrengender, effekthaschender Schreibstil durchzieht das Buch, der wohl den Eindruck hinterlassen soll, dass der Autor bei seinen Recherchen permanent auf zwielichtigen und geheimniskrämerischen Pfaden wandelte. Aber wer findet es heutzutage noch wirklich überraschend, dass PolitikerInnen von LobbyistInnen in teure Restaurants in Berlin Mitte eingeladen werden? Oder dass sich Waffenindustrielle höhnisch über AktivistInnen äußern, oder dass auf großen Messen die Todesmaschinerie ganz offen ausgestellt wird, und sich Waffennarren

daran begeistern? Es wirkt, als ob sich der Autor in einem Dauerzustand der Empörung befindet, das gerade Deutschland, von dem man so etwas ja nie gedacht hätte, so viel Waffen exportiert. Dies erweckt den Eindruck politischer Naivität. Denn gerade die Tatsache, dass dies eben *nicht* dubiose Prozesse sind, die durch irgendwelche Hintertürchen stattfinden müssen, sondern stattdessen alltägliches Geschehen, ist wichtig und interessant und bedarf der Erklärung und Analyse. Stattdessen liest sich das Buch über weite Strecken leider wie eine Aneinanderreihung reißerischer *Spiegel*-Artikel.

Die relevantesten Tatsachen geraten dabei zur Beiläufigkeit. Frühzeitig wird erwähnt, dass die deutsche Ausfuhr von Kriegsmaterial zwischen 2007 und 2011 im Vergleich zu den vorigen fünf Jahren um 37 Prozent stieg. Das ist eine bedeutende Entwicklung! Wie lässt sie sich erklären, und womit hängt sie zusammen? Vielleicht damit, dass es seit 2011 seit langem wieder ein Anstieg der Anzahl von Kriegen in der Welt gibt? Oder gehen deutsche Waffen in andere Regionen? Welche heimischen und internationalen Faktoren haben sich im letzten Jahrzehnt verändert, die mit diesem Anstieg verbunden sein könnten? Dem Buch fehlt eine übergeordnete Fragestellung und Analyse, stattdessen springt Friedrichs hin und her zwischen sehr allgemeinen Beobachtungen, überraschenden historischen Exkursen und länglicher Darstellung einiger, spezifischer Fälle (etwa dem des öffentlichen Aufschreis um die Lieferung deutscher Leopard Panzer in 2011, oder die Firmengeschichte der im Schwarzwald ansässigen Waffenschmiede Heckler&Koch). Solche Einzelfälle sind durchaus interessant, allerdings fördern sie nichts wirklich Neues oder Brisantes zu Tage, noch werden sie in interessanter oder origineller Weise miteinander verknüpft.

„Bombengeschäft“ gerät so zu einer guten bis mäßigen Zusammenstellung von bereits bekannten Berichten über einige verschiedene Facetten der deutschen Rüstungswirtschaft und –Exportpolitik. Das Buch vermittelt ein – einfach zu lesendes – Basiswissen zum Thema. Teile könnten daher nützliches, zusätzliches Lesematerial für den Hochschulunterricht oder die Universitätslehre jüngerer StudentInnen bieten. Doch von einer wirklich „investigativen Recherche“ oder einem „brisanten Report“, wie der Buchumschlag verspricht, kann nicht wirklich die Rede sein. Vieles in dem Buch entstammt öffentlich zugänglichen Quellen, und von den wenigen Treffen mit Insidern, die beschrieben werden, wird nicht viel herausgeholt, auch nicht von den Reisen nach Saudi-Arabien oder dem Besuch der bekannten Londoner Waffenmesse DSEI. Der investigative Journalismus in Deutschland ist im Vergleich mit USA oder Großbritannien schwach ausgeprägt, das Buch bestätigt dies.

So bleibt „Bombengeschäft“ ein gut gemeintes Buch, zu einem wichtigen Thema, das es jedoch leider nicht schafft, wirklich unter der Oberfläche zu kratzen. Außer für wirkliche Neulinge zum Thema, die zugleich noch mit einem gewissen Glauben an die ‚gute‘ deutsche Weltmacht ausgestattet sind, bietet das Buch nichts Überraschendes. Das definitive Werk über den deutschen Waffenexport, am besten in Verbindung mit einer Analyse, wie sich die deutsche Außenpolitik seit den 1990er Jahren verändert, steht noch aus!

Hauke Friederichs 2012:
Bombengeschäfte. Tod made in Germany.
Residenz Verlag, Pölnen.
ISBN: 9783701732807.
240 Seiten. 21,90 Euro.

Zitathinweis: Sophia Hoffmann: Aus der Rüstungsindustrie nichts Neues. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1201>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Die neue Dimension



Medea Benjamin

Drohnenkrieg

Tod aus heiterem Himmel - Morden per Fernbedienung

Das Buch liefert präzise Einblicke in technische Entwicklungen und politische Legitimationen sowie Widerstand gegen den immer weiter verbreiteten Einsatz von Drohnen.

Rezensiert von [Adi Quarti](#)

Was hat es mit dem Drohnenkrieg auf sich, welchen die USA vorläufig in Afghanistan und Pakistan unter der zweifelhaften Bezeichnung „Krieg gegen den Terror“ führen? Klar ist, dass das militärische Handeln der Vereinigten Staaten völkerrechtlich höchst umstritten ist. Und was könnte damit gemeint sein, wenn eine neue Studie des US-Verteidigungsministeriums zu dem Schluss gelangt, dass bis 2030 der Mensch das schwächste Kettenglied im Kriegseinsatz sein wird? Das neue Buch von Medea Benjamin, Aktivistin der Bay-Area in San Francisco, geht in ihrem sehr gut recherchierten Buch diesen und weiteren Fragen auf den Grund.

Im Mittelpunkt ihrer Untersuchung steht aber nicht so sehr eine genauere Klassifizierung der neueren Kriegsmetaphern, wie sie zum Beispiel Michael Hardt und Antonio Negri und andere vorgenommen haben, welche den Begriff der Biomacht von Michel Foucault auf die Form des Nation-Building in Ländern wie Iran oder Afghanistan ausweiten. Die Autorin hält sich schlicht an die Fakten der Drohnenprogramme, lässt BefürworterInnen, GegnerInnen und Betroffene (sie war selbst in Pakistan und hat mit Überlebenden und Zeuginnen von Drohnenangriffen gesprochen) zu Wort kommen und liefert gerade deshalb einen umfassenden Überblick. So räumte etwa die US-Luftwaffe 2009 ein, mehr als ein Drittel ihrer Predator Spionageflugkörper verloren zu haben, sie waren schlicht abgestürzt. Bis zum Juli 2012 waren 38 Predator und Reaper (ebenfalls Drohnenmodelle) bei Kampfeinsätzen in Afghanistan und im Irak verloren gegangen, neun weitere bei Trainingsoperationen in den USA abgestürzt. Keine gute Nachricht für den zivilen Flugverkehr angesichts der Tatsache, dass der Luftraum immer mehr mit Drohnen vollgestopft wird.

Ein Wachstumsmarkt, von welchem Unternehmen wie General Atomics in San Diego (sie liefert den Predator) bestens profitieren. Die Firma AeroVerone (die sich anfangs für Luftqualität interessierte, daher der Name) in Südkalifornien hat sich auf Minidrohnen spezialisiert und sich inzwischen den Auftrag für Switchblade (Klappmesser) gesichert, welche vielseitig einsetzbar sein sollen. Ihr Raven soll angeblich in einen Rucksack passen. Die Firma Raytheon liefert Drohnensoftware, stellt eine 250 Kilo-Bombe namens Paveway her und entwickelt gerade eine 50 Kilo-Rakete, welche Monsoon genannt wird und die von Lockheed Martin hergestellte Hellfire-Rakete verdrängen soll. Das in Chicago ansässige Unternehmen Boeing entwickelt gerade den Phantom Ray, ein unbemanntes Flugschiff, das zwar so groß wie ein Kampfjet werden wird, sich aber weitgehend selbst steuern soll. Autonome unbemannte Drohnen, der Traum der Militärs! Diese können mit Hochleistungskameras, Wärmebildvorrichtungen, Autonummernschildlesern, Laserradar und eben Raketen ausgerüstet werden. Auf dem Luftwaffenstützpunkt Langley in Virginia verfolgen Soldaten die Live-Übertragungen von Drohnen, die über Afghanistan fliegen und die sie "Death TV" nennen. Dennoch gibt es hier Probleme, anscheinend denkt die Armee darüber nach, die Piloten am Bildschirm durch automatisierte, autonome Todesmaschinen zu ersetzen. Hier hätte gerne ein Bezug zu einem Film hergestellt werden können, um einfach etwas

Abstand zum schwierigen Thema zu gewinnen. „Minority Report“ (USA 2002) etwa, eine düstere Zukunftsprognose über präventive Gewaltanwendung und künstliche Intelligenz zur Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung. Benjamin verzichtet darauf, was aber keinesfalls gegen sie spricht.

Die Rechtsgrundlage für diese vielfältige Anwendung militärischer Gewalt liefert, was das amerikanische Recht betrifft, das sogenannte AUMF (Authorization for Use of Military Force) von 2001, das der Kongress nur eine Woche nach dem 11. September 2001 verabschiedete. Dadurch wird der Präsident ermächtigt, „jede notwendige und geeignete Gewalt anzuwenden“, um die für Terroranschläge verantwortlichen Personen zu verfolgen. Etwa 4.000 Menschen sollen dabei nach einer Liste des Präsidenten der Vereinigten Staaten getötet worden sein. Ein eindeutiger Verstoß gegen das Völkerrecht, wie selbst Richard Perle vom Pentagon einräumte. Der Völkerrechtsexperte und damals Sonderberichterstatter der UNO, Philip Alston, stellte 2010 an der Universität New York fest: „Außerhalb des Kontext eines bewaffneten Konflikts ist es höchst unwahrscheinlich, dass der Einsatz von Drohnen für gezielte Tötungen jemals rechtmäßig sein könnte“ (S. 116).

Mittlerweile hat sich in den USA eine beeindruckende Antidrohnenbewegung gebildet, welche sich allerdings noch am Anfang befindet. Am 9. April 2009 drangen vierzehn AktivistInnen, darunter Priester und Nonnen, in den Luftwaffenstützpunkt Creech ein – von dem aus viele Killerdrohnen ferngesteuert werden – und protestierten gegen die Kriegsverbrechen, die ihrer Meinung nach auf dem Stützpunkt begangen wurden. Später erschienen mehr als dreihundert Personen der *Upstate NY Coalition to Ground the Drones and End the Wars* vor dem Stützpunkt der Nationalgarde in Syracuse, New York. 38 von ihnen wurden festgenommen und angeklagt. Im Prozess 2011 erklärte der als Zeuge geladene ehemalige Generalstaatsanwalt der USA, Ramsey Clark, dass die Vergehen, die die Angeklagten begangen haben sollen, nichts seien im Vergleich zu den Verbrechen, welche die Regierung unter Verletzung des amerikanischen Rechts und des Völkerrechts begingen. Die in England aktive Menschenrechtsvereinigung *Reprieve* strengt ein Gerichtsverfahren gegen einige europäische Regierungen wegen ihrer Beteiligung an Drohnenangriffen auf StaatsbürgerInnen ihrer Länder an, darunter Großbritannien, Deutschland, Belgien und Spanien. Es ist an dieser Stelle nicht der Raum, um die unzähligen Organisationen, AktivistInnen und Netzwerke aufzuzählen, die weltweit inzwischen aktiv sind. Die Autorin macht es umso ausführlicher, was Interessierte selbst nachlesen können.

Das Buch ist, abgesehen davon, dass man von den zahlreichen Fakten regelrecht erschlagen wird, sehr sachlich gehalten. Das Vorwort von Sebastian Range zieht eine Verbindung zu den deutschen Diskussionen zum Thema.

Medea Benjamin 2013:

Drohnenkrieg. Tod aus heiterem Himmel - Morden per Fernbedienung.

Laika, Hamburg.

ISBN: 978-3-944233-05-5.

208 Seiten. 19,00 Euro.

Zitathinweis: Adi Quarti: Die neue Dimension. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014.

URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1205>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Fiktion als Alibi



George Tenner Jenseits von Deutschland

George Tenner scheitert mit seinem Antikriegsroman aus der Sicht junger Bundeswehrsoldaten am eigenen Anspruch.

Rezensiert von [Stephanie Bremerich](#)

„Ein Buch muss die Axt sein für das gefrorene Meer in uns“ (Kafka 1958, S. 28), lautet ein bekanntes Zitat von Franz Kafka, und damit ist die besondere Kraft von Literatur angesprochen, die innerlich aufzuwühlen und auf profunde Weise zu erschüttern vermag. George Tenners Antikriegsroman „Jenseits von Deutschland“ ist weniger Axt als vielmehr Vorschlaghammer – und lässt die Leser_innen trotzdem eiskalt.

Dabei ist die Idee eigentlich gut. Erzählt wird die Geschichte des deutschen Afghanistaneinsatzes aus der Sicht junger Bundeswehrsoldaten. Episodisch angelegt und multiperspektivisch gebrochen, verschränken sich im Verlauf der Lektüre verschiedene Zeiten und Räume und führen Krieg und Terror mal als gegenwärtiges, mal als erinnertes Grauen in der Rückblende vor Augen. George Tenner hat eine klare Botschaft, und aus seinem Roman spricht echte Empörung – über das Versagen und die Verschleierungspolitik der Bundesregierung, über massive Informationsrückstände in der deutschen Bevölkerung, über die systematische Zurichtung von Körper und Seele im Krieg. Den Rechercheaufwand, der hinter dem 2011 veröffentlichten Roman steht, muss man anerkennen. Tenner wartet mit einer immensen Informationsdichte und Faktenfülle auf und bietet den interessierten Leser_innen im Anhang sogar ein Quellenverzeichnis mit weiterführender Literatur. Seinem zweifellos bemerkenswerten Anspruch, eine kritisch-literarische Gegenstimme im öffentlichen Diskurs zu sein, wird „Jenseits von Deutschland“ trotzdem nicht gerecht. Als Essay oder Sachbuch hätte das vielleicht sogar funktioniert. Doch als Roman ist dieses Buch gescheitert – und zwar auf ganzer Linie.

Wuchernde Stilblüten, lähmende Faktenfülle

Elementare Schwächen offenbaren sich bereits an der Textoberfläche. Wenn in „Jenseits von Deutschland“ beispielsweise von „Augenlieder[n]“ (S. 51) die Rede ist, so handelt es sich nicht um eine feinsinnige synästhetische Metapher, sondern schlicht um einen von zahlreichen störenden Tippfehlern, die den Verdacht aufkeimen lassen, dass auch im Lektorat die Augenlider allzu oft fest verschlossen geblieben sind. Anders ist auch das breite Spektrum an Stilblüten kaum zu erklären, das vom minderschweren Fauxpas wie der „weiblichen Soldatin“ (S. 146) oder dem „Damoklesschwert“, von dem jemand ‚eingeholt‘ wird (überdies mit einem „Paukenschlag“, S. 6), bis hin zum komplexen semantischen Totalausfall reicht: „Bei dem wenigen Bewuchs, der in dieser Region anzutreffen ist“, so heißt es in der Beschreibung eines geheimen Militärschlags gegen die Taliban, „kann ein sich Unsichtbarmachen ein unerfüllbarer Wunsch sein. Ein dichter europäischer Wald wäre ein nicht zu bezahlendes Geschenk. Sterne funkelten am Himmel.“ (S. 189) Man muss schlucken.

Formale und stilistische Schnitzer dieser Art sind ärgerlich und wären mit einem couragierten Rotstift vermeidbar gewesen. Schwerwiegendere, da grundsätzliche Kritikpunkte siedeln aber auf der Ebene der Narration. Schnell hat man den Eindruck, dass es Tenner vor allem um die Vermittlung von Daten und Fakten geht, die er um jeden Preis in der Geschichte unterbringen will; egal, ob es erzähllogisch passt oder nicht – Hauptsache, vollständig und bis auf die Nachkommastelle genau. Ein erheblicher Anteil der faktischen Informationsvergabe wird dabei auf die fiktiven Dialoge ausgelagert, die teilweise wikipedianische Ausmaße annehmen und mitunter ins unfreiwillig Komische kippen. An Absurdität schwer zu übertreffen ist beispielsweise die Schilderung der zart aufkeimenden Romanze zwischen dem jungen Soldaten Jérôme und seiner Kollegin Sophia, deren erstes (!) Gespräch sich schnell als fiktionsinternes Alibi für den Tengerschen Frontalunterricht erweist: „Laut Verteidigungsministerium befinden sich derzeit 6.391 Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Von diesen sind 3.143 ostdeutscher Herkunft. Dies entspricht einem Anteil von über neunundvierzig Prozent“ (S. 85), wird Jérôme von Sophia belehrt. Enzyklopädischer dürfte in der deutschen Literaturgeschichte selten geflirtet worden sein, denn Sophia weiß wirklich alles ganz genau:

„In der Gesamtbevölkerung machen Ostdeutsche gut zwanzig Prozent aus, Berlin eingeschlossen. Die Aufschlüsselung zeigt außerdem, dass kein einziger Admiral im Auslandseinsatz ostdeutscher Herkunft ist; ostdeutsche Stabsoffiziere machen mit neunundfünfzig von dreihundertsechsfünfzig gut sechzehn Prozent aus. Am deutlichsten ist jedoch die proportional ungleiche Verteilung bei den Mannschaften. Hier stellen Ostdeutsche, die noch nicht einmal den gleichen Sold erhalten wie ihre Westkameraden, mehr als zweiundsechzig Prozent“ (S. 85f.).

Dass Sophia hier nahezu wörtlich ganze Passagen aus dem – immerhin im Literaturverzeichnis aufgeführten – Artikel „Ossis als Kanonenfutter“ von Rüdiger Göbel in den Mund gelegt werden, sei hier nur am Rande bemerkt. Immerhin: In irgendeiner Runde ihres überdrehten Zahlenkarussells muss (für die Leser_innen völlig unbemerkt) wohl der Funke übergesprungen sein: „Nur du sollst mein Gebieter sein und ich dir untertan“ (S. 87) summt Sophia plötzlich das ihrer Meinung nach „schönste Liebesduett“ (ebd.) von Richard Strauss, woraufhin auch für Jérôme fest steht: „Wir bleiben zusammen“ (S. 88).

Personen statt Persönlichkeiten

Um Missverständnissen vorzubeugen: Kritisiert wird hier nicht, dass Tenner Faktenwissen vermitteln will. Kritisiert wird die Art und Weise, wie er die Romanform dazu missbraucht. In „Jenseits von Deutschland“ wird Fiktion zum Freifahrtschein der schnellen Meinungsmache – plakativ, plump, grobmotorisch. Und das geht nicht zuletzt auf Kosten der literarischen Figuren. Von Bundeswehrsoldaten und Offizieren über Verfassungsschützer und Kommissare bis hin zu Terroristen lässt Tenner zwar ein großes Spektrum an Personen auftreten, darunter jedoch keine einzige Persönlichkeit; seine Protagonisten bleiben holzschnittartig und psychologisch flach. Dadurch werden sie aber zwangsläufig – und das ist im Rahmen eines Antikriegsromans das eigentlich Problematische – auch unglaubwürdig und beliebig. „Jenseits von Deutschland“ muss sich die Frage gefallen lassen, ob es Klischees manchmal nicht eher bedient als hilft, sie abzutragen.

Bezeichnend ist die Schilderung der Tarnung einiger Soldaten, die im Rahmen einer geheimen Militäraktion „ihre Uniformen gegen die typischen Kleidungsstücke der paschtunischen Bevölkerung“ (S. 187) eintauschen: „Dabei wurde sorgfältig darauf geachtet, dass es sich um bereits getragene, zum Teil heruntergekommene Sachen handelte, die, zumindest auf den ersten Blick, die Männer in durchaus übliche Gestalten des Hindukusch verwandelten“ (ebd.). Und als eben solche „üblichen Gestalten“ wird man nach der Lektüre womöglich auch die „Gotteskrieger“ (S. 82) in Erinnerung behalten, die im Roman vor allem als bart- und turbantragende Bedrohung im Hintergrund agieren oder sich, wie der junge Abdul Wali bei der „Operation Heim zu Allah“ (S.

175), in Aussicht auf die „77 Jungfrauen, die ihn am Garten Allahs erwarten würden“ (ebd.) selbst in die Luft sprengen.

Scheitern am eigenen Anspruch

Die mangelnde psychologische Tiefenschärfe wird auch von dem massiven biographisch-historischen Ballast, der einzelnen Figuren zuweilen aufgebürdet wird, keineswegs aufgewogen. An der Familiengeschichte des ostdeutsch-jüdisch stämmigen Jérôme Mohr (Großvater Israel Mohr gründete 1896 erfolgreiche Schokoladenmanufaktur in Leipzig, wurde 1944 in Auschwitz ermordet, nach Kriegsende Verlegung der Familienfirma in die BRD, erneute Verlegung des Firmensitzes nach der Wiedervereinigung nach Leipzig) wird so im Schnelldurchlauf und *en passant* noch gleich die komplexe neuere deutsche Geschichte abgeföhstückt – und ja, das liest sich im Buch ähnlich überambitioniert, wie es hier klingt.

Tenner will zu viel und traut seinen Leser_innen zu wenig zu. In „Jenseits von Deutschland“ gibt es keinen Platz zwischen den Zeilen. Von dem subtilen Horror, den Erich Maria Remarque bereits vermittelt, wenn er die Schreie verwundeter Pferde beschreibt (Remarque 2009, S. 50f.), ist Tenners Buch auf jeder einzelnen seiner 239 Seiten meilenweit entfernt. Freilich: Der Vergleich mit Remarque ist ungerecht, und er würde hier auch gar nicht bemüht, wenn ihn der Klappentext nicht selbst anböte. „Dieser Antikriegsroman gewährt im Stile von Erich Maria Remarques ‚Im Westen nichts Neues‘ einen Einblick in das Seelenleben von Soldaten“, wird dort versprochen, was man entweder als infame Lüge oder als originellste Fiktion an diesem im Ganzen so fehlgeschlagenen Roman bezeichnen kann.

Zusätzlich verwendete Literatur

Kafka, Franz (1958): Briefe 1902–1924. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M.

Remarque, Erich Maria (2009): Im Westen nichts Neues. Kiepenheuer & Witsch, Köln.

George Tenner 2011:

Jenseits von Deutschland.

Schardt Verlag, Oldenburg.

ISBN: 978-3-89841-596-5.

239 Seiten. 12,80 Euro.

Zitathinweis: Stephanie Bremerich: Fiktion als Alibi. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1204>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

„Wir fühlten uns bereits wie Kriegshelden“



Johannes Clair

Vier Tage im November

Mein Kampfeinsatz in Afghanistan

Die Erzählung eines ehemaligen Bundeswehr-Fallschirmjägers über seinen Einsatz in Afghanistan und das Töten von Menschen bleibt in seiner Fokussierung auf Kriegshandlung und soldatisches Selbstbild letztlich oberflächlich.

Rezensiert von [Fabian Virchow](#)

Dass Kriege Erzählungen hervorbringen, in denen beziehungsweise durch die Beteiligte ihrer Wahrnehmung des Geschehenen, ihrer Deutung der Ereignisse und der Darstellung ihres Tuns und Unterlassens Gehör verschaffen wollen, ist nichts Neues (vgl. etwa Koikari 2010). Dies gilt auch für die Kriege des 20. und 21. Jahrhunderts, an denen deutsche Soldat*innen beteiligt waren beziehungsweise sind. Zum Einsatz der Bundeswehr in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und in Afghanistan liegen inzwischen einige Publikationen vor, die als authentische soldatische Stimmen ausgegeben und beworben werden.

Zu diesen gehört auch dieses inzwischen in der siebten Auflage vorliegende „Dokument über eine existenzielle Kriegserfahrung von heute“ (Klappentext), das der Verlag mit dem Hinweis bewirbt, mit diesem Buch werde „zum ersten Mal das Erleben des einzelnen Soldaten, losgelöst von der Politik, erzählt“ (Umschlag Rückseite). Wird davon abgesehen, dass in dem Buch ein weiterer Erfahrungsbericht eines Fallschirmjägers in der Ullstein-Verlagsgruppe beworben wird (Wohlgethan 2008) und diese Textsorte kaum noch als singular bezeichnet werden kann (vgl. zum Beispiel Fütterer 2008; Wohlgethan 2009; Seliger 2011; Brinkmann u.a. 2013), stimmt diese Ankündigung in der Tat. Eine Auseinandersetzung mit politischen Interessen und darauf fußenden Entscheidungen für den Einsatz militärischer Gewaltmittel durch Angehörige der Bundeswehr in Afghanistan ist in dem Buch nicht zu finden. Stattdessen berichtet ein Fallschirmjäger von seinem Einsatz in Afghanistan – in einer Weise, die sprachlich streckenweise an die Wiederkehr der Landser-Geschichten des Zweiten Weltkrieges erinnern lässt. Wiederholt, so heißt es in dem Buch, sei der Kompaniechef vor seine Truppe getreten:

„Seine Erscheinung war beeindruckend. Ein ebenmäßiges, strenges Gesicht, eine etwas zu groß geratene Nase und einen Blick, der alles durchdringen konnte. [...] Niemals hatte ich das Gefühl, dass er einfach nur dastand, sondern dass er in seiner aufrechten Haltung, mit den auf den Rücken verschränkten Armen, immer große Gedanken in seinem Kopf hin und her bewegte. Es war eine Feldherrenpose“ (S. 23).

Dass sein Vorgesetzter mit der Parole „Treue um Treue“ (S. 100; 157) auf die Fallschirmjäger der Deutschen Wehrmacht und damit deren Beteiligung an den Eroberungs- und Vernichtungskriegen des deutschen Faschismus Bezug nimmt, scheint dem Autor unbekannt. Nicht überraschend auch, dass der Autor auch das elitäre Selbstbild dieser Truppengattung reproduziert.

Lesende erfahren manches über militärische Taktik, werden mit intensiven Beschreibungen von Kampfhandlungen sowie der Verrohung von Soldaten im Kriegseinsatz, aber auch deren Angst und Stolz konfrontiert. Erst ein Soldat, der selbst Kampferfahrungen gemacht hat, galt als ‚richtiger‘ Soldat: „Wir hatten uns gut behauptet und waren sehr stolz auf unsere Leistung. Und, was mit

Abstand das Wichtigste für mich war: Wir hatten es geschafft. Richtig gekämpft, es hinter uns gebracht“ (S. 195). Kampfsituationen lösen beim Autor immer wieder euphorische Gefühlszustände (S. 183) und Allmachtphantasien aus (S. 190) und führen zum Erstellen von Abschluslisten:

„Kurze Zeit später hatte ich ein kleines Strichmännchen mit Turban und Kalaschnikow, eine Kuh, eine Bretterbude, wie Mica sie bei dem schlimmen Nachtgefecht zerstört hatte, und eine Straßenbombe hinten auf unser Fahrzeug gemalt. Hinter die Figuren machte ich dicke schwarze Striche“ (S. 278).

Hinsichtlich der Kampfeinsätze, denen er zunächst entgegenfiebert, die er später jedoch in ambivalenter Gefühlslage durchleidet, findet der Autor auch nach einigen hundert Seiten nicht zu einer substantiellen Reflektion. Es bleibt dabei: Mit politisch naiven Soldaten ist gut Krieg zu machen.

Zusätzlich verwendete Literatur

Brinkmann, Sascha / Hoppe, Joachim / Schröder, Wolfgang (Hg.) (2013): Feindkontakt: Gefechtsberichte aus Afghanistan. Mittler, Hamburg

Fütterer, Dirk (2008): Post aus Kabul: mein Jahr als deutscher Soldat in Afghanistan. Aqua-Verlag, Köln

Koikari, Mire (2010): "Japanese Eyes, American Heart". Politics of Race, Nation, and Masculinity in Japanese American Veterans' WWII Narratives. In: Men and Masculinities, Jg. 12, Nr. 5. S. 547-564

Seliger, Marco (2011): Sterben für Kabul. Aufzeichnungen aus einem verdrängten Krieg. Mittler, Hamburg

Wohlgethan, Achim (2008): Endstation Kabul. Als deutscher Soldat in Afghanistan – ein Insiderbericht. Ullstein, Berlin

Wohlgethan, Achim (2009): Operation Kundus: mein zweiter Einsatz in Afghanistan. Evon, Berlin

Johannes Clair 2012:

Vier Tage im November. Mein Kampfeinsatz in Afghanistan.

Ullstein Buchverlage, Berlin.

ISBN: 13 9783430201384.

416 Seiten. 18,99 Euro.

Zitathinweis: Fabian Virchow: „Wir fühlten uns bereits wie Kriegshelden“. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1211>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Im neuen Gewand: Offensive Bundeswehr an Schulen



Lena Sachs

Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen.
Eine kritische Analyse

Sachs nimmt in der vorgelegten Publikation die offensiv-subversiven (An-) Werbemethoden der Bundesregierung in Bildungseinrichtungen unter die Lupe. Ein kritischer Beitrag zur Normalisierung von militärischer Gewalt im Schulalltag.

Rezensiert von [Elke Michauk](#)

Deutschland war lange ein aktiver Kriegstreiber und ist heute ein Kriegsteilnehmer. In Hinblick auf die deutsche Geschichte liegt das Thema militärische Intervention, Krieg und nicht zuletzt Bundeswehr schwer im Magen. Eine Vielzahl von Kriegen und zwei Weltkriege wurden durch Deutschland als Aggressor entfacht und fanden auf deutschem Territorium statt. Ging es zunächst primär um die Verteidigung des eigenen Landes, standen später Angriffskriege im Zentrum politischer Entscheidungen. Gestern war und heute ist das Ziel von Militäreinsätzen im Ausland der Ausbau politischer und wirtschaftlicher Macht, das heißt der nationalen Einflussphäre über internationale Konfliktherde.

Lena Sachs arbeitet in der vorgelegten Publikation den Veränderungsprozess der Ausrichtung der Bundeswehr im Allgemeinen und des Engagements in Bildungseinrichtungen im Besonderen heraus. Nach der Aufarbeitung und gesellschaftspolitischen Einbettung der Kooperation von Bundeswehr und Schule nach dem zweiten Weltkrieg wendet sich Sachs der aktuellen Werbeoffensive an Schulen zu. Besonderes Augenmerk lenkt die Verfasserin dabei auf die Rolle von Jungoffizieren und Jungoffizierinnen sowie Wehrdienstbeauftragte als zentrale Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für Schulleitungen, Lehrende und nicht zuletzt Heranwachsende. Sachs stellt die kritische Auseinandersetzung mit den Unterrichtsmaterialien „Frieden und Sicherheit“ exemplarisch in den Mittelpunkt ihrer Studienabschlussarbeit. Als Referenzpunkte dienen ihr der Beutelsbacher Konsens, die Arbeit der Friedenspädagogik und das zivile Engagement gegen Bundeswehr in Schulen auf Bundes- und Länderebene.

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und spätestens seit dem Jahrtausendwechsel wird sichtbar, dass immer öfter militärisch offensiv geführte Auseinandersetzungen zu Gunsten einer aktiven Sicherheitspolitik und „Helfen, Retten, Schützen“ (S. 22) in den Hintergrund treten. Erklärtes Ziel ist nunmehr der Erhalt und die Herstellung von Sicherheit als Grundlage für Frieden und Entwicklung. Die – präventive - Abwehr von Bedrohungen, wie beispielsweise von Terrorismus, nimmt seit den Ereignissen des 11. September 2001 eine zentrale Rolle bei der Entwicklung militärischer Strategien ein. Die Ausweitung von Überwachung im öffentlichen Raum ist ein weiteres Element der Normalisierung polizeilich-militärischer Präsenz im Alltag. Sie geht Hand in Hand mit der Sammlung von personenbezogenen Daten auf nationaler und internationaler Ebene im Namen der Sicherheit und Abwehr – potentieller – Bedrohungen durch als gefährlich eingestufte Personen, Gruppen und / oder Netzwerke.

Während die Politik immer wieder die internationalen militärisch-humanitären Einsätze der Bundeswehr mandatiert, gehen diesbezüglich die Meinungen und Ansichten in der Bevölkerung

weit auseinander. Laut einer Studie der Hochschule der Bundeswehr stimmen jeweils 70% der Befragten Einsätzen der NATO und der EU im Kosovo, in Bosnien und Herzogowina zu (Fiebig/Pietsch 2010). Hingegen kommen Chors und Brähler (2009) vom Meinungsforschungsinstitut USUMA zu dem Ergebnis, dass der Großteil der deutschen Bevölkerung für die Kürzung von Rüstungsausgaben ist. Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung: Militärische Interventionen als Rechtfertigung von Kriegen werden von einem Großteil der Bevölkerung als „moralisch verwerflich“ beurteilt (vgl. Forsa 2009). Fakt ist, die Bundesregierung hat mit dem Beschluss zum Rückbau der Bundeswehr ab 2010 ein öffentlichkeitswirksames Zeichen gesetzt. Teil des Beschlusses war unter anderem die Abschaffung des verpflichtenden Zivildienstes. Nachwuchsprobleme und das Finden „geeigneter“ Rekruten und Rekrutinnen sind die Folge. Pressemeldungen von Misshandlungen unter Jungoffizieren sowie Jungoffizierinnen. Geschlechtsbezogener Belästigung tragen zusätzlich zur sinkenden Bereitschaft freiwilligen „Engagements“ bei. Die aktuelle Bundesregierung tritt diesem Trend nicht nur durch eine aktive Rekrutierungsstrategie durch die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter gegenüber. Auch wurde die Anwerbung von Berufssoldaten und Berufssoldatinnen durch Wehrdienstberater und Wehrdienstberaterinnen sowie Jungoffiziere und Jungoffizierinnen in staatlichen Bildungseinrichtungen ausgebaut.

Ansprache auf gleicher Augenhöhe

Ein neues, junges, frisches, dynamisches Profil soll die Akzeptanz der Bundeswehr unter jüngeren Menschen erhöhen. Jungoffiziere und Jungoffizierinnen sowie Wehrdienstbeauftragte sind Ansprechpartner und AnsprechpartnerinnenInnen für Heranwachsende. Theoretisch teilen sich beide den Auftrag. In der Praxis verschwimmen die Grenzen zwischen Darstellung der Arbeit und Werbung vielfach (vgl. Schulze von Glaßer 2010). Grundlage der aktiven Nachwuchsgewinnung in Bildungseinrichtungen sind die acht zwischen 2008 und 2011 geschlossenen Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und Bundeswehr, die das Ziel verfolgen, für die Arbeit der Bundeswehr im In- und Ausland sowie das Angebot von außerschulischen Aktivitäten im Rahmen des Fachunterrichts zu werben. Zugleich wurden Friedensaktivisten und Friedensaktivistinnen mit einem 20 Jahre anhaltenden Verbot der Präsenz in Schulen mundtot gemacht. Doch die zunehmende Präsenz der Bundeswehr in Bildungseinrichtungen blieb nicht ohne Gegenwind.

Die Werbung der Bundeswehr und die aktive Rekrutierung von Heranwachsenden in Bildungseinrichtungen werden nicht kritiklos hingenommen. Langjährig arbeitende Projekte (unter anderem *Stolpersteine*, *Zug der Erinnerungen*) und Friedensinitiativen beobachten und begleiten die Entscheidungen der Bundesregierung als auch die Einsätze der Bundeswehr kritisch. In jüngster Zeit wird das Thema zunehmend durch gesellschaftskritische Schüler und Schülerinnen, Studierende sowie Lehrende in die Öffentlichkeit getragen. Unterstützt werden sie unter anderem durch die Friedenspädagogik, die Gewerkschaftsjugend und die Bildungsgewerkschaft GEW. Zunehmend schließen sich Eltern den Protesten an.

Lehrkräfte im Fokus: Bildungsangebote nicht nur durch die Bundeswehr

Die Friedensbewegung scheint in die Jahre gekommen zu sein. Außerschulische Netzwerke haben den Sprung in den Schulalltag nicht geschafft. Anders verhält es sich mit der Bundeswehr. Zunehmend gewinnt sie Einfluss nicht nur auf Heranwachsende durch erlebnispädagogische, spassorientierte Spiele und Simulationen (unter anderem POL&IS). Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften zählt inzwischen ebenfalls zum Aktionsfeld Bundeswehr. Der zunehmende Einfluss ist vergleichbar mit der Präsenz und Verbreitung von Unterrichtsmaterialien durch Unternehmen und parteinahe Stiftungen in Bildungseinrichtungen wie zum Beispiel Bertelsmann. Kritik an dieser Art des Public-Partner-Privatship (PPP) wird unter anderem durch die Initiative

Böckler macht Schule der Hans-Böckler-Stiftung geübt.

Friedensnetzwerke lehnen fast flächendeckend die Kooperation mit den Kulturministerien ab. Eine Ausnahme stellen NRW und das Saarland dar. Dabei können die unterschiedliche Arbeitsweise und der Zugang von Schülerschaft, Eltern, Lehrenden, Gewerkschaften und Friedensinitiativen einen Mehrwert für die kritische Arbeit mit Krieg, Frieden, Sicherheit und humanitärer Hilfe im In- und Ausland generieren. Dies wiederum setzt auch eine pro-aktive Friedensbewegung an Schulen voraus. Eine Friedenspädagogik beruft sich auf den Beutelsbacher Konsens (1976). Der in die Jahre gekommene Konsens definiert Qualitäten pädagogischen Handelns in der politischen Bildung, ohne dabei bestimmte inhaltliche Ziele vorauszusetzen. Vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen, wie der zunehmenden Präsenz außerschulischer Interessengruppen in Bildungseinrichtungen durch den voranschreitenden Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung, erscheint dies wenig zielführend.

Sachs blickt über den Tellerrand: Neben der Bundeswehr als staatlicher Einrichtung gewinnen zunehmend einflussreiche, finanzstarke Gruppen und Organisationen Einfluss in Bildungseinrichtungen. Die Bereitstellung von kostenfreien, fertigen Bildungsmaterialien, die Präsenz im Rahmen von Jobmessen und die sinkenden öffentlichen Ausgaben für Bildung lassen Alternativen zu einer Kooperation mit externen Einrichtungen (Banken, Unternehmen) verblasen. Die Definitionsmacht für Lehr- und Lerninhalte entfernt sich zunehmend von einem ausgewogenen pädagogischen Konzept.

Der jahrelang geforderte und geförderte Antifaschismus, einhergehend mit einer pazifistischen gesellschaftlichen Grundmoral durch Bildungseinrichtungen wird durch die aktive Werbung insbesondere der Bundeswehr konterkariert. Die vorgelegte Publikation stellt subversiv Fragen. Wo fängt Beeinflussung von Heranwachsenden an? Wo hört unser gemeinschaftlicher Moralbegriff bezogen auf den Einsatz von Waffen zur präventiven Sicherung von Frieden auf? Welche Alternativen haben wir im Miteinander, ein friedliches Zusammenleben zu gestalten? Diese Frage müssen sich nicht nur das Kultusministerium, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteure wie die Friedensbewegung, pädagogische Fachkräfte und Eltern stellen. Sie schaffen den Rahmen für eine Zukunft für und gemeinsam mit der nächsten Generation in einer friedlichen Welt.

Lena Sachs 2012:

Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen. Eine kritische Analyse. Centaurus, Herbolzheim.

ISBN: 9783862261345.

100 Seiten. 18,80 Euro.

Zitathinweis: Elke Michauk: Im neuen Gewand: Offensive Bundeswehr an Schulen. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1210>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Bundeswehr macht Schule



Michael Schulze von Glaßer
Soldaten im Klassenzimmer
Die Bundeswehr an Schulen

Das Buch verdeutlicht, mit welchen Strategien die Bundeswehr an Schulen Nachwuchs rekrutiert – und widmet die Aufmerksamkeit auch ausgiebig dem antimilitaristischen Widerstand.

Rezensiert von [Ismail Küpeli](#)

Seit vielen Jahren fordern deutsche PolitikerInnen, dass die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Streitmacht umgestaltet wird, die für deutsche Interessen global eingesetzt werden kann. Zuletzt plädierten Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen für eine „aktivere Rolle Deutschlands“ in der Welt und für ein Ende der vermeintlichen militärischen „Zurückhaltung“ der BRD. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Bundeswehr-Reform, die auf einen personell verkleinerten aber schlagkräftigeren Militärapparat abzielt. Die sicherheitspolitische Umorientierung führte bereits 2011 zu der faktischen Abschaffung der Wehrpflicht.

Allerdings benötigt auch eine personell verkleinerte Bundeswehr neue, junge und fähige RekrutInnen, insbesondere für die zunehmenden Auslandseinsätze. Während die Bundeswehr die SoldatInnen bis 2011 hauptsächlich unter den Wehrdienstleistenden rekrutierte, haben sich inzwischen die Schulen zum Hauptrekrutierungsfeld für die Armee entwickelt. Während die breitere Öffentlichkeit diese Entwicklung nicht registrierte, beschäftigen sich AntimilitaristInnen verstärkt um die Einflüsse der Armee in den Schulen. Neben zahlreichen Blogs, Flugblättern, Informationsbroschüren und Zeitungsartikeln sind auch erste größere Publikationen erschienen. In „Soldaten im Klassenzimmer – Die Bundeswehr an Schulen“ bespricht Michael Schulze von Glaßer die verschiedenen Rekrutierungsmethoden der Bundeswehr und stellt die Aktivitäten von AntimilitaristInnen dar.

Zuerst werden die sicherheitspolitische Umorientierung der BRD und die damit verbundene Anforderung an das eigene Militär skizziert. Anschließend wird die widersprüchliche Wirkung der Abschaffung der Wehrpflicht deutlich gemacht: Während diese Maßnahme einerseits zu der erwünschten personellen Verkleinerung und Fokussierung auf „Fachkräfte“ beiträgt, führt sie andererseits dazu, dass der bisherige Personalpool, aus dem die SoldatInnen rekrutiert wurden, wegfällt. Ebenfalls – aus der Sicht der Armee – negativ wirkt der Afghanistan-Krieg auf die Bereitschaft von Menschen, als SoldatInnen zu arbeiten. Der Autor beschreibt die Kooperationen zwischen der Bundeswehr und den Bildungsministerien, die es der Armee erleichtern, die jungen Menschen zu erreichen, die eher als beeinflussbar und damit als rekrutierbar gelten. Dabei greift das Militär auch zu indirekteren Formen, weil eine offene Rekrutierung vielfach nicht funktioniert – nicht zuletzt, weil die SchülerInnen Wissen um die Gefahren des Soldatendaseins haben. Stattdessen mischt die Bundeswehr bei der Schulbildung mit, um durch Jugendoffiziere den SchülerInnen die vermeintliche Notwendigkeit von Kriegen und die moralische Legitimation von internationalen Interventionen näher zu bringen. Inzwischen ist die Bundeswehr auch in der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte selbst aktiv, um LehrerInnen in ihrem Sinne zu formen und direkte Kontakte zu bilden.

Neben der Analyse der Aktivitäten der Bundeswehr werden auch antimilitaristische Aktionen beschrieben. Diese erstrecken sich hauptsächlich über zwei Bereiche: Zum einen versuchen AntimilitaristInnen sichtbar zu machen, wo vor Ort in der eigenen Region die „Heimatfront“ verläuft, das heißt die Logistik- und Rüstungslinien des Militärs aufzuzeigen und damit klar zu machen, dass Krieg nicht etwas ist, das weit weg stattfindet und mit dem eigenen Leben nichts zu tun hat. Zum anderen geht es darum, die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik und das Übergreifen des Militärischen in vielen sozialen Bereichen aufzuzeigen und zurückzudrängen. Der Autor bleibt glücklicherweise nicht auf dieser allgemeinen Ebene stehen, sondern formuliert Ideen und Vorschläge, wie SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen konkret gegen die Bundeswehr-Aktivitäten an ihren Schulen agieren können. Mögliche „Gegenmaßnahmen“ sind etwa ein „Hausverbot“ durch die Schulkonferenzen für die Bundeswehr an der jeweiligen Schule oder die Selbstermächtigung der SchülerInnen, um den Bundeswehr-Offizieren im Schulunterricht Paroli zu bieten.

Die Publikation ist lesenswert, nicht zuletzt weil der Autor auf Alarmismus weitgehend verzichtet. Stattdessen wird beschrieben, dass die Bundeswehr nicht durchgehend erfolgreich ist und so etwa die gewünschte Zahl der RekrutInnen nach wie vor nicht erreicht wird – trotz der zahlreichen Versuche dies zu ändern. Erfrischend ist die Kritik gegenüber den antimilitaristischen und friedenspolitischen Organisationen, die ihre eigene Macht überschätzen und so etwa in einigen Fällen als Gegenpart zur Bundeswehr in den Schulen agieren möchten. Des Weiteren werden durch fünf Interviews andere Perspektiven und Ansätze angedeutet und den LeserInnen zugänglich gemacht. Die Publikation ist sehr eingängig geschrieben und auch für Nicht-ExpertInnen gut verständlich. Negativ fällt dagegen der Verzicht auf eine gendergerechte Sprache auf, der lediglich mit der vermeintlichen Störung des Leseflusses durch Alternativen zum generischen Maskulinum erklärt wird.

Michael Schulze von Glaßer 2012:

Soldaten im Klassenzimmer. Die Bundeswehr an Schulen.

PapyRossa, Köln.

ISBN: 9783894384920.

135 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Ismail Küpeli: Bundeswehr macht Schule. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1217>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Zivilklauseln, oder die Frage: Krieg ist Frieden?



Thomas Nielebock, Simon Meisch, Volker Harms (Hg.)
Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium
Hochschulen zum Frieden verpflichtet

Thomas Nielebock, Simon Meisch und Volker Harms debattieren in ihrem Sammelband die Einführung der Zivilklausel an deutschen Universitäten und Fachhochschulen.

Rezensiert von [Christoph Gollasch](#)

„Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium“ war bereits Gegenstand heftiger Debatten. Das Sammelwerk beschloss eine Ringvorlesung, welche im Wintersemester 2011/12 an der Universität Tübingen stattfand. Diese hatte im Vorjahr der Präambel ihrer Grundordnung hinzugefügt, dass „Lehre, Forschung und Studium [...] friedlichen Zwecken dienen, das Zusammenleben der Völker bereichern und im Bewusstsein der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen erfolgen“ solle.

Die materielle Dimension

Heute haben 15 der 324 deutschen Universitäten und Fachhochschulen eine Zivil- oder Friedensklausel, wovon zehn zwischen 2000 und 2013 verabschiedet wurden (Dölling/Nieke 2013, S. 39 f.). Dies steht im Zusammenhang mit der zunehmenden Drittmittelfinanzierung von Forschungsprojekten. Die Klauseln übernehmen dabei zwei Funktionen: Im Allgemeinen minimieren sie die Komplexität im akademischen Ausscheidungskampf, indem gewisse Fördertröge ausgeschlossen werden. Konkret sollen sie sicherstellen, dass kein Cent der im Haushaltsplan 2013 des Verteidigungsministerium insgesamt 273 Millionen für Auftragsforschung vorgesehenen Euro angezapft wird – wobei auch jene zehn Millionen US-Dollar eingeschlossen sind, die – wie im so genannten NSA-Skandal bekannt wurde – seit 2000 aus den USA an mindestens 22 deutsche Hochschulen und Forschungsinstitute für Rüstungsforschung geflossen sind. (Vgl. ebd., S. 42)

Da die Herausgeber an der Chronologie der Ringvorlesung festhalten, werden zuerst die normativen Grundlagen, dann der Status Quo, der sicherheitspolitische Kontext und schließlich die Herausforderungen für die Disziplin erörtert. Einige Beispiele implementierter Zivilklauseln und ein Fazit von Nielebock runden den Band ab. Das Ende vorweggenommen: Der Tübinger Politologe wünscht sich eine gemäßigte Position, um einen „Diskurs-Rahmen zu etablieren, der es erlaubt, strittige Fälle zu bewerten“ (S. 338). Dafür sollen Kommissionen, in der alle Statusgruppen vertreten sind, Transparenz und Selbsterklärungen der Forschenden die institutionellen Voraussetzungen schaffen: Weiterbildungs-, Sonderförderprogramme und Ausfallmittel für jene, die Drittmittel ausschlagen, welche nicht-zivilen Zwecken dienen.

So vielfältig und sinnvoll die Vorschläge sind, so unwahrscheinlich ist ihre Umsetzung. Schließlich zeichnen sich deutsche Universitäten heute als top-down-Institutionen aus, in denen studentische Partizipation und eine wirkmächtige Repräsentation von nicht-akademischen Beschäftigten nicht vorgesehen ist, wie mit Hendrik Burmeister bezeichnenderweise ein Student herausstellt. Neben dieser institutionellen Ebene sorgen neue Finanzierungsmodelle dafür, dass das Akademische sich immer marktförmiger gestaltet. Im Rahmen von „Exzellenz-“ und „Zukunftsinitiativen“ bedeutet dies, „anwendungsorientiert“ zu forschen. In den Beiträgen der Tübinger Wissenschaftler wird

denn auch „Praktikabilität“ stets hervorgehoben, stehen sie doch im Zusammenhang mit dem eigenen Drittmittelprojekt namens „Research – Relevance – Responsibility“. Trotz der beschriebenen Ökonomisierung der Bildung findet sich kein Beitrag, der eben diese thematisiert. Im Gegenteil stellen die Herausgeber klar, dass dies nicht der richtige Ort sei, „um die Sinnhaftigkeit einer durch Drittmittel finanzierten Wissenschaft zu diskutieren“ (S. 14). Die Materialität der Universität, ihre Reproduktion des Ewiggleichen einerseits und ihr Potential andererseits, Gesellschaft zu emanzipieren – diese beiden Seiten müssen von Leser*innen selbstständig erkannt werden. Ein Buch also, das durchaus gegen den Strich gelesen werden sollte.

Zart wäre einzig das Größte

Nicht die Fragen, warum jemand hungern muss in Zeiten des Überflusses, warum trotz der Ressourcen dafür, ein friedliches Leben einzurichten, Kriege geführt werden, stehen im Fokus. Stattdessen wird das schöne Leben der Zukunft in die Gegenwart projiziert, indem die Lesenden in real existierende Debatten eingeführt werden: Welche Institutionen existieren, welche organisatorischen Probleme können vorgefunden werden und welche Widersprüche treten zwischen normativen Vorstellungen und ihrer Umsetzung auf? Damit gewinnt der oder die Leser*in einen gelungenen Einblick in die Konzepte der „Responsibility to Protect“ (Harald Müller) und des „gerechten Kriegs“ (Andreas Hasenclever), ohne dass aber deren Verzahnung mit der Debatte um Friedens- und Zivilklauseln explizit gemacht würde. Der Zusammenhang ist jedoch klar: Beide Konzepte florieren im politischen wie im wissenschaftlichen Diskurs.

Neben Regina Ammicht Quinns und Michael Nagenborgs „ethische[n] Perspektiven auf Fragen ziviler Sicherheit und auf die Sicherheitsforschung in Deutschland“ (S. 255) verdient der Beitrag von Sabine Jaberg, Dozentin an der Führungsakademie der Bundeswehr, besondere Aufmerksamkeit. Sorgfältig herausgearbeitet zeigt sie anhand der Bundeswehr die Kluft zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit auf. Die Realität einer „Armee im Einsatz“ führt sie zur grundlegenden Frage, wie es aktuell um das grundgesetzliche Friedensgebot bestellt sei. Obgleich das Grundgesetz keine eindeutige Friedensdefinition vorgebe, wirke der gesetzliche Friedensgehalt nur auf den ersten Blick diffus:

„Unabhängig davon, wie eng oder wie weit Frieden verstanden wird, darf er nur mit ganz bestimmten Mitteln verfolgt werden. Dort, wo die Verfassung den Einsatz von Streitkräften nicht vorsieht, bleibt Politik im Dienste des Friedens auf zivile Mittel beschränkt“ (S. 180).

Wie die Autorin durch eine Inhaltsanalyse des Weißbuchs des Bundesverteidigungsministeriums verdeutlicht, sieht die Politik das Militär längst als eines von vielen Instrumenten einer umfassend angelegten und vorausschauenden Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Damit beschreibt militärische Gewalt nicht länger den Ausnahme-, sondern den ordnungspolitischen Regelfall. Mit „präventiver Selbstverteidigung“, „antizipatorischer Nothilfe für Bündnispartner“ oder „responsibility to protect“ bedienen sich Militärstrateg*innen jener Konzepte, die ihnen wissenschaftlich aufbereitet wurden.

Eine Verschiebung des Denk- und Sagbaren ist die notwendige Konsequenz. Laut Jaberg ist im Rahmen von Militärbündnissen bereits mit den Tabus des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs und der militärischen Durchsetzung partikularer Interessen gebrochen worden – durch die Gewährleistung von Überflugsrechten und die personelle Entlastung für die Interventionsparteien des Irakkriegs, wie auch durch Missionen zur Sicherstellung der Energieversorgung und Freiheit von See- und Handelswegen: „Militärisches Engagement mutiert damit zum Prestigeobjekt. Gleichzeitig fungiert es als konvertible Währung, mit der auf dem Markt internationaler Politik bezahlt wird“ (S. 214). Das Größte, ein universeller Friedensbegriff, wurde Einzelinteressen untergeordnet.

Ein Beitrag zum Frieden?

Die Entgrenzung der Friedens-, Kriegs-, Sicherheits- und Verteidigungsbegriffe stellt somit die Grundlage für die Arbeitsteilung von Universität und Militär dar – weswegen sich die so gut wie immer studentischen Aktivist*innen nicht mehr mit einer Friedensklausel zufriedengeben und eine Zivilklausel fordern. Doch ist die Entgrenzung der Universität eigen? Die im Sammelband zahlreich formulierten Versuche, die „ureigenste Aufgabe von Wissenschaft und Forschung“ als „Kultivierung von Mensch und Gesellschaft“ oder als „Orientierung [...] an Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit“ (S. 325) auszumachen, würde einer genealogischen Kritik wohl kaum standhalten. Aussagen wie „[e]rst seit dem Zweiten Weltkrieg wurde Wissenschaft in großem Stil und systematisch für den Krieg eingesetzt“ (S. 113) erscheinen nicht nur vor dem Hintergrund von Sozialdarwinismus, eurozentrischer „Rassentheorie“ und nationalsozialistischer Eugenik, sondern auch der technischen Umsetzung von Massenvernichtung als Affront.

Die bildungstheoretische Dialektik der Universität besteht in dem Spannungsfeld von „Aufklärung und Verdinglichung“ (Schäfer 1988). Die Institution Universität umschließt jene Bildung, die das Potential zur subjektiven Automatisierung gegen die Gesellschaft – das heißt zur individuellen Emanzipation von einer angeblichen Natürlichkeit – hat. Und doch betreibt sie regelmäßig die Automatisierung für die Gesellschaft, das heißt die Entfaltung individueller Fähigkeiten für die Reproduktion der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse. Die Verzahnung von Bildung und Realpolitik ist dafür grundlegend, was gegen die Erzählung von den umtriebigen „Gruppierungen aus dem linken und linksextremen Umfeld“ (Dölling/Nieke 2013, S. 44) in Stellung gebracht werden müsste.

Dem Sammelwerk gelingt das allerdings kaum. Verschiedene Beiträge bieten differenzierte Einleitungen in inner-universitäre Diskurse, in grundlegende Begrifflichkeiten wie „dual use“ (die Problematik der Nutzung von Grundlagenforschung für militärische wie zivile Zwecke). Hierfür sind die Beiträge von Simon Meisch und Thomas Diez beispielhaft. Während erster die kursierenden Friedens- und Verantwortungsbegriffe auseinanderdividiert, behandelt zweiter den Wandel des Sicherheitsbegriffs. So wird zum Beispiel Frieden nicht mehr allein als Abwesenheit von physischer Gewalt, sondern wesentlich ganzheitlicher gefasst. Diese Ausdifferenzierung ist angemessen und bedeutsam wie der Beitrag von Erhard Denninger, in dem er die Vereinbarkeit von Zivilklauseln mit dem Prinzip der Wissenschaftsfreiheit herausstellt. Um die Thematik hinreichend zu begreifen, hätte es jedoch mindestens eines Beitrags bedurft, der den Gesellschaftszusammenhang ergründet. Schließlich ist – vor dem Hintergrund von materieller Abhängigkeit und verfolgten Partikularinteressen – das Prinzip der Wissenschaftsfreiheit zwar unerreichbar, als Idealtypus jedoch wegweisend. Genauso verhält es sich mit dem universellen Frieden, der als mögliches Ideal stets anleitend für alle partikularen Friedenskonzepte sein kann, um widersprüchliche Praxen und Argumente aufzudecken.

Gestalten statt Verwalten

„Krieg ist Frieden“ lässt die Partei in George Orwells „1984“ verlauten. Die drei Großmächte führen gegeneinander an der Peripherie Krieg. Die Bevölkerung ist davon nicht direkt betroffen, doch Einschränkungen und Mangel können so gerechtfertigt werden. Was eigentlich die unnötige Ausnahme sein sollte, ist die Regel. Ähnlich verhält es sich an den Universitäten. Die Idee des schönen Lebens für alle wird als utopisch gebrandmarkt und ins Reich der Fantasie verbannt. Und so bleibt die Frage bestehen, ob nicht hinter Sätzen wie „[d]er Sinn einer Friedens- oder Zivilklausel ist nicht von selbst gegeben, sondern muss erst an der jeweiligen Hochschule diskursiv entfaltet werden“ (S. 13) eine bestimmte Ideologie steckt. Denn die Verordnung von Meinungspluralismus kann ein Mittel dazu sein, Vernunft zu begraben. Davon zeugt das Beispiel Prof. Dr. Joachim Krause, welcher hinter der möglichen Einführung einer Zivilklausel an der Universität Kiel eine linksextremistische Verschwörung witterte, die er implizit mit dem Antisemitismus der Nationalsozialisten gleichsetzte (vgl. Leaky 2013). Auch wenn sich das

Sammelwerk solcher Dummheit verwehrt – vor dem Hintergrund der Berufung von Wolfgang Ischinger, dem Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, zum Honorarprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen bewegt sich das Buch zwischen Scheindebatte und kritischer Analyse. Dessen Engagement genauso wie diverse Grauzonen mit dem Beutelsbacher Prinzip der „Pluralität bei Veranstaltungen“ (S. 341) zu rechtfertigen, kann dabei nicht überzeugen. Es ginge doch vielmehr darum, das Mögliche zu gestalten anstatt das Reale zu verwalten.

Zusätzlich verwendete Literatur

Dölling, Stefan/ Nieke, Sebastian (2013): Akademischer Zündstoff, In: ADLAS #4, S. 31-35

Leaky (2013): Politikwissenschaftler Krause, Zivilklauseln und der Nationalsozialismus, Online [hier](#)

Schäfer, Alfred (1988): Aufklärung und Verdinglichung. Reflexion zum historisch-systematischen Problemgehalt der Bildungstheorie. Athenäum, Frankfurt/Main

Thomas Nielebock, Simon Meisch, Volker Harms (Hg.) 2012:

Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium. Hochschulen zum Frieden verpflichtet.

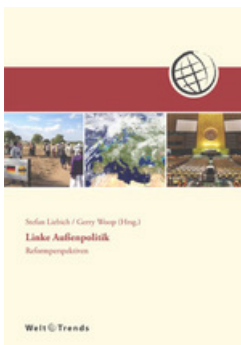
Nomos, Baden-Baden.

ISBN: 978-3-8329-7551-7.

344 Seiten. 59,00 Euro.

Zitathinweis: Christoph Gollasch: Zivilklauseln, oder die Frage: Krieg ist Frieden? Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1202>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Zu den Waffen, Genossen!



Stefan Liebich, Gerry Woop (Hg.)

Linke Außenpolitik
Reformperspektiven

Die Granden des „Reformer“-Lagers der Linkspartei dokumentieren, wie rot-rot-grüne Außenpolitik aussehen könnte und wie sie ein Ja zu Kriegseinsätzen begründen.

Rezensiert von [Christian Stache](#)

Kennen Sie das Liebich-Brugger-Papier? Oder das „Positionspapier: Für eine linke Reformperspektive“? Nicht? Müssen Sie auch nicht – sofern Sie sich nicht zum handverlesenen Kreis der ExpertInnen für Außen- und Parteipolitik von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN oder der Linkspartei zählen.

Das „Positionspapier“ ist am 31. Januar, also nach der letzten Bundestagswahl und nach der Unterschrift unter den Vertrag der Großen Koalition, von einer Reihe SPD-Bundestagsabgeordneter und anderer hochrangiger Funktionäre der Sozialdemokratie publiziert worden. Mit diesem werben sie für ein „progressiv-linkes Reformbündnis mit einer Machtperspektive 2017“. Die AutorInnen bezeichnen den per Parteitagsbeschluss im November 2013 verkündeten Bruch der SPD mit dem „Tabu einer Koalition unter Beteiligung der Partei ‚Die Linke‘“ als „überfällig“. Aber, so heißt es weiter: „Nun hat auch ‚Die Linke‘ die Aufgabe, ihren Weg zur Regierungsfähigkeit weiter zu gehen und notwendige Fragen bei sich zu klären.“ Was damit genau gemeint ist, ging aus dem erwähnten SPD-Parteitagsbeschluss auch hervor. Eine zentrale Bedingung für eine Koalition der SPD mit der Linkspartei lautet: „Es muss eine verantwortungsvolle Europa- und Außenpolitik im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen gewährleistet sein“. Denn, so der Sprecher der SPD-„Linken“ im Bundestag Ernst Dieter Rossmann gegenüber dem FOCUS, die Linkspartei habe bislang keine „verlässliche Haltung zur europäischen Integration, zur Nato und zu Deutschlands Verantwortlichkeit in der Welt“.

Das Liebich-Brugger-Papier kann man getrost als Reaktion auf die vom SPD-Parteitag abgesegnete Öffnung der Sozialdemokratie interpretieren. Agnieszka Brugger, Sprecherin für Sicherheitspolitik und Abrüstung der GRÜNEN-Bundestagsfraktion, und Stefan Liebich, seit Januar 2014 Obmann für Außenpolitik der LINKEN-Bundestagsfraktion, formulieren mit dem Papier ihre Ansprüche an den potentiellen großen Koalitionspartner. Auch sie wollten eine „verantwortungsvolle Außen- und Europapolitik im Rahmen internationaler Verpflichtungen“, verlangen aber von der SPD, auch auf die beiden kleinen Parteien zuzugehen. Für sie seien zum Beispiel „Auslandseinsätze der Bundeswehr ohne ein Mandat der Vereinten Nationen ausgeschlossen“. – Ja, Sie lesen richtig. Der LINKE-Außenpolitiker Stefan Liebich, seit jüngstem wieder Sprecher der „Realo“-Strömung Forum demokratischer Sozialismus (fds), hat nicht unbedingt etwas gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, sofern sie von der UNO abgesegnet werden. Dass mit ganz wenigen Ausnahmen die Kriege der letzten 25 Jahre allesamt mit Mandat des UN-Sicherheitsrats geführt worden sind und dass seit Ende der bipolaren Weltordnung die Kriegseinsätze mit dem Segen der UN exorbitant angestiegen sind, lassen sowohl Brugger als auch Liebich geflissentlich unter den Tisch fallen.

Ouvertüre zur rot-rot-grünen Außenpolitik

Die beiden Papiere der rot-rot-grünen Parteifunktionäre dokumentieren die anhaltenden Versuche, insbesondere auf dem Politikfeld, auf dem sich die größten Hindernisse für eine „zweimal rot, einmal grün“ („R2G“-Koalition auf Bundesebene akkumulieren – der Außenpolitik –, eine Annäherung zwischen den drei Parteien herzustellen. Dass diese Bemühungen keineswegs in Zeiten der Großen Koalition eingestellt werden, zeigte auch der Europaparteitag der LINKEN in Hamburg, wo diese sich bereits qua Wahlprogramm und Kandidatenaufstellung für eine „verantwortliche Europapolitik“ ausgesprochen hat. Dies war ganz im Sinne Liebichs, der sich schon seit Jahren „für eine Stärkung der EU“ (S. 77) ausspricht.

Das kleine Bändchen „Linke Außenpolitik – Reformperspektiven“, herausgegeben von Stefan Liebich und Gerry Woop, langjähriger PDS-Funktionär, ist eine Ouvertüre zur umrissenen Politik der Linkspartei, die die regierungswilligen LINKEN-Außenpolitiker in der letzten Legislaturperiode des Bundestags aufgeführt haben, um ihre Regierungsfähigkeit gegenüber der SPD und den GRÜNEN unter Beweis zu stellen. Im Grunde handelt es sich um eine Kompilation von überwiegend bereits publizierten und öffentlich zugänglichen Aufsätzen, Interviews, Strategiepapieren und Bundestagsreden von den außenpolitischen Frontkämpfern des sogenannten „Reformer“-Flügels zu verschiedenen Feldern der Außenpolitik. Instrukтив sind die darin enthaltenen Überlegungen nicht aufgrund der vertretenen Positionen. Vielmehr veranschaulichen sie, wie die Diskurse innerhalb der Linken verschoben werden sollen, damit die außenpolitischen Standpunkte der Linkspartei sich der deutschen Staatsräson und entsprechend auch den Positionen der SPD und der GRÜNEN angleichen.

Transatlantische Bruderschaft und Einzelfalllösung

Nur, wie macht man aus einer Partei, zu deren Gründungsmythen gehört, sie sei die einzige „Antikriegs- und Friedenspartei“ im Bundestag, eine Stütze deutscher Großmachtspolitik? Man eröffnet an allen anfälligen außenpolitischen Streitpunkten Debatten und höhlt die Standpunkte so weit aus, bis sie kompatibel mit dem deutschen außenpolitischen Konsens sind.

Die NATO und die US-amerikanische Außenpolitik besitzen beispielsweise in der Linken – groß und klein geschrieben – angesichts der Kriege in Jugoslawien, gegen Afghanistan und Irak sowie historischen Verdiensten im Kampf für Demokratie im eigenen Hinterhof (Chile, Nicaragua, jüngst Kolumbien und Venezuela) zurecht einen äußerst schlechten Ruf. Über Jahrzehnte haben Friedensbewegte, KriegsgegnerInnen, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und andere fundierte Kritiken an beiden entwickelt, die – bereits abgeschwächt – in den Forderungen der LINKEN geronnen sind, aus den militärischen Strukturen der NATO umgehend auszutreten und die Organisation aufzulösen. Gabriele Kickut, immerhin Direktorin des Zentrums für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, fällt in ihrem Beitrag nichts Besseres ein, als diese Positionen, freilich ohne irgendeinen Beleg für ihre Diffamierung, als „linken Antiamerikanismus“ (S. 51) zu diskreditieren. Ernst Krabatsch und Gerry Woop fordern auch nicht die Auflösung des transatlantischen Militärpakts oder ähnliches, sondern „ein einleuchtendes strategisches und politisches Konzept, das wirklich den zunehmend nicht militärischen Herausforderungen gerecht wird und einen möglichen Platz der NATO bei Problemlösung angemessen beschreibt“ (S. 55). Und weiter heißt es bei ihnen: Eine „Option wäre eine Transformation der NATO zu einem gesamteuropäischen, richtiger: transatlantischen bzw. transeuroasiatischen kooperativen Sicherheitssystem, die mit der Entwicklung alternativer Sicherheit im UN-Rahmen einhergehen müsste“ (S. 57). Dass solche Vorschläge für lebenserhaltende Maßnahmen des aggressivsten Militärbündnis in der Nachkriegsgeschichte exakt den Nerv eines waschechten Mitglieds der Atlantikbrücke, der elitären Lobbyorganisation deutscher Freunde der US-Politik, wie Stefan Liebich trifft, kann man sich vorstellen. Dieser war nicht nur „froh über die Wiederwahl von Barack Obama“ (S. 81), obwohl jener schon in seiner ersten Amtszeit den Drohnenkrieg und die Strategie der gezielten Tötung, um nur zwei Beispiele zu nennen, völkerrechtswidrig zur Normalität US-amerikanischer Kriegsführung gemacht hat. Stefan Liebich ist auch der Meinung, „Europa, Deutschland und die Vereinigten Staaten“ könnten

„gestützt“ auf die westlichen Werte wie „Freiheit“ – die Freiheit Profite zu machen? – „eine neue transatlantische Partnerschaft begründen“ und „zusammen den Frieden in der Welt fördern“ (S. 82).

Menschenrechtsimperialismus

Noch entscheidender als die Positionsverschiebung zur NATO und US-Kriegspolitik ist die Aufweichung der grundsätzlichen Weigerung, Soldaten von deutschem Boden in alle Welt zu schicken. Das ist nicht ganz leicht, weil gleich mehrere Hürden auf einmal genommen werden müssen. Aber der Reihe nach.

Um die hartnäckige Ablehnung von Kriegen zu durchbrechen, bedarf es erstens guter Gründe. Gründe, die auch von Linken – in und außerhalb der Partei – verstanden werden. Der beliebteste ist die Anrufung der Menschenrechte und ihre Einhaltung. Diese soll Linke vor das Dilemma stellen, zwischen ihnen und der Antikriegsposition wählen zu müssen. „Eine LINKE, die für sich beansprucht, Partei der Menschenrechte zu sein, muss“ (S. 27) auf Verbrechen wie etwa in Ruanda 1994 „eine konkrete Antwort haben“ (ebd.). Ganz davon abgesehen, dass solche Ereignisse keineswegs im luftleeren Raum, sondern in internationalen, regionalen und nationalen politisch-ökonomischen und kulturellen Konstellationen geschehen, sie eine Vorgeschichte haben, „von Mord, Vergewaltigung und Vertreibung akut bedrohte [...] Menschen“ (S. 29) also nicht vom Himmel fallen und Staaten keineswegs auf Basis moralischer Erwägungen handeln, sind für Interventionen in Gebiete anderer Staaten aufgrund historischer Erfahrungen völkerrechtlich nicht unbeträchtliche Voraussetzungen erforderlich. Um diese zu umgehen, wird auch in diesem Zusammenhang das moralische „Gebot der Durchsetzung elementarer Menschenrechte“ instrumentalisiert und dem in der UN-Charta rechtlich festgeschriebenen „Nichteinmischungsgebot“ gegenübergestellt. Dies „ist gut so“, denn, argumentiert der ehemalige Verteidigungspolitische Sprecher der LINKEN Bundestagsfraktion, Paul Schäfer, Ex-Außenminister Fischer imitierend, „die Geschichte hat gezeigt, dass das Souveränitätsprinzip gerne als Instrument der Abschirmung despotischer Regime von äußerer Einmischung missbraucht wurde“ (S. 27).

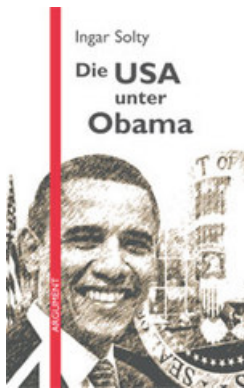
Trotz der guten Gründe können Linke zweitens nicht plötzlich allen Einsätzen zustimmen. „Mandatsüberdehnungen“ – eine Verharmlosung der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats und seiner freizügigen Mandatsvergabepraxis, um die Legitimität der UNO gegen Kritik zu immunisieren – „wie in der Elfenbeinküste oder in Libyen“ (S. 20) seien natürlich nicht wünschenswert. Aber auch nicht jeder „Einsatz militärischer Gewalt“ dürfe „automatisch mit Krieg gleichgesetzt“ (S. 30) werden. „Der oberste Maßstab muss sein, ob die Bundeswehr sich strikt an Völkerrecht und Grundgesetz hält, und ob der Einsatz zur Deeskalation von Gewalt beiträgt oder nicht“ (S. 31). Dann, so das Autorenkollektiv Brie, Krabatsch, Liebich, Schäfer und Woop, „kann es im Einzelfall völkerrechtskonforme Zwangsmaßnahmen bis hin zu militärisch ergänzten UN-Missionen geben“ (S. 22).

Dies sind die „Reformperspektiven“, die laut den realpolitischen Experten der LINKEN dazu führen sollen, dass linke Ideen für internationale Politik nicht bloß „wünschenswerte, aber ausschließlich ideologische und illusionäre Ideale oder Utopien bleiben“ (S. 16). Stefan Liebich übersetzte den durch politischen Neusprech verklausulierten Gehalt dieser Aussage André Bries am Rande des Europaparteitags der LINKEN in Hamburg im Februar gegenüber n-tv: „Manchmal braucht es auch militärische Gewalt.“ Also: „Aux armes, camarades!“

Stefan Liebich, Gerry Woop (Hg.) 2013:
Linke Außenpolitik. Reformperspektiven.
Welt Trends, Potsdam.
ISBN: 978-3-941880-65-8.
128 Seiten. 9,90 Euro.

Zitathinweis: Christian Stache: Zu den Waffen, Genossen! Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1207>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Obamas Krisen-Empire



Ingar Solty

Die USA unter Obama

Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise

Ingar Solty legt in einer detailreichen Studie eine kritische Bilanz der ersten fünf Regierungsjahre Barack Obamas vor.

Rezensiert von [Jens Zimmermann](#)

Die Hoffnungen, die mit dem Amtsantritt Barack Obamas als 44. Präsidenten der USA verbunden waren, können aus der Retrospektive getrost als naive Projektion abgestempelt werden. Weltweit und vor allem in der linksliberalen Presse Deutschlands kam man aus dem Schwärmen für den ehemaligen Harvard-Absolventen („Obamanie“, „Obama-Syndrom“) während seines Wahlkampfes nicht heraus. Ganz dem Mantra des kulturindustriell flankierten Werbefeldzuges „Change“ verfallen, nahm man die angekündigte Schließung des Gefängnis Komplexes Guantanamo Bay für bare Münze, der US-Truppen-Rückzug aus Afghanistan und dem Irak schien so gut wie erledigt und die Einführung eines versprochenen Krankenversicherungssystems, das zumindest die größten Risiken spät kapitalistischer Gesellschaften auffangen sollte, schien nur noch Formsache.

Fünf Jahre nach dem Regierungsantritt des mittlerweile zum Friedensnobelpreisträger gekürnten US-Präsidenten ist es allemal Zeit eine Zwischenbilanz zu ziehen. Und die, das kann vorneweg gesagt werden, fällt keineswegs positiv aus, wenn man das Urteil der detailreichen Studie des linken USA-Forschers Ingar Solty zugrunde legt. Soltys Buch „Die USA unter Obama. Charismatische Herrschaft, soziale Bewegung und imperiale Politik in der globalen Krise“ ist die erste umfassende empirisch fundierte Analyse der ersten fünf Regierungsjahre Barack Obamas. Die fünf Kapitel der Studie setzen sich aus insgesamt sechzehn Artikeln zusammen – zum großen Teil unveränderte Nachdrucke –, die der Autor zwischen 2008 und 2012 in linken Periodika veröffentlicht hat. Theoretisch fundiert und inhaltlich gebündelt werden die Kapitel durch eine ausführliche Einleitung, die als Quintessenz der Ergebnisse und Argumentation Soltys gelesen werden kann.

Renaissance des Neoliberalismus

Als zentrale These seiner Studie formuliert Solty, dass unter Barack Obama der in die Krise geratene Kapitalismus mithilfe von Staatshilfen eine neue Renaissance erfahren hat und gestärkt weitermachen kann wie bisher:

„Das Obama-Krisenmanagement läuft, anders als von vielen Beobachtern erhofft, nicht auf eine Transformation des kriselnden neoliberalen in einen stabileren, grünen Kapitalismus hinaus; Obamas Politik hat – vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und im Einklang mit der Politik in den anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern – den neuen Staatsinterventionismus, der durch die Krise nötig wurde, genutzt, um den Neoliberalismus zu rekonstruieren und schickt sich nun – trotz rhetorischer Bekenntnisse zur Sozialstaatlichkeit niedriger Intensität in den USA – an, den Neoliberalismus in Zusammenarbeit mit den Republikanern zu vertiefen“ (S. 15f.).

Entgegen einer strukturalistischen Lesart kapitalistischer Entwicklung, welche Akteuren keine Rolle innerhalb des kapitalistischen (Re-)Produktionsprozesses zugesteht, belegt Solty, dass Obamas pragmatische Politik unter Einbeziehung der Republikaner maßgeblich dazu beigetragen hat, mögliche qualitative sozio-ökonomische Veränderungen für große Teile der US-Amerikaner_innen durchzusetzen (S. 60). Deutlich wird dies vor allem an dem kurz nach seinem Amtsantritt verabschiedeten 787 Milliarden US-Dollar schweren Konjunkturprogramm. Die zunächst als Ende der neoliberalen Wirtschaftspolitik gefeierte Staatsintervention scheiterte letztlich an seiner wackeligen Konstruktion und an seinen internen Widersprüchen. Trotz der keynesianischen Staatshilfen auf Bundesebene waren die Einzelsaaten qua Verfassung verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, was demnach zu einer sogenannten „versteckten Austerität“ führte, in deren Anschluss es auf kommunaler Ebene zu drastischen Stellenstreichungen kam, die vor allem den Bildungssektor trafen. Zusätzlich verstärkt wurde die Sparpolitik der kommunalen Haushalte durch die aufgrund der Immobilienkrise ausfallenden Steuerzahlungen. Einer der größten Widersprüche des Konjunkturpaketes ist aber das völlige Fehlen eines öffentlichen Beschäftigungsprogrammes, welches in der Lage gewesen wäre, den Stellenabbau in der Krise wenn nicht zu stoppen so doch aber zu dämpfen. Das Scheitern des Konjunkturprogramms, die misslungene grükapitalistische Wende, die innenpolitische Hegemoniekrise der USA und die anhaltende ökonomische Krise produzieren Spannungen, die im Sinne einer imperialen Außenpolitik bearbeitet werden wollen. Doch auch hier sieht sich die Obama-Administration mit einer bröckelnden Führungsposition konfrontiert.

Reproduktionskrise des US-amerikanischen Kapitalismus

Sowohl das *triple deficit* – zeitgleiche Verschuldung von Privathaushalten, hohes Leistungsbilanzdefizit der US-Wirtschaft sowie die Verschuldung des US-Haushaltes – und die damit verbundene Brüchigkeit des US-Dollars als Leitwährung als auch die zunehmende wirtschaftspolitische Dominanz der Regionalmächte EU und allen voran Chinas haben die US-Administration in eine Position gebracht, in der es ihnen nicht mehr länger möglich scheint, ihre ökonomische Dominanz durch ihre Funktion als „globaler Konsumtionsschwamm“ (S. 82) zu sichern. Doch gerade die ökonomische Fähigkeit, als globaler Megaimporteur Staaten in das US-Imperium zu integrieren, die auf eine Abnahme von Produktionsüberschüssen und Exportwaren angewiesen sind, war in den vergangenen Jahrzehnten ein Garant der außenpolitischen Stärke der US-Regierung. Vor allem durch die zunehmende marktwirtschaftliche Unabhängigkeit der europäischen und asiatischen Staaten geht diese imperiale Gleichung nun nicht mehr ohne weiteres auf. Als eine Lösungsstrategie dieses Widerspruchs skizziert Solty die Bemühungen der Obama-Administration seit 2011 eine Reindustrialisierungsstrategie voranzutreiben, die eine Verdoppelung der Exporte anstrebt. Dies soll vor allem mit Bildungs- und Infrastrukturinvestitionen bewerkstelligt und von verringerten Importzöllen und Investitionsanreizen flankiert werden (S. 54).

Mehr als fraglich ist die Umsetzbarkeit dieser Standortpolitik. Und selbst wenn US-Firmen ihre Produktion in die Vereinigten Staaten rückverlegen, werden diese wohl mit stark automatisierter Produktion zwar hohe Profite erzielen, aber eben keine Arbeitsplätze schaffen. Die Reindustrialisierungsstrategie, so könnte man mit den Ausführungen Soltys folgern, ist ein Klassenprojekt von oben, was kurzfristig freies Kapital binden könnte:

„Diese Entwicklung bedeutet jedoch nicht nur eine Tendenz zur wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals, sondern eben auch, dass sich eine etwaige Reindustrialisierung weitgehend als ‚beschäftigungsloses Wachstum‘ vollziehen würde, dessen Früchte von den ‚1%‘ der Shareholder geerntet würden“ (S. 55).

Libyenkrieg

Zu dieser Reproduktions- und Orientierungskrise der US-Ökonomie stellt die gegenwärtige außenpolitische Konstellation die größte Herausforderung für das American Empire dar. Als Erbe der Bush-Administration hat Obama die militärischen Auseinandersetzungen in Afghanistan und dem Irak mit auf den Weg bekommen. Mit seiner Wahl zum Präsidenten verband sich auch der Wunsch vieler US-Amerikaner_innen nach einem Abzug der Truppen, der wohl mit der Aufstockung des US-Truppenkontingentes zerplatzt sein dürfte.

Obamas Außenpolitik brach nur in Teilen mit denen der Bush-Jahre und fügte den beiden Dauereinsätzen die militärische Intervention in Libyen hinzu. Solty zeigt in einer Rekonstruktion der historischen politisch-ökonomischen Entwicklung Libyens, dass sich der militärische Angriff auf Libyen keinesfalls mit einer klassischen Theorie des Imperialismus begreifen lässt, bei der das Ziel der imperialistischen Aggression die Nutzbarmachung und Kontrolle von Ressourcen (Öl, Gas etc.) ist. Zu Beginn der 1990er Jahre schwenkte die libysche Regierung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, den massiven Wirtschaftssanktionen und dem niedrigem Ölpreis ohne gezielten äußeren Druck auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik um (S. 209). Solty argumentiert, dass ein mögliches Motiv für den militärischen Schlag ein weiterhin gesicherter freier Zugang zu Öl-Ressourcen in Libyen sein könnte, da der Ölpreisstabilität im Kontext der globalen Krise eine gewichtige Rolle zukam (S. 214). Dazu scheint die Obama-Regierung mit dem Libyenkrieg einem Einflussverlust in der Region zuvorkommen zu wollen, indem sie die Protestbewegungen im arabischen Raum mit Hilfe ihrer militärischen Partner finanziell und militärisch unterstützt (S. 218f.). Ein drittes Motiv ist für Solty die ideologische Festigung des „Menschenrechtskrieges“, der im Falle Libyens mit einem angeblichen Luftkrieg Gaddafis gegen die Zivilbevölkerung legitimiert wurde (S. 221).

Chinas Herausforderung

Wie auch immer die militärische Intervention in Libyen im Kontext der politischen Ökonomie des American Empire zu deuten ist, mit China zeigt sich ein Regionalhegemon, der der US-Regierung die machtpolitische Vorherrschaft eindeutig streitig macht. 2011 formulierte die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton den Anspruch der USA, sich als Hegemon im asiatisch-pazifischen Raum zu etablieren (S. 229), was bis heute nur vereinzelt gelungen ist. Solty arbeitet heraus, dass die Gründe hierfür zum einen an der Erfolglosigkeit der Etablierung einer asiatisch-pazifischen Freihandelszone unter Führung der USA liegen. Zum anderen scheint es China im Rahmen multilateraler Abkommen zu gelingen, zum wichtigsten ökonomischen Partner von Staaten der Region zu werden (S. 227) und das auch deshalb, weil mit dem Chiang-Mai-Initiative-Multilateralisation-Agreement ein Währungsreservensystem in Gang gebracht wurde, das als Alternative zum Dollar und Euro begriffen werden kann. Die Obama-Administration reagiert auf die zunehmende ökonomische Bedeutungslosigkeit der USA mit einer verstärkten Truppenkonzentration im asiatisch-pazifischen Raum. Dazu zählt unter anderem der Ausbau von Militärbasen in Afghanistan sowie die numerische Aufrüstung von Marine- und Luftwaffenstützpunkten in Australien und Guam. Detailliert zeigt Solty in seiner Studie auf, wie gerade Afghanistan zu einem Dreh- und Angelpunkt zukünftiger militärischer Operationen in der Region werden und wie die US-Truppenkonzentration im Kaukasus zu einer geopolitischen Frontstellung mit Russland, China und dem Irak führen könnte (S. 231).

Ingar Soltys Studie zur US-amerikanischen Politik der ersten fünf Obama-Jahre bestechen durch ihre empirische Genauigkeit und beeindruckende Recherche. Auch wenn nicht alle Interpretationen geteilt werden, kann man sagen, dass Solty hierzulande wohl zu Recht als einer der ausgewiesenen linken USA-Forscher gilt. In „Die USA unter Obama“ gelingt es ihm sowohl innen- als auch außenpolitische Dynamiken aufeinander zu beziehen und sinnvoll mit der politischen Ökonomie des American Empire zu verbinden. Dass das nicht immer einfach zu lesen und zu verstehen ist, dürfte klar sein, aber es lohnt sich allemal.

Ingar Solty 2013:

Die USA unter Obama. Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise.

Argument Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-86754-312-5.

344 Seiten. 23,00 Euro.

Zitathinweis: Jens Zimmermann: Obamas Krisen-Empire. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1215>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Was sich nicht bewährt



Klaus Dörre, Karin Scherschel (u.a.) (Hg.)
Bewährungsproben für die Unterschicht
Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik

In ihrer ausführlichen Studie legen die Autor_innen Daten vor, die das Ziel der Erwerbslosen-Aktivierung in seiner Sinnlosigkeit vorführen.

Rezensiert von [Andrea Strübe](#)

Die Einführung der so genannten Hartz IV-Gesetze 2005 wurde begleitet von einer Diskussion, die bekannt ist als Debatte um die „Neue Unterschicht“. Von den „faulen Arbeitslosen“ war da die Rede, deren Faulheit alleiniger Grund für ihre Arbeitslosigkeit sein soll. Der Sozialstaat indes trage dazu bei, diese Situation zu verfestigen, da zu hohe Transferleistungen ausgezahlt würden, die Anreize lieferten, es sich in der „sozialen Hängematte“ bequem zu machen. „Passivmentalität“ und „Arbeitsverweigerung“ wurden zu Schlüsselbegriffen, wenn es darum ging, eine „Unterschichtskultur“ zu charakterisieren. Durch eine Mischung aus „Fördern und Fordern“ sollten aus passiven Erwerbslosen aktive Erwerbstätige werden, zur Not auch mit niedrig bezahlten Jobs. Und tatsächlich, die Arbeitslosenzahlen sind seit Einführung von Hartz IV gesunken – jedoch nur ein scheinbarer Erfolg.

Doch ist es das? Ist die unterstellte Inaktivität einer gesellschaftlichen Gruppe Grund für Erwerbslosigkeit? In einer empirisch angelegten Studie, die über den Zeitraum von 2003 bis 2011 die Entwicklungen der Arbeitslosenpolitik einerseits sowie die Erwerbsorientierungen Erwerbsloser andererseits erforscht hat, ist die Gruppe des Jenaer Zentrums für interdisziplinäre Gesellschaftsforschung der Frage nachgegangen, ob und wie die Aktivierungspolitik sich auf Erwerbslosigkeit auswirkt – mit teils erschütternden Ergebnissen. Das Team um Klaus Dörre stellt in der Studie die Frage, wie Erwerbslose und prekär Beschäftigte, die auf ALG-II-Leistungen angewiesen sind, die aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die vor allem auf strengen Regelungen für die Zumutbarkeit von Arbeit beruht, selbst erleben. Hierfür haben sie etwa 90 Erwerbslose befragt – einige von ihnen mehrmals. Vor allem zielt die Studie auf die Frage ab, ob die Aktivierungspolitik Effekte zeigt: „Haben wir es also tatsächlich mit einem Reformwerk zu tun, das Langzeitarbeitslose in marktgerechte Erwerbstätige verwandelt?“ (S. 11) Oder gibt es sie gar wirklich, die „Unterschichtskultur“, die sich durch keinerlei Arbeitsanreize aufbrechen lasse?

Prekarisierung und Wettkampf

Zu Beginn ihrer Ausführungen stellen die Autor_innen vier Thesen bereit, welche sie im Verlauf der Erhebungen geprüft haben und die aufgrund der Ergebnisse immer wieder modifiziert wurden. Da ist als erstes die „Prekarisierungsthese“ zu nennen: Das aktivierende Arbeitsmarktregime sei erfolgreich, „weil es die Langzeitarbeitslosigkeit reduziert, indem es atypische und prekäre Beschäftigung fördert. Diese Problemverschiebung ermöglicht den Übergang von der fordistischen Vollbeschäftigungs- zu einer prekären Vollerwerbsgesellschaft.“ (S. 33, Herv. i. O.) Die Grenzen zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigungssystem verschwimmen zunehmend, die Phasen von Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung wechseln bei vielen Betroffenen häufig. Diese bleiben allzu häufig in einem Status der Unsicherheit.

Entsprechend der „Wettkampfthese“ entfalte das Arbeitsmarktregime seine Wirkungen darüber, dass es Erwerbslosigkeit zu einer Bewährungsprobe macht: „Leistungsbezieherinnen wie Fallmanager befinden sich in einem Wettkampf, bei dem die Starken den Schwachen diktieren, welches Leben sie zu führen haben“ (S. 36f.). Der Wettkampf entsteht hier aus einer Kombination von Kraftproben und Wertigkeitsprüfungen, derer sich die Erwerbslosen unterziehen müssen und in denen die Fallmanager_innen die Definitionsmacht darüber haben, ob ein_e Erwerbslose_r sich angemessen verhält. Im Status der Erwerbslosigkeit gilt es, sich stets als respektables Individuum zu beweisen, ein Prüfungsformat, welches durch strenge Zumutbarkeitsregelungen strukturiert ist und in denen Erwerbslose ihre stete Eigenbemühung beweisen müssen. Verfehlt er_sie dies, seien im Umkehrschluss strenge Sanktionen gerecht.

Doch ist, so die Autor_innen, mit der Wettkampfthese auch eine andere Dimension sozial strukturierender Praxen bedacht: Es können eigensinnige Praktiken sogenannter Kunden berücksichtigt werden, denn Erwerbslose nehmen in den Prüfungen ebenfalls Einfluss auf die Ausgestaltung des Arbeitsmarktregimes und verfügen über Techniken, die helfen, dem Arbeitsmarktregime Handlungsspielräume abzutrotzen – freilich aus einer weniger machtvollen Position heraus.

Normativität und Entstehen einer „Unterschicht“

Die dritte These (Normativitätsthese) und die Ergebnisse der Untersuchung der Erwerbsorientierungen besagen, dass subjektive Erwerbsorientierung auf einem normativen äußerst stabilen Fundament beruht. Eine Aktivierung, so der Schluss, ist daher gar nicht von Nöten, denn die Bereitschaft zur Jobaufnahme ist bei den meisten Befragten der Studie ungebrochen.

Die Studie nimmt, um die Spanne der Erwerbsorientierungen Erwerbsloser zu veranschaulichen, eine Typologisierung vor und unterscheidet zwischen „Um-Jeden-Preis-Arbeiter_innen“, „Als-ob-Arbeiter_innen“ und „Nicht-Arbeitenden“. Bei den Um-Jeden-Preis-Arbeiter_innen herrscht „eine geradezu fraglos akzeptierte normative Orientierung an regulärer Erwerbsarbeit“ (S. 134). Diese Gruppe gibt sich nicht mit Alternativen jenseits der Erwerbsarbeit zufrieden und strebt unermüdlich nach dem Aufstieg. Die Als-Ob-Arbeiter_innen sind aufgrund geringer Jobchancen meist alternativ beschäftigt, beispielsweise auf dem zweiten Arbeitsmarkt oder ehrenamtlich. Sie richten daher ihre Ansprüche an die Erwerbsarbeit auf ihre Alternativtätigkeiten. Hier wird ein hohes Engagement an den Tag gelegt und die eigenen Tätigkeiten werden entsprechend der hohen Erwerbsnorm umgedeutet, „als-ob“ sie reguläre Beschäftigungsverhältnisse wären. Die Nicht-Arbeiter_innen machen weniger als ein Viertel der Befragten aus. Die Erwerbsnorm wird hier nicht beachtet – entweder ist sie nie ausgebildet worden oder im Verlauf langer Erwerbslosigkeit resigniert. Auch gibt es gezielte Absagen an die Norm. Das Leben ist nicht an Erwerbsarbeit ausgerichtet, sondern an alternativen Tätigkeiten und sozialen Beziehungen. „Passivität“ lässt sich auch hier nicht antreffen.

Die Befragten halten also größtenteils auch während der Erwerbslosigkeit an der Erwerbsnorm fest – „trotz widriger Umstände mit großer Hartnäckigkeit und unabhängig von strengen Zumutbarkeitsregeln“ (S. 202) und auch dann, wenn die Chancen auf ein reguläres Beschäftigungsverhältnis sehr gering sind. Nur die Nicht-Arbeitenden haben mit der Norm gebrochen, da für sie die Bedingungen oder die Chancen auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu widrig sind. Eines der zentralen Ergebnisse der Studie lautet deshalb, dass diese Orientierungen durch geringere Regelsätze und Sanktionen nicht geändert würden. „Die Aktivierungsrhetorik verfehlt daher ihre Adressaten und deren subjektive Erwerbsorientierungen“ (S. 40). Die wenigen Fälle aus der Studie, die tatsächlich einen Aufstieg verzeichnen lassen sich zudem nicht auf die Zumutbarkeitsregelungen zurückführen.

Tatsächliche Effekte der Arbeitslosenpolitik kennzeichnet die vierte und letzte These, die „Unterschichtenthese“. Diese besagt, dass der Bezug von Transferleistungen die Gruppe der

Erwerbslosen an die Schwelle der gesellschaftlichen Respektabilität drängt. Je länger die Erwerbslosigkeit andauert, desto schwieriger wird die Lebenssituation. Langfristig Erwerbslose sind gezwungen, sich Überlebensstrategien anzueignen. Gerade jener Lebensstil, der sich aus dieser anhaltenden Prekarität speist, schafft schließlich Raum für Stigmatisierungen.

Die gesetzliche Bestimmung strenger Zumutbarkeit lässt wenige Ausnahmen von einer Zumutbarkeit von Arbeit zu. Doch die wirklichen Zumutungen – das untermauert die Studie durch die Untersuchungen der sozialen Wirkungen der Bewährungsproben – entstehen für Erwerbslose in der gesamten Lebensführung. Während die Sanktionsquoten tatsächlich sehr gering sind, sind es die Androhungen von Druckmitteln, die das Regime so streng machen. Dies in Kombination mit Faktoren wie materieller Knappheit und Stigmatisierung, Planungsunsicherheit und Scham schafft Dimensionen, die für Erwerbslose starke Belastungen bedeuten. Durch den Mangel müssen viele Betroffene stets Verzicht üben und sind der Gefahr des sozialen Ausschlusses ausgesetzt. Hier werden auch eigensinnige Strategien entwickelt, die informelle Ökonomien ausbilden, beispielsweise Nachbarschaftshilfe. Doch bedeutet die häufig angedrohte Forderung des Wohnungswechsels beispielsweise, der den Verlust des sozialen Umfelds bedeuten würde, eine ständige Anspannung.

Auch die ständige Kontrolle der Eigenbemühungen durch das Jobcenter schafft ein Gefühl der Drangsalierung. Im Endeffekt müssen Erwerbslose sich für diesen prekären Status stets qualifizieren und zeigen, dass man die Förderung ‚verdient‘. Hier zeigt sich die ‚Paradoxie des ‚Förderns und Forderns‘‘ (S. 235): Die Aufwendungsgrenzen, also die maximale Vergütung des Wohnraumes und die niedrige Grundsicherung haben das erklärte Ziel, ‚Fehlansätze‘ für den Verbleib im Transferbezug zu vermeiden. Daraus resultiert, dass Erwerbslose kaum Geld zur freien Verfügung erhalten. Doch führt die Knappheit schlicht zu einer Verarmung und weniger zu anvisierten Integration in den Arbeitsmarkt:

Die Leistungsbeziehenden betreiben aufgrund der knappen Ressourcen ein Notwendigkeits- und Überlebensmanagement, das mit einem enormen Energie- und Zeitaufwand verbunden ist und Aktivitäten in Richtung Arbeitsmarktintegration zu untergraben droht‘‘ (S. 256).

Gespaltener Arbeitsmarkt

Die Studie zeigt deutlich, dass trotz hoher Eigenaktivitäten selten eine andauernde Aufwärtsmobilität stattfindet. Trotz häufiger Jobveränderungen bleibt die soziale Mobilität häufig zirkular, also in prekären Arbeits- und Lohnsektoren. Dies bedeutet für viele eine ‚Verstetigung prekärer Lebenslagen‘ (S. 279). Soziale Unsicherheit wird verinnerlicht und zum zentralen Gestaltungsmoment eines Lebens in Erwerbslosigkeit. Angetrieben wird dies durch das Arbeitsmarktregime selbst und ist nicht Effekt von Passivität, sondern von Mangel auf dem Arbeitsmarkt:

„Entstanden ist nicht in großem Ausmaß ‚mehr Erwerbsarbeit‘, sondern zusätzliche Beschäftigung, die sich allerdings stärker als zuvor aus den Gruppen der Arbeitslosen und Nicht-Erwerbstätigen speist. Die Verteilung des Arbeitsvolumens erfolgt jedoch über eine Verfestigung von Machtasymmetrien am Arbeitsmarkt‘‘ (S. 350).

Dies zeigt sich mit Blick auf Unternehmen. Diese sind bemüht, Marktrisiken auf die Beschäftigten abzuwälzen, Beschäftigungsflexibilität ist zu einer ‚strategischen Planungsgröße‘ (ebd.) geworden. Ungesichert Beschäftigte sind weiterhin leichter kündbar als gut organisierte und abgesicherte Stammbesellschaften. Das Lohnniveau ist durch die Expansion des Sektors der prekären Arbeit enorm gesunken. Die Erwerbsverhältnisse entstehen also auf einem gespaltenen Arbeitsmarkt, wo ein großer Teil der prekären Erwerbsarbeit nicht einmal zum Leben reicht. ‚Die Aufwertung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, wie sie mit den Hartz-Reformen verbunden war, schafft auf Seiten der Wirtschaft Anreize, Stellen mit Löhnen anzubieten, die nicht einmal die Existenz der

Beschäftigten absichern“ (S. 356).

„Bewährungsproben für die Unterschicht“ zeigt mit umfassenden Fakten, was die Aktivierungspolitiken tatsächlich sind: Sie dienen dazu, prekäre Erwerbslagen für viele Menschen bei scheinbar geringen Arbeitslosenquoten zu verfestigen und ihre Mobilität auf dem prekären Sektor zu gewährleisten. Erwerbslosigkeit ist so verpönt, dass für viele Betroffene die Arbeit unter widrigsten Umständen und mit menschenverachtenden Entlohnungen noch attraktiver ist, als die Erwerbslosigkeit – wovon wiederum Kapitalinteressen profitieren, die mit immer niedrigeren Löhnen produzieren können. Anstatt die ohnehin ungebrochene Aktivität Erwerbsloser in gut bezahlte und sichere Jobs zu überführen, manifestiert Hartz IV genau das, was es vorgibt, abzuschaffen: Die so genannte Unterschicht. So stellen Dörre et al. dann auch zum Schluss fest, was die Reformen um Hartz IV sind: Ein Klassenprojekt, welches „soziale[] Schließung und Klassenbildung“ (S. 344) befördert. Mit dieser auch politischen Einschätzung ist die Studie wegweisend für Politiken gegen Hartz IV.

Klaus Dörre, Karin Scherschel (u.a.) (Hg.) 2013:

Bewährungsproben für die Unterschicht. Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik.

Campus, Frankfurt.

ISBN: 978-3593397979.

423 Seiten. 29,90 Euro.

Zitathinweis: Andrea Strübe: Was sich nicht bewährt. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1214>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Tod im Wendland



Martin Sudermann

XXX

Ein Atomkraft-Krimi

In Martin Sudermanns Krimi mit den drei gelben X kommt ein Atomkraftgegner ums Leben - War es Mord?

Rezensiert von [Alice Freitag](#)

November 2010. Zwei Tage nach einem von heftigen Auseinandersetzungen begleiteten Castor-Transport wird die Leiche eines Demonstranten in der Göhrde entdeckt. Holger Becker, 54 Jahre alt, sportlich und kerngesund, soll in einem knöcheltiefen Bach ertrunken sein. Seine FreundInnen, altgediente Autonome und junge Anti-AKW-AktivistInnen aus dem Wendland, glauben nicht an diese Geschichte. Auch der Journalist Thomas Krüdemann ist tief erschüttert, als er vom Tod seines alten Genossen und Freundes hört. Er verdächtigt den Energiekonzern WEAG, in den Tod verwickelt zu sein. Auf der Beerdigung Beckers beschließt er, den Ungereimtheiten auf den Grund zu gehen.

Damit beginnt der neue Krimi von Martin Sudermann. Die bereits aus seinem ersten Krimi („Mordgeschäfte“) bekannte Figur des Journalisten Thomas Krüdemann, früher selbst gegen Atomkraft aktiv, macht sich auf die Suche nach der ganzen Geschichte. Dabei muss er zunächst Widerstände überwinden und Vertrauen aufbauen, denn die AktivistInnen, mit denen sein alter Freund bis zuletzt gemeinsam unterwegs war, sind skeptisch. Nach und nach erfährt der Journalist, dass sein ehemaliger Weggefährte längst nicht zum alten Eisen gehörte und sich nicht – wie er selbst – ins Privatleben zurückgezogen hat. Holger unterstützte Aktionsgruppen vor allem mit seinem technischen Know-How: Computersicherheit, Webseiten für Online-Demonstrationen und Recherche. Dann sind da noch ein früherer Sprengstoffanschlag auf einen Strommast zum Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl und ein aktueller deutsch-französischer Sabotageversuch an den Gleisen.

Kein Wunder also, dass der Tote immer wieder das Interesse des Staatsschutzes geweckt hat. Während Krüdemann versucht, das Leben seines Freundes nachzuzeichnen und vor allem herauszufinden, wie dieser zu Tode kam, stößt er auf Recherchen Holger Beckers zum Energiekonzern WEAG. Dieser ist verwickelt in korrupte Machenschaften beim Bau eines Atomkraftwerkes in der Türkei. Umweltgruppen vor Ort wehren sich gegen den Bau, der mitten im Erdbebengebiet liegt. Die Liste möglicher Feinde wächst. Oder war es vielleicht doch ein Unfall?

Viele Seiten später und etwas unvermittelt taucht ein weiterer Gegenspieler der AktivistInnen auf, der dem Krimi eine entscheidende Wende gibt und die Protagonisten vor schwierige Entscheidungen stellt: Frei nach der Geschichte der internationalen Spitzel, die für den G8-Gipfel im Ostseebad Heiligendamm 2007 eingesetzt wurden, mischt ein Undercover-Polizist die Szene auf. Auch hier bleibt Sudermann nahe an dem, was bis heute über den britischen Undercover Mark Stone (Mark Kennedy) bekannt ist. Als internationaler Aktivist gelang es ihm, sich tief in die militante Aktivistenszene einzuschleusen.

Auch die Grundgeschichte, der ungeklärte Tod eines Demonstranten beim Castor-Transport 2010 im Wendland, ist real und Anlass für den Roman. Spaziergänger hatten dort zwei Wochen nach dem Transport einen Mann in einem Bach tot aufgefunden, die genaue Todesursache blieb zunächst unklar, die Polizei schloss Fremdverschulden aus.

Sudermann vermischt tatsächlich Geschehenes und Fiktion. Es gelingt ihm, reale Ereignisse des Castor-Widerstandes und die staatlichen Überwachungsmaßnahmen in einen fiktiven Krimi zu verwandeln. Die Gefahr der platten Darstellung wie beim sonntäglichen Tatort, etwa wenn Kommissarin Lindholm den Mord an einem Wachmann aufklären muss, dessen Leiche seit einem halben Jahr in den Salzhalden des Erkundungsbergwerks Gorleben verschüttet lag oder Hauptkommissar „Unser-Lehrer-Doktor-Specht“-Casstorff unter Hamburger Autonomen ermittelt, besteht bei Sudermann nicht. Darin liegt auch ein Gewinn, denn er schafft es, das Leben und den Widerstand der AktivistInnen einem breiten Publikum näher zu bringen. Zwar nehmen an manchen Stellen die Erklärungen rund um das Thema Atomkraft, Datensicherheit oder internationale Verflechtungen der Atomindustrie viel Platz ein und kommen zum Teil etwas langatmig daher. Gerade für LeserInnen, die damit nicht vertraut sind, bietet der Roman jedoch einen guten Einblick. Dabei bleibt das Buch auch für alte Hasen des Anti-AKW-Widerstandes bis zum Ende spannend und überraschend. Einzig überholt von den realen Ereignissen wurde der Autor von dem durch Edward Snowden bekannt gewordenen Überwachungswahn rund um die NSA.

Martin Sudermann 2013:
XXX. Ein Atomkraft-Krimi.
Sutton, Erfurt.
ISBN: 978-3-95400-258-0.
240 Seiten. 12,00 Euro.

Zitathinweis: Alice Freitag: Tod im Wendland. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014.
URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1209>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Vergebene Chance



Niels Haberlandt

Rechtsextreme Strategien im Sport

Der organisierte Sport im strategischen Konzept rechtsextremer Gruppen im Land Brandenburg

Der Autor widmet sich neonazistischen Einflüssen auf den organisierten Sport in Brandenburg – und scheitert an der Dimension des Themas.

Rezensiert von [Robert Claus](#)

Es ist ein bekanntes Problem: Vielerorts engagieren sich Neonazis ehrenamtlich und erfahren dadurch gesellschaftliche Anerkennung. Zu trauriger Bekanntheit kam 2009 das Beispiel der NPD-Funktionärin Stella Hähnel, die sich im Familienzentrum des Brandenburger Ortes Hohen Neuendorf aktiv zeigte. Und die Gefahren solcher Einflussnahmen sind groß. Denn die versteckte politische Einflussnahme erweist sich oft als effizient, wenn eben nicht unverhohlen mit extrem rechten Symbolen hantiert wird. Dennoch erfährt das Problem nicht die Aufmerksamkeit, die es verdient hätte, sind es doch gerade diese zivilen, vor-staatlichen Räume, in denen sich Hegemonien bilden und politische Einstellungen schärfen. Nicht zuletzt deshalb wäre eine kritische Betrachtung des organisierten (Amateur-)Sports in Bezug auf die Entwicklung extrem rechter Einstellungen mehr als notwendig.

Sodann lässt Haberlandt keine Zweifel an der Reichweite seines Themas aufkommen. Schlüssig arbeitet er die gesellschaftliche Bedeutung des Sports im Land Brandenburg heraus, in dem 2012 über 300.000 Menschen in knapp 3.000 Vereinen organisiert waren. Er beschreibt, wie der Sport sowohl wirtschaftliche, gesundheitliche, pädagogische, politische als auch soziale Funktionen erfülle. Letztere unterteilt er in positive und negative Dimensionen. Auf der einen Seite könne Sport zu Integration, Versöhnung, Gleichberechtigung und sozialen Kompetenzen beitragen, auf der anderen aber auch Ausgrenzung, Rassismus und Gewaltbereitschaft fördern. So grundlegend sinnvoll diese Übersicht auch ist, stellt sich hier bereits ein zentrales Problem der Arbeit ein: die Begriffe werden nirgends hinterfragt. Es bleibt zum Beispiel unklar, wer durch wen worin integriert wird, und die Einordnung von „Völkerverständigung“ als politische Funktion des Sports zeugt von einem unzeitgemäßen Verständnis einer hybriden Gesellschaft und ihrer Vielfachidentitäten.

Selbiges gilt für Haberlandts zentralen Forschungsbegriff: den Rechtsextremismus. Diesen bezieht Haberlandt unkritisch aus den Quellen des Verfassungsschutzes, anstatt sich auf sozialwissenschaftlich fundierte Quellen, wie zum Beispiel die Studien von Brähler und Decker, zu beziehen. Diese thematisieren zugleich die Schwächen des Begriffs, die ihm inne liegende Trennung zwischen einer gesellschaftlichen „Mitte“ und deren „Rand“, seine potentielle Gleichsetzung zwischen Links und Rechts sowie seine ordnungspolitische Orientierung. Zwar bemerkt der Autor selbst, dass die Extremismustheorie umstritten sei, ergänzt jedoch, dass sie „im sportfachlichen Bereich erfahrungsgemäß leichter anwendbar“ (S. 22) wäre. Dies erfährt keine weitere Begründung, und die Frage, ob der Verfassungsschutz mit seinen skandalösen Verwicklungen in die Verhinderung und Aufklärung der Mordtaten des NSU eine seriöse Quelle zur Bearbeitung von Rassismus und weiteren menschenfeindlichen Ideologien sei, bleibt außen vor.

Die Brandenburger NPD und der Sport

In seiner Dissertation, deren Datenmaterial er vorrangig als Referent der Brandenburgischen Sportjugend im Projekt „Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ zwischen 2007 und 2010 sammelte, versucht Haberlandt zu klären, „inwieweit Strategien rechtsextremer Gruppen hinsichtlich der Sportstrukturen eine Rolle spielen und welche Konsequenzen sich daraus für den organisierten Sport ergeben“ (S. 19). Im Rahmen seiner politikwissenschaftlichen Arbeit konzentriert sich der Autor anschließend stark auf die Definition einer politischen Strategie, welche er in Abgrenzung zum Begriff der Taktik als situationsübergreifend versteht. Zudem fokussiert er seine Arbeit auf die Brandenburger NPD, da sie seines Erachtens als einzige rechtsextreme Kraft über die Kapazitäten für die Umsetzung einer solchen Strategie verfüge.

Doch auch diese hat nicht viel zu bieten. Denn einzig einen offenen Brief des Brandenburger NPD-Vorsitzenden Klaus Beier aus dem Jahre 2009 gegen ein Spiel des Bundesligaclubs FC Energie Cottbus bei Germania Storkow unter dem Titel „Mit Energie für Toleranz“, kann Haberlandt als Versuch der direkten Einflussnahme ausmachen. Dieser wurde jedoch sogleich vom Vorsitzenden des Storkower Vereins bei den lokalen Behörden gemeldet und während die NPD zum Wahlkampf eine Kundgebung mit knapp 100 TeilnehmerInnen parallel zum Spiel durchführte, zeigte sich der Ort mit Plakaten gegen Rechts geschmückt. Die NPD versuchte also, die mediale Öffentlichkeit für sich zu nutzen und erzielte darin einen kleinen Erfolg. Für weitere Aktionen dieser Art sei der Landesverband letztlich jedoch zu schwach aufgestellt und auch im Partei- und Wahlprogramm fänden sich keinerlei Hinweise auf „Strategiebildungsversuche zur Nutzung des Sports insgesamt“ (S. 101).

Anderen Fahrten, wie einem NPD-Mitglied, der eine Jugendmannschaft beim BSC Rathenow trainiert, oder diversen Fällen extrem rechter Hobby- und Stadtligateams wie dem SSV Neuschwabenland oder dem FC Einheit 06 Prenzlau, geht der Autor nicht weiter nach, sondern listet sie nur auf. Diese Phänomene scheinen außerhalb seines Strategiebegriffes zu liegen, der seine Forschung schnell in eine Sackgasse führt. So fällt sein Fazit schon früh sehr knapp aus: „Für eine gezielte Unterwanderungsstrategie von Vereinen gibt es allerdings keine Anzeichen“ (S. 50).

Ein verengter Blick

Es drängt sich die Frage auf, ob der auf Parteien fokussierte politikwissenschaftliche Strategiebegriff wirklich produktiv ist oder ob das Thema nicht andersherum gedacht werden muss. Handelt es sich bei genauerer Betrachtung extrem rechter Einflüsse im Sport oftmals nicht vielmehr um Personen, die ihr Privatleben und Ehrenamt bestreiten, welches sie mit ihren politischen Einstellungen vermengen? Sind nicht extrem rechte AktivistInnen oft auch lange schon im Club aktiv, bevor sie sich politisch organisieren und dies ausnutzen? Sie gehören zur lokalen Zivilgesellschaft und engagieren sich. Auf diesen Wegen finden extrem rechte und rassistische Einstellungen in die Vereine, ohne dass eine organisierte politische Kraft wie eine Partei mit klar definierten politischen Strategien dahintersteht und ihr Personal detailliert anweist.

Umso verwunderlicher ist es, dass Haberlandt seine Forschungsfrage im weiteren Verlauf des Buches nicht auf den Prüfstand stellt. Eine Reihe an Punkten böte sich hierzu an: Wäre es nicht sinnvoll gewesen, nach rassistischen Einstellungsmustern unter den Sporttreibenden zu schauen, um ideologische Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte herauszuarbeiten? Und hätte es die Ergebnisse nicht deutlich valider gestaltet, auch die Stimmen von migrantischen beziehungsweise nicht-weißen SportlerInnen und Vereinen anzuhören? Kann der Vereinssport nicht zudem Gefahr laufen, einem Wertekanon traditioneller Geschlechterideale und militärischer Männlichkeitsvorstellungen die Schuhe zu schnüren, wie Haberlandt selber zaghaft in Bezug auf den Kampfsport andeutet? Zumindest wären all diese Aspekte eine Frage wert gewesen. Denn ohne dies zu tun, lassen sich Überschneidungen von Einstellungselementen sowie sozialen Ausgrenzungsmustern mit der sogenannten gesellschaftlichen Mitte nicht analysieren und führen

schlechterdings zu der von Haberlandt abschließend aufgestellten Perspektive, auch Linksextremismus stärker bearbeiten zu wollen. Wie dieser definiert werden und was diesen ausmachen soll – darauf finden sich jedoch keinerlei Hinweise, und die kontrafaktische Aussage eines anonym bleibenden Vereinsmitglieds, dass die Mehrheit der Gewalt im Stadion von Linksextremen ausgehe, bleibt unkommentiert im Raum stehen.

Letzten Endes sind die Ergebnisse des Buches sehr beschränkt. Die Aussage, dass in Brandenburg kein politisch organisierter Rechtsextremismus existiert, der fähig wäre, gezielte Unterwanderungsstrategien im organisierten Sport zu verfolgen, ist wichtig. Und angesichts der Tatsache, dass laut Selbstauskunft nur sieben Prozent aller Vereine regelmäßige Schulungen zum Thema durchführen, ist der Versuch, die Vereinslandschaft des Flächenlandes weiter für extrem rechte Phänomene zu sensibilisieren, nur zu unterstützen. Dies sollte aber auf einem soliden fachlichen Fundament geschehen, um rassistische und sozialdarwinistische Einstellungen in all ihren Erscheinungsformen erkennen und bearbeiten zu können. Jedoch macht der hier verfolgte Forschungsansatz unbeabsichtigt deutlich, worin die Schwächen einer allzu formalistischen Politikanalyse sowie eines inhaltlich wenig fundierten Rechtsextremismusbegriffes in der Genese des Verfassungsschutzes liegen. Mit ihnen lassen sich gesellschaftspolitische Entwicklungen jenseits von Parteien nicht fassen und einzelne Diskriminierungen nicht analysieren. Das ist äußerst schade, denn ein kritischer Blick in die Entwicklungen des organisierten Sports ist noch immer nötig.

Zusätzlich verwendete Literatur

Brähler, Elmar/ Decker, Oliver (2010): Die Mitte in der Krise. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Niels Haberlandt 2013:

Rechtsextreme Strategien im Sport. Der organisierte Sport im strategischen Konzept rechtsextremer Gruppen im Land Brandenburg.

LIT Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-643-11993-3.

232 Seiten. 29,90 Euro.

Zitathinweis: Robert Claus: Vergebene Chance. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014.

URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1216>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Gäste, die arbeiten



Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.)

Migration und Arbeit in Europa

Um „die Angelockten“ vor Ausbeutung zu schützen, sollen EU-Migrant_innen bald mit verschiedenen Schikanen rechnen müssen. Die Frage nach den Interessen migrantischer Arbeiter_innen erweist sich auch in einem gewerkschaftsnahen Sammelband als umkämpft.

Rezensiert von [Hannah Schultes](#)

Pendel-Migrant_innen, „Scheinselbstständige“, Care-Arbeiterinnen, „neue Gastarbeiter“, „Krisenflüchtlinge“ und „Armutsmigranten“ – diese und andere Fremdbezeichnungen kursieren zur Zeit in Medien und Wissenschaft, geht es um die neueren Migrationen aus südeuropäischen und südosteuropäischen Ländern in die Bundesrepublik. Die dahinterstehenden Menschen verrichten ihre Arbeit in der Fleischindustrie, auf dem Bau, in der Gastronomie oder in Privathaushalten unter widrigsten Bedingungen und stehen damit in diesen Branchen meist am untersten Ende der Job-Hierarchie. Auf der anderen Seite möchte die Bundesregierung bei „Sozialmissbrauch“ Schikanen wie Aufenthaltsbefristungen, Wiedereinreisesperren und Kindergeldverweigerung für EU-Migrant_innen einführen. Inwiefern können Gewerkschaften für sie eine Ressource sein?

Der Band „Migration und Arbeit in Europa“ fokussiert in 16 Beiträgen Arbeitsverhältnisse, Mobilitätsprogramme, Beratungsstrukturen sowie nationale, europäische und internationale rechtliche Rahmenbedingungen. Ihrer Zusammenschau von gewerkschaftlichen, wissenschaftlichen und verbandspolitischen Beiträgen stellen die Herausgeber Patrick Schreiner und Hartmut Tölle voran, dass der Umgang mit Migration immer wieder eine „Herausforderung“ darstelle und ergänzen diese Bewertung mit einem für die aufgeworfene Frage bedeutsamen Hinweis:

„Nicht immer waren dabei gewerkschaftliche, zivilgesellschaftliche und politische Reaktionen auf Migrationsbewegungen klug und angemessen – wie insbesondere im historischen Rückblick zu konstatieren ist“ (S. 10).

Konkret ist hier wohl die traditionelle Nachrangigkeit der Interessen von migrantischen Arbeiter_innen, zum Beispiel an Legalisierung, in der deutschen Gewerkschaftspolitik gemeint. Diese nachrangige Behandlung äußerte sich in zahlreichen migrationsfeindlichen Positionen des DGBs während der „Gastarbeiter-Ära“ und mündete in die Verhängung des sogenannten Anwerbestopps 1973 (vgl. Bojadžijev 2008, S. 134). In den Kompromiss zwischen unternehmerischen und gewerkschaftlichen Interessen waren auch deutsche Arbeiter verstrickt, denn ihnen ermöglichte die Beschäftigung von Migrant_innen in der Industrie den Aufstieg in höhere Positionen.

Offensichtlich geht es also nicht nur um die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Machtausübung, um das „Können“, sondern vor allem um den politischen Willen, gewerkschaftliche Macht konsequent zugunsten von migrantischen Arbeiter_innen einzusetzen. Dank der Widersprüchlichkeit der Beiträge bleibt die weiterhin bestehende Hierarchie zumindest nicht unhinterfragt.

Hohe Widerspruchstoleranz

Ein zentraler Widerspruch ergibt sich aus der Bewertung von Migration auf der einen Seite und der Verfolgung eines gesellschaftstheoretischen Erkenntnisinteresses auf der anderen. Die einen betrachten die neue Migration als „Herausforderung“ (S. 10) oder als wirtschaftspolitisch sinnvolles „Mittel zur Schockabsorbierung“ (S. 100) und wollen dementsprechend mit ihr „umgehen“. Andere Beitragende richten den Blick auf strukturelle Ungleichheiten und die dadurch geprägten Arbeitsverhältnisse. Auch gibt es Beiträge, die niedrigschwellig zentrale rassistische und neoliberale Mythen widerlegen. So wird vorsichtig auf die Funktionalität undokumentierter Migration für den deutschen Arbeitsmarkt hingewiesen: „Manche Branchen sind regelrecht auf die ‚Illegalen‘ angewiesen, da alternative Angebote schlicht fehlen“ (S. 44). Eine analytische Ausbuchstabierung dieser Andeutung leistet ein Text zu „Rassismus als Instrument zur Segmentierung des Arbeitsmarktes“. Andere Beiträge haben jedoch keine Ahnung von Rassismus und gehen mit ihren vermeintlich besseren Alternativen am Thema des Buches vorbei, wenn sie den rassistisch strukturierten Arbeitsmarkt ignorieren. Diesen Widersprüchen entsprechend sucht frau hier vergeblich die gemeinsame ‚Klammer‘ der Beiträge: ein zumindest nicht völlig gegensätzliches theoretisches Fundament und eine gemeinsame politische Stoßrichtung.

So wird der Einteilung in Hoch- und Niedrigqualifizierte in den meisten Beiträgen umstandslos gefolgt. Kyoko Shinozaki gelangt hingegen zu der Einsicht, dass die grundlegende Trennung in „qualifizierte“ und „niedrigqualifizierte“ Migrationen auch durch die staatliche Konstruktion von Qualifikation aufrechterhalten wird. Die in der Pflege- und Haushaltsarbeit abverlangten Eigenschaften werden als natürliche Eigenschaften der migrantischen Arbeiterinnen begriffen – ihre Arbeit ist eben mehr eine Haushaltshilfe als eine richtige Arbeit und daher auch, unabhängig vom individuellen (Aus-)Bildungsniveau der Frau, niedrigqualifiziert.

Den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer treibt indessen in puncto „Qualifikation“ die Angst vor der „Absenkung von Gehältern“ (S. 61) aufgrund von „Lohndumping“ um. Im Zuge der Umsetzung einer europäischen Richtlinie zur Zuwanderung Drittstaatsangehöriger („Blue-Card-Richtlinie“) sind die Bedingungen für Einwanderung umkämpft. Sommer und viele andere setzen sich jedoch entgegen der eigenen Wahrnehmung *nicht* für alle Lohnarbeitenden ein, wenn sie eine Absenkung von Mindestgehaltsgrenzen für Arbeitsmigrant_innen problematisieren. Hier zeigt sich leider erneut: Die Migrationsfreundlichkeit der Arbeitgeber geht mit einem Interesse an leichter ausbeutbaren Arbeitskräften einher, während im gewerkschaftlichen Einsatz gegen Ausbeutung eine liberale Einwanderungsgesetzgebung als natürlicher Feind gilt. Aber Kampf gegen ungleiche Arbeitsbedingungen bedeutet eben nicht, hohe Einwanderungshürden zu befürworten, sei es in Form eines Punktesystems oder einer Mindestgehaltsgrenze.

Jenseits des Normalarbeitsverhältnis

Unter den acht gewerkschaftlichen Beiträgen befinden sich im Band auch ein Beitrag und ein Interview, die Einblicke in die Schwierigkeiten in gewerkschaftlich marginalisierten Arbeitsbereichen geben. So setzt die DGB-Mitarbeiterin Emilja Mitrović in ihrem Artikel zur Situation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus an mehreren gewerkschaftlich vernachlässigten Themen an, indem sie Migrantinnen in Privathaushalten in den Fokus rückt. Damit verbindet sie eine Kritik an der Ausblendung von reproduktiven Tätigkeiten:

„Die Ausblendung dieses Beschäftigungsbereichs aus gewerkschaftlichen Aktivitäten wird vor allem darauf zurückgeführt, dass zum Ersten den Organisationsstrukturen von Gewerkschaften trotz veränderter Realitäten noch immer Konzepte traditioneller Lohnarbeit und Beschäftigungsstrukturen zugrunde liegen“ (S. 205).

Zum anderen benennt sie, dass gewerkschaftliche Politik in der Tendenz migrantische und illegalisierte Arbeiter_innen weiterhin als Konkurrenz zu deutschen Arbeitnehmer_innen betrachtet und stellt dem die Forderung einer Stichtagsregelung für die Legalisierung und die offensive Öffnung der Gewerkschaften für Illegalisierte als Ziel entgegen. Auch Helen Schwenken

macht am selben Beispiel der Haushaltsarbeiterinnen und ihrer Organisationsformen deutlich, dass die Verslossenheit deutscher Gewerkschaften gegenüber diesen nicht selbstverständlich ist. Die kürzliche Unterzeichnung des Übereinkommens „Menschenwürdige Arbeit für Haushaltsarbeiterinnen“ der International Labor Organization (ILO) stellt ihr zufolge zwar einen arbeitsrechtlich relevanten Schritt dar, ändert jedoch nichts am mangelnden Schutz vor Abschiebung, die Illegalisierten nach einem Prozess vor dem Arbeitsgericht droht.

An der Ähnlichkeit der von Mitrović und Schwenken bezogenen politischen Positionen zeigt sich, dass die Grenze des Thematisierbaren nicht zwischen kritischen Wissenschaftler_innen und Gewerkschafter_innen verläuft.

Anlocken und ausbeuten?

Eine Institutionalisierung von Beratung und erfolgreiche Lobbyarbeit für soziale Rechte stellen zwar wichtige Ziele dar. Dass im Gewerkschaftsmainstream die Kritik sich vor allem gegen die „Lohndrücker“ richtet, wird jedoch den Rahmenbedingungen von Rassismus, fehlenden formalen Rechten und Profitstreben nicht gerecht. Einige der Autor_innen des Sammelbandes verpassen die Einsicht, dass Migration in erster Linie das Mittel der Migrierenden ist und weigern sich, Migrant_innen als politische Subjekte anzuerkennen. Die Anschlussfähigkeit einer solchen Sichtweise an repressive Migrationspolitik zeigte sich erst kürzlich, als sich Innenminister Thomas de Maizière über „gezieltes Anlocken von Zuwanderern zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft hier in Deutschland“ empörte und zusammen mit Andrea Nahles verschiedene Maßnahmen präsentierte, die europäischen Migrant_innen den Aufenthalt in Deutschland möglichst beschwerlich machen werden.

Jenseits davon, dass Konzepte wie „gute Arbeit“ und „faire Mobilität“ keine Kritik an Kapitalismus und Nationalstaaten beinhalten, werden solche Schlagworte zur Farce, wenn sie sich in Schadensbegrenzungspolitik für die Migrant_innen und Privilegiensicherung für die Deutschen erschöpfen. Dieser nationale Protektionismus hilft keiner der beiden Seiten weiter, denn auch die deutschen Arbeiter_innen haben ein Interesse an gewerkschaftlicher Vertretung, die in der Lage ist, die Widersprüche moderner Arbeitsverhältnisse angemessener anzugehen als mit der Propagierung des fordistischen Normalarbeitsverhältnisses (mit höheren Löhnen). Forderungen wie die nach Arbeitszeitverkürzung, bedingungslosem Grundeinkommen und der Abschaffung von Hartz IV oder die Thematisierung struktureller Erwerbslosigkeit sind in den realpolitischen Antworten, die der Band gibt, leider kein Thema. Deutlich wird in den Beiträgen jedoch die Kritik, dass im medialen und politischen Einwanderungsdiskurs mittlerweile ein Denken im Vordergrund steht, das Migrant_innen nach „Leistungsfähigkeit“ beziehungsweise nach ihrem vermuteten Nutzen sortiert. Dabei bleibt die Frage nach Ansatzpunkten für gemeinsame Organisation und Widerstandsformen unterbelichtet. In einem Interview zur Situation mobiler Beschäftigter äußert ein Berater, dass es notwendig wäre, das gewerkschaftliche Beratungsangebot auch auf Menschen aus Portugal, Spanien und Griechenland auszuweiten. Aufgrund der Abhängigkeit von öffentlichen Geldern sei die Beratungsstelle jedoch inhaltlich auf Menschen aus Mittel- und Osteuropa festgelegt. Das Beratungsangebot geht damit an der Realität gemeinsamer Betroffenheiten vorbei. Wenn südeuropäische Migrant_innen in überausbeuterischen Arbeitsverhältnissen nicht mitgedacht werden, zeigt sich auch die Wirkmächtigkeit der Aufspaltung in erfolgreiche Südeuropäer und unerwünschte „Armutsmigranten“. Eine Kritik am Verwertungsdenken im Einwanderungsdiskurs sollte diese Trennung in ihrer Absolutheit nicht zementieren, sondern nach Gemeinsamkeiten und bereits stattfindenden Kämpfen fragen. Dafür liefert der Sammelband erste Hinweise.

Zusätzlich verwendete Literatur

Bojadžijev, Manuela (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster, Westfälisches Dampfboot

Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.) 2014:

Migration und Arbeit in Europa.

PapyRossa, Köln.

ISBN: 978-3-89438-550-7.

229 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Hannah Schultes: Gäste, die arbeiten. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/
2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1218>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Prekarität und Hegemonie



Oliver Marchart

Die Prekarisierungsgesellschaft
Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der
Prekarisierung

Der Philosoph und Soziologe Oliver Marchart schlägt eine gesellschaftstheoretische Herangehensweise an das Phänomen Prekarität vor und entwickelt daraus eine diskursanalytische Methodik, die er schließlich auf Diskurse und Medien der EuroMayDay Bewegung anwendet.

Rezensiert von [Moritz Altenried](#)

Breite mediale Aufmerksamkeit fand der Begriff der Prekarität beziehungsweise des Prekariats erstmals mit einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung im Herbst 2006, die Marchart zum Einstieg kritisch rezipiert. Die Studie bezeichnete circa 8% der Bevölkerung als „abgehängtes Prekariat“. Diese Gruppe sei geringqualifiziert, oftmals arbeitslos oder unsicher beschäftigt und vom politischen System entfremdet, so die Studie. Die Verwendung des Begriffs durch die Sozialdemokratie sieht Marchart als Teil einer diskurspolitischen Strategie mit dem Ziel, die fast überall in der Gesellschaft auftretenden – und nicht zuletzt durch die Hartz IV-Gesetzgebung ausgelöst – Prekarisierungsprozesse als Problem einer gesellschaftlichen Randgruppe zu maskieren.

Mit dieser Beschreibung des Prekariats als einer Art neuer Unterschicht unterscheidet sich die Studie deutlich von der Verwendung des Begriffs, wie er bis dahin in der Soziologie verwendet wurde. Die soziologische Debatte, in Frankreich verbunden mit Namen wie Pierre Bourdieu oder Robert Castel und in Deutschland etwa mit Klaus Dörre, rezipiert Marchart als nächstes. Hier beschreibt der Begriff der Prekarisierung, vor allem durch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses ausgelöst, berufliche und soziale Unsicherheit. Durch die Zunahme von Teilzeit und befristeter Arbeit oder etwa unsicherer Selbständigkeit bei gleichzeitigem Abbau von Sozialleistungen wird das Ein- und Auskommen vieler Menschen zunehmend prekär. Die soziologischen Ansätze diskutieren darüber hinaus, wie Prekarität auch bei den Lohnabhängigen in Normalarbeitsverhältnissen quasi als „Damoklesschwert“ zu Verunsicherung, Leistungsdruck und Zurückhaltung in Arbeitskämpfen führt.

Einwenden lässt sich gegen diese Analysen teilweise, dass ihnen als implizite oder explizite Folie eben das Normalarbeitsverhältnis dient. Neben der unter anderem aus Geschlechterperspektive durchaus problematischen Fixierung auf Lohnarbeit, kann das Normalarbeitsverhältnis allerdings nur für die fordistische Periode als Normalität gelten – und auch hier lediglich für männliche Arbeitnehmer mit deutschem Pass. Mit Blick auf meist von Frauen ausgeführte Reproduktionsarbeit, die Arbeitsverhältnisse von Migrant_innen und den globalen Süden lässt sich feststellen, dass Prekarität kapitalistische Normalität ist, während das „Normalarbeitsverhältnis“ eine historisch, geografisch und strukturell eng begrenzte Ausnahme darstellt.

Marchart schneidet diesen Punkt kurz an, zieht seine Kritik jedoch anders auf. Für ihn leitet sich der soziologische Ansatz, wenn auch breiter als der FES-Ansatz, immer noch zu stark aus der Ökonomie ab. Marchart möchte dagegen einen umfassenden Begriff der Prekarisierung entwickeln, der alle Teilbereiche der Gesellschaft einschließt, deswegen spricht er von der „Prekarisierungsgesellschaft“. In dieser „tritt das Phänomen der Prekarisierung gleichsam über die

Ufer der Arbeitswelt und beginnt in soziale Verhältnisse einzusickern, die scheinbar wenig mit Erwerbsarbeit zu tun haben“ (S. 9). Diese These ist zunächst einmal sehr überzeugend, steht allerdings noch nicht zwingend im Widerspruch zu Dörre oder Bourdieu. Zentraler Unterschied ist allerdings: Marchart fordert nicht nur ein Verständnis von Prekarität als gesellschaftlichem Problem, sondern argumentiert auch dagegen, selbst die Ursachen des Phänomens in der ökonomischen Sphäre zu suchen.

Weites Theoriepanorama

Im folgenden Kapitel präsentiert Marchart vier Theorieströmungen, von denen er sich Hinweise für einen breiten Prekarisierungsbegriff sowie für die Analyse der Proteste gegen die Prekarisierung erhofft. Die jeweils gut eingeführten Ansätze sind die Regulationstheorie, die Foucault'sche Gouvernementalitätstheorie, der Postoperaismus sowie Boltanskis und Chiapellos Beschreibung eines „Neuen Geists des Kapitalismus“.

Die aus Frankreich stammende Regulationstheorie (siehe dazu [kritisch-lesen.de #32](https://kritisch-lesen.de/#32)) etwa betont die jeweilige Spezifität und Instabilität eines Akkumulationsregimes und des entsprechenden Regulationsmodus. Die Schule geht dabei von einem jeweils instabilen Zusammenspiel von Ökonomie, Ideologie und Politik aus. Aus dieser Perspektive lässt sich laut Marchart Prekarisierung als eine der Regulationsformen des postfordistischen Akkumulationsregimes verstehen oder aber in einem umfassenderen Verständnis als „ein die gesamte Lebensweise im Postfordismus imprägnierendes Phänomen“ (S. 41).

Insgesamt gelingt es Marchart sehr überzeugend, Argumente für einen weiten Prekarisierungsbegriff aus den jeweiligen Theorien zu destillieren. Als Gemeinsamkeit betonen die vier theoretischen Ansätze etwa die Kontingenz, also die nicht vorherbestimmte Natur gesellschaftlich-sozialer Entwicklung sowie (mit Ausnahme von Foucault) die zentrale Rolle von sozialen Kämpfen für die Entwicklung des Kapitalismus, insbesondere für den Übergang zum Postfordismus. Aus verschiedenen Gründen nicht unproblematisch ist hingegen Marcharts Kategorisierung aller vier Ansätze als post-marxistisch, wobei er als Kriterium die geteilte Ablehnung von historischen und ökonomischen Determinismen heranzieht. Die Analyse der vier Ansätze dient nicht nur der Entwicklung und Plausibilisierung eines weiten Prekarisierungsbegriffs, sondern es geht ihm auch darum, die Ansätze „auf eine integrale Theoriematrix zu übertragen“ (S. 85). Die Basis dieser Theoriematrix liefert wiederum die diskursanalytische Hegemonietheorie nach Chantal Mouffe und Ernesto Laclau, die sich selbst programmatisch als post-marxistisch beschreibt. Diese bildet den wichtigsten theoretischen Bezugspunkt von Marcharts Arbeit.

Hegemonie und Diskurs

Mouffe und Laclau nehmen Antonio Gramscis Hegemonietheorie auf und wenden sie poststrukturalistisch und diskursanalytisch. Die Kategorie des Diskurses ist nun konstitutiv für Gesellschaft: „Das Soziale gilt nun als gleichumfänglich mit dem Diskursiven, Gesellschaftstheorie wird zu Diskurstheorie, politische Analyse zu Diskursanalyse (und umgekehrt)“ (S. 93). Die Gesellschaft ist dabei grundsätzlich antagonistisch strukturiert, sie ist ein Kampffeld um Hegemonie, im Sinne der hegemonialen Festlegung von Bedeutung, die jedoch nie vollständig gelingen kann, was wiederum auf die grundsätzliche Konflikthaftigkeit und Instabilität gesellschaftlicher Entwicklung verweist. So bleiben Begriffe wie Demokratie oder Gerechtigkeit immer umkämpft und solche Kämpfe um Bedeutung stellen für Laclau und Mouffe das zentrale Feld des Politischen dar. Laclau/Mouffe und auch Marchart arbeiten folglich an einem Denksystem, das sowohl eine Philosophie des Sozialen, eine Theorie der Politik wie auch zahlreiche methodische Überlegungen umfasst.

Die Theorieentwicklung erfolgt bei Marchart (und auch bei Laclau/Mouffe) vielfach über eine Abgrenzung zu „traditionellem“ und „orthodoxem“ Marxismus. Diesem wirft Marchart

ökonomischen und historischen Determinismus vor und bringt dagegen das Primat sozialer Kämpfe sowie die Kontingenz und Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse in Stellung. Dabei argumentiert Marchart für die zentrale Bedeutung des Diskurses und für ein Modell integraler Politik und Ökonomie, das deren Verflechtung betont. Marcharts Betonung von gesellschaftlicher Kontingenz und Kämpfen überzeugt und auch die Kritik an der Konstruktion von Ökonomie und Politik als völlig getrennte Sphären ist richtig und notwendig. Allerdings scheint mir die richtige Adressatin hier eher die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft und weniger Marx' Kritik der politischen Ökonomie zu sein.

Postmarxismus: Klasse oder nicht?

Dass Marchart seinen Post-Marxismus oft über eine Abgrenzung zu einem „Traditionsmarxismus“ entwickelt, ist zunächst nur ein Beleg für seine poststrukturalistische These, dass Bedeutungsgenerierung ein konstitutives Außen benötigt. Schade ist, dass der Marxismus gegen den sich Marchart durchgehend abgrenzt, dabei ein Strohmännchen bleiben muss. Der klassenreduktionistische, ökonomistische und geschichtsdeterministische Marxist wird sich in der Realität sicherlich irgendwo finden lassen, jedoch wird dieses Bild weder der Komplexität und Vielschichtigkeit des Marx'schen Denkens noch den breitgefächerten marxistischen Debatten heute gerecht.

Ein für das Thema durchaus relevantes Beispiel ist der Begriff Klasse. Wie Marchart richtig feststellt, entfernen Laclau und Mouffe den „Klassenkern“ aus Gramscis Hegemonietheorie und verallgemeinern die Funktionsweise des Kampfes um Hegemonie. Auch Marchart selbst bezieht immer wieder gegen einen Klassenreduktionismus Stellung. Er argumentiert, dass Klasse als politischer Akteur „ihr ontologisches Privileg“ (S. 94) verliere und grenzt sich so gegen Positionen ab, die die Arbeiterklasse als quasi automatisch revolutionär verstehen.

Allerdings ist Klasse für Marx nicht nur eine politische, sondern zentral auch eine Strukturkategorie, die sich aus der Stellung der Menschen im Produktionsprozess ergibt. In dieser Funktion spielt der Marx'sche Terminus für Marchart keine Rolle und damit bleibt die interessante Frage ausgespart, wie sich die Kategorie der Prekarität zur marxistischen Kategorie Klasse verhält. Die bekannte These von Alex Foti, dass das Prekariat in der post-industriellen Gesellschaft ist, was das Proletariat in der Industriegesellschaft war, lässt sich auf dieser Grundlage also nicht bewerten.

Prekäre Proteste

Wenn Marchart gegen Ende des Buches zu den Fallstudien kommt, kann die Auswahl der Methodik niemanden überraschen: Er vertritt einen Ansatz der Diskursanalyse, der sich an der Essex School und den Arbeiten Stuart Halls zum Thatcherismus orientiert und macht diesen für die Bewegungsforschung fruchtbar. Die erste empirische „Stichbohrung“ (S. 137) umfasst dann eine Diskursanalyse verschiedener Aufrufe zu EuroMayDay-Demonstrationen in unterschiedlichen Städten im Zeitraum 2004 bis 2008. Diese Demonstrationen verwendeten den Begriff der Prekarität um die Gemeinsamkeit verschiedenster Ausbeutungsverhältnisse zu markieren – etwa die der illegalisierten Migrantin, des Sexarbeiters, der Minijobber_innen, der Arbeitslosen oder der Teilzeitkräfte an der Universität oder im Callcenter. Marchart analysiert sympathisierend, wie die Aneignung dieses Begriffs einerseits den Versuch darstellt, eine Identität und ein politisches Subjekt zu erschaffen, andererseits die Proteste aber sehr viel Wert darauf legen, die Unterschiedlichkeiten der Subjektpositionen und Ausbeutungserfahrungen nicht zu vereinheitlichen.

Die gewinnbringende Auseinandersetzung mit den Aufrufen gelingt auch deswegen, weil die Sprache der EuroMayDay-Bewegung von oben beschriebener Aushandlung und Offenheit sowie von großer Selbstreflexivität gekennzeichnet ist und sich damit wohltuend von manch anderer linker Aufrufprosa unterscheidet. Dennoch muss eine Analyse von Aufrufen einigermaßen eindimensional bleiben, dienen diese doch in erster Linie der Mobilisierung und

Selbstrepräsentation nach außen.

In einer zweiten „Stichbohrung“, die Marchart der Mediennutzung der Protestbewegung widmet, gelingt ihm ein mehrdimensionaleres Bild. Mit einer Rundschau durch das mediale Repertoire der Bewegung – von Sprechblasen und Superheldenkostümen über die Plünderung von Delikatessenläden bis hin zu Onlinedemonstration und fiktiven Modeschauen, um die Arbeitsbedingungen der Branche anzuprangern – gelingt es Marchart, ein lebendiges Bild der kreativen und experimentellen Praxen zu zeichnen, die sich im EuroMayDay-Kontext entwickelten. Theoretischer Einsatz ist hier die Analyse der prekären Proteste als solche, in denen es zu Formen der „Entsubjektivierung und Selbstinfragestellung“ (S. 211) kommt. Darauf aufbauend bezeichnet Marchart die EuroMayDay-Bewegung, aber auch andere neuere Proteste wie etwa occupy und Studierendenproteste, als „postidentitäre soziale Bewegungen“ (S. 219). Diese würden sich doppelt abgrenzen, einerseits gegen die traditionelle Arbeiterbewegung, andererseits gegen *identity politics* und seien gekennzeichnet durch eine ständige Infragestellung des eigenen Standpunkts und der politischen Formen. Marchart begrüßt dies und argumentiert abschließend dafür, diese Bewegungen als „Demokratisierungsproteste“ (S. 230) im Sinne radikaler Demokratie zu verstehen.

Fazit

Stärke des Buches ist die Gleichzeitigkeit von Theorieentwicklung und Gesellschaftsanalyse, aus der sich eine Gesellschaftstheorie der Kontingenz und das Primat sozialer Kämpfe ergeben. Dies erlaubt eine gewinnbringende Perspektive auf das Phänomen Prekarisierung. Insgesamt muss man Marcharts theoretische Perspektive nicht vollständig teilen, um das Buch mit Gewinn zu lesen. Ein Wermutstropfen bleibt aber die teilweise schematische Abgrenzung gegen Ökonomismus, zumal hier einige Fragen zum Verhältnis von Ökonomie und Politik, Diskurs und Materialität offen bleiben.

Die Lesarten, die Marchart für die EuroMayday-Bewegung vorschlägt, sind überzeugend, wenn auch notwendigerweise unvollständig. Insgesamt gelingt ihm aber ein gutes Bild verschiedener Facetten der Bewegung. Interessant wäre in diesem Zusammenhang jedoch noch die Frage gewesen, warum der Höhepunkt der EuroMayDay-Bewegung anscheinend vorbei ist. Auch wenn es momentan Versuche gibt, das europäische Netzwerk wieder zu beleben, stellt sich doch die Frage, warum der Begriff der Prekarität im Kontext der aktuellen Krise wenig politische Bedeutung entfalten kann.

Oliver Marchart 2013:

Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung.

transcript, Bielefeld.

ISBN: 978-3-8376-2192-1.

248 Seiten. 22,99 Euro.

Zitathinweis: Moritz Altenried: Prekarität und Hegemonie. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1213>. Abgerufen am: 02. 01. 2019 20:37.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2019 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-](#)

[NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.